

Sonderheft 1/87 2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITUNG

**Die Kunst des
Überlebens**

NICARAGUA



Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Bonner Liebesdienste für die Interventen	II
<i>Nico Biver</i> Facetten der Aggression	IV
<i>Jochen Hippler</i> Der Contra-Krieg	VI
<i>Raul Vergara</i> Erfolgsrezept Volksverteidigung	X
<i>Helga Ballauf</i> Desinformation mit dem Menschenrechtsthema	XII
Schließung von „La Prensa“	XIV
Soziale Erfolge trotz Krieg	XV
<i>Alfonso I. Barrios</i> Wirtschaft in Bedrängnis	XXI
<i>Regine Meyer</i> Schadensbegrenzung in der Krise	XXII
Interview mit Vizepräsident Sergio Ramirez	XXV
<i>Stefan Flaig</i> Breite Zustimmung für neue Verfahren	XXVII
Grundsätze der Verfassung	XXVIII
<i>Martin Schuck</i> Amtskirche stößt auf Widerstand	XXX
<i>Eberhard Wolf</i> Städtepartnerschaft	XXXII
Aktions- und Materialspiegel	XXXIV
Nicaragua muß überleben!	XXXVI

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertriebs: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, H. Ballauf, S. Flaig, J. Hippler, R. Meyer, I. Rein, E. Wolf

Redaktionsschluß: 12. Dezember 1986

Verlag: Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln

Konten: AIB, Postgiro Frankfurt/Main, Konto-Nr. 312 093-607 oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Solishop 3. Welt, Team-Reisen, Heidelberger Verlagsanstalt, Weltkreis-Verlag, SST-Reisen, Distel-Verlag

Fotonachweis: IDES, Barricada, Monimbo, NACLA, Pensamiento Propio

Titelbild: Gestaltung von Udo Tremmel

Bonner Liebesdienste für die Interventen

Als im Juli 1986 der Freiburger Brigadist Berndt Koberstein zusammen mit vier Begleitern in der Nähe von Wiwili von einem Kommando antisandinistischer Contras ermordet wurde, vernahm man in Bonner Regierungskreisen „große Betroffenheit“.

Doch wie schon beim Mord am Freiburger Entwicklungshelfer Albrecht Pflaum im Mai 1983 und der Entführung von acht bundesdeutschen Arbeitsbrigadisten im April 1986 verknüpften dies die Macher der Bonner Weltpolitik (siehe AIB-Sonderheft 4/1986, S. III ff.) mit Schuldzuweisungen – gegenüber den Opfern und den Trägern von Solidaritätsprojekten in Nicaragua.

Da verlegten sich Jürgen Warnke (CSU), seit der Wende im Jahr 1982 Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) eindringlich darauf, vor dem Einsatz „junger Deutscher“ in Nicaragua bzw. der dortigen „Bürgerkriegszone“ zu warnen, die sich „in Gefahr“ begäben.

Warnke schob überdies die Verantwortung dreist der sandinistischen Regierung und jenen in die Schuhe, die – wie im Fall Freiburg – Partnerschaftsprojekte betrieben bzw. „für Einsätze werben, die tödlich ausgehen können“.

Auf Warnungen der Bundesregierung an die Adresse derer, bei denen in Wirklichkeit die Verantwortung für die Opfer liegt und von denen die Gefahr ausgeht, wartete man vergebens.

Dies just nachdem Ende Juni 1986 der Internationale Gerichtshof in Den Haag sowohl die Verminungs-, Angriffsakte und Embargopolitik Washingtons gegen Nicaragua als auch seine Hilfe für die Contras als völkerrechtswidrig verurteilt und der US-Kongreß völlig ungeniert 100 Mio \$ für Ausbildung, Bewaffnung und Sold der Contras bewilligt hatte.

Mit der Mär vom „Bürgerkrieg“ und von einer „klare(n) Hinwendung (der Sandinisten) zur totalitären Linie“ sucht Warnke die eigentliche Konfliktursache, den zusehends totaleren US-Interventionskrieg, reinzuwaschen. Damit einher geht die Rückendeckung für das Reagansche Vorhaben, durch gezielten Contraterror gegen Brigadisten deren Abzug zu erzwingen bzw. Engagierte abzuschrecken.

Wie ernst es der Regierung Kohl mit den Liebesdiensten für Reagans „Freiheitskämpfer“, die Contras, ist, stellte sie bei der Nagelprobe am 14. November 1986 im Bundestag unter Beweis. Von der SPD und den Grünen eingebrachte Anträge, in denen die Contras verurteilt und von der Bundesregierung die Wiederauf-

nahme ihrer Entwicklungshilfe an die sandinistische Regierung verlangt wurde, lehnte die Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und FDP im Hohen Haus ab.

Von ihr zurückgewiesen wurde in der Bundestagsdebatte auch die Forderung der Oppositionsparteien, die Bundesregierung müsse auf den Sonderverbündeten USA einwirken, um ihn von der Unterstützung des Contrakriegs und -terrors abzubringen.

Stattdessen bestritten Regierungsvertreter wie Koalitionsparteien, die Contras zu unterstützen oder irgendetwas mit ihnen zu tun zu haben.

Umso verwunderlicher mutet ihre bisherige Nichtbeantwortung einer „Großen Anfrage“ der Bundestagsfraktion der Grünen vom 26. Juni 1986 an. Sie enthält 56 Fragen zur bundesdeutschen Unterstützung für die UNO-FDN-Contra und eine Vielzahl von Anhaltspunkten zur politischen Lobbyarbeit für diese in der BRD.

Schweigen zur Contra-Connection

Im Begründungsteil der Grünen-Anfrage heißt es u.a.:

„Politiker, vor allem aus der CDU/CSU, vermeintliche Menschenrechtsorganisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Vereine wie die Nicaragua-Gesellschaft e.V. und die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD), Mitarbeiter aus den parteinahen Stiftungen Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung und Pressorgane wie DIE WELT, Frankfurter Allgemeine Zeitung, ZDF-Magazin u.a. unterhalten nicht nur seit langem Kontakte zu Vertretern der UNO-FDN-Contra, sondern bemühen sich zunehmend in Zusammenarbeit mit der UNO-FDN-Contra um die politische Etablierung der Contra als vermeintliche demokratische Alternative zur sandinistischen Regierung in Nicaragua.“

Angesichts der terroristischen Aktivitäten der UNO-FDN-Contra in Nicaragua und des internationalen politischen Umfeldes betrachten DIE GRÜNEN mit großer Sorge den wachsenden politischen Einfluß, den die UNO-FDN-Contra auf politische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, wobei besonders besorgniserregend für DIE GRÜNEN ist, daß politische Propagandaarbeit für die UNO-FDN-Contra häufig nicht als solche erscheint, sondern verdeckt geschieht.“ (Bundestags-Drucksache 10/5816, Bonn, 3.7.1986)

So manches an der Bonner Contra-Connection blieb im Dunkeln. Einige der aufgedeckten Fakten aber sprechen den Dementis von Unionsparteien und FDP Hohn.

Kontakte florieren spätestens seit Mai 1983, als die CSU-nahe IAFD, Sitz München, die erste offizielle Delegation der größten Contragruppierung Demokratische Nicaraguanische Kraft (FDN) empfing. Die FDN-Direktoriumsmitglie-

der Adolfo Calero und Indalecio Rodriguez wurden auf einer Bonner Pressekonferenz vom IAFD-Chef Edmund Moser eingeführt.

Derselbe Moser, vormalig Vertreter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Caracas, und der politische FDN-Chef Adolfo Calero waren mit von der Partie bei einem Schlüsseltreffen am 10./11. Februar 1986 in Madrid, auf dem eine antisandinistische Medienkampagne für Westeuropa abgestimmt wurde. Schwerpunktländer dieser mit CIA-Geldern in Höhe von 1,5 Mio \$ gespeisten verdeckten Medienoffensive sind Spanien, Frankreich und die Bundesrepublik.

In Madrid beteiligt waren mit Arturo Cruz und Alfonso Robelo zwei Sprecher des politischen Arms der Contra-Söldner, der Nicaraguanischen Oppositionsunion (UNO), sowie der ehemalige BRD-Botschafter in Nicaragua, Götz von Houwald, der die Bonner Nicaragua-Gesellschaft in Honduras vertritt. Von Houwald organisiert dort auch ein Projekt der militant antikommunistischen Menschenrechtsgesellschaft IGMF für Sumu-Indianer mit (es soll sie von der Rückkehr nach Nicaragua abhalten), welches mit BMZ-Mitteln in Höhe von fast 1/2 Mio DM gefördert wird.

Die Nicaragua-Gesellschaft inszenierte im Mai 1986 den BRD-Auftritt einer FDN-Delegation unter Luis Rivas. Ebenfalls im April/Mai 1986 besuchte UNO-FDN-Sprecher Adolfo Calero die Bun-

den Menschenrechts- und Demokratieverstöße anzuhängen suchen, hat dies gute Gründe. Ein „totalitäres“ Zerrbild des befreiten Nicaragua hilft einmal, die Verbrechen der 1979 gestürzten Somoza-Diktatur und damit auch der somozistischen Kontrakrieger (alter Nationalgardisten!) zu verdrängen bzw. zu verharmlosen.

Zum anderen brauchen sie für den eigenen Hausgebrauch ein sandinistisches „Monster“, um die einseitige Ausweitung der Bonner Wirtschafts- und Rüstungshilfe für die sog. Frontstaaten des Mittelamerikakonflikts, El Salvador, Guatemala und m.E. Honduras, plausibel machen zu können – wo erstere doch international wegen krasser Menschenrechtsverletzungen (Morde, Verschleppungen durch Staatsorgane) nach wie vor in der Kritik stehen.

Hier rückt denn auch die zweite, offener laufende Schiene des Bonner Mittelamerikabestands für Reagan ins Blickfeld. Die Regierung Kohl bekennt sich sowohl zu Vertretung „vitaler NATO-Interessen“ (Auswärtiges Amt, 19.10.1985) durch die „Ordnungsmacht“ USA als auch zu einer stärkeren „Lastenteilung“ (Wörner).

Während den USA in Mittelamerika die militärische Seite dieser Interessensicherung nahezu alleine zufällt, leisten die Bonner Konservativliberalen als verlässlichste europäische Verbündete zunehmend wirtschaftlich-politische Schützenhilfe. Gemeinsames System-

Minimierung bundesdeutscher Entwicklungshelfer (DED-Mitarbeiter auf 25) bzw. Entwicklungsruinen erzwingen und den Einsatz von Brigadisten torpedierte. Sie tat dies ferner in internationalen Finanzinstitutionen und der EG, wo sie Kredite für Nicaragua verzögern oder vereiteln half. Auch bei den Verhandlungen über ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen der EG mit den Staaten Mittelamerikas, das im November 1985 in Luxemburg verabschiedet wurde, trat sie mit ihrem Drängen auf Ausschluß Nicaraguas als Gegenpol Frankreichs auf.

Als sie damit nicht durchkam, bestand sie auf einer vorbehaltlichen BRD-Zusatzklärung, EG-Mittelvergaben seien je von der Menschenrechts- und Demokratiefrage in den Empfängerländern Mittelamerikas abhängig zu machen. Was sonst soll die Bonner Vorbehaltsklausel, als fortan durch die Hintertür EG-Gelder an Nicaragua zu blockieren?

Einseitige Fronthilfe

Umgekehrt spielte die Regierung Kohl, bar aller Menschenrechtsskrupel, eine Vorreiterrolle bei der Wiederaufnahme von Wirtschafts- und neuerdings auch Aufstandsbekämpfungshilfe für die von Militärs gegängelten christdemokratischen Regimes El Salvador (nahezu 150 Mio DM 1984-86) und Guatemalas (58,8 Mio DM allein für 1986).

Die Bonner Finanzierungshilfen für Contra-dienliche Projekte in Honduras oder auf Schleichwegen (Adenauer-Stiftung!) an die zivilen Zweigstellen der Contras in Nicaragua selbst (Unternehmervereinigung COSEP, Christlich-Soziale Partei, „La Prensa“ u.a.) weisen in dieselbe Richtung.

Gemäß der CDU-CSU-Devise, daß die Bundesregierung gerade in Sachen Mittelamerikakrise „amerikafeindliche Ansätze von vornherein ausschließen“ müsse (Warnke), enthielt sie sich jeglicher Eigeninitiative zugunsten einer Friedensregelung. Werden von der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien) vermittelte Verhandlungsbereinkünfte von Washington wie gehabt zu Fall gebracht, so eilen ihm die Bonner Papageien hilfreich zur Seite – mit Schuldzuweisungen an die Adresse der Opfer, d.h. „Destabilisierer“ in Managua (Warnke).

Auf diesem Hintergrund machen vereinzelte Distanzierungen von „militärischen(!) Aktionen“ der Contras (Geißler) nur einen Sinn: Sie sollen von der realen Mitverantwortung der Bonner Wende-Regierung an den Verbrechen gegen das nicaraguanische Volk, an der Ermordung der Internationalisten ablenken.

Wolfram Brönner



desrepublik und traf in Bonn mit Alfred Dregger, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen.

Eine Vorreiterrolle als Contra-Lobbyist hat schließlich die CDU mit einer im Oktober 1985 gestarteten antisandinistischen Desinformationskampagne (Nicaragua-Tribunal u.a., siehe AIB 4/1986, S. 22ff.) übernommen.

Wenn ihr Einpeitscher CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Warnke dabei den Sandinisten vordringlich krasse

sicherungsziel: Beseitigung des Revolutionsregimes in Nicaragua sowie der revolutionären Aufstandsbewegungen in El Salvador und Guatemala.

Einen gewichtigen Beitrag zum US-Interventionskrieg betrieb die Bonner Rechtskoalition mit ihrer aktiven Beteiligung an der wirtschaftlichen Destabilisierung des Angriffsziels Nicaragua.

Sie tat dies, indem sie 1984 ihre zugesagte Entwicklungshilfe für Nicaragua in Höhe von 40 Mio DM strich, die dortige



Us-Luftwaffenstützpunkt in Palmerola (Honduras)

Nico Biver

Facetten der Aggression

Die Vertreter der Reagan-Administration werden nicht müde, allerorts den Krieg, den sie gegen Nicaragua führen und führen lassen, zu rechtfertigen.

Vernon Walters, UN-Vertreter der USA, wiederholte am 19. November 1986 vor dem 7. Internationalen Politik- und Strategie Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung gleich mehrere Propaganda-Klischees aus dem Weißen Haus: „Wir glauben, daß alle, die wirklich nach der Selbstbestimmung eines Volkes streben, sei es in Nicaragua, Afghanistan oder Angola, das gleiche Recht haben, von freiheitsliebenden Menschen anderer Staaten unterstützt zu werden.“

Daß er nur diese drei Länder aufzählte und etwa Chile, Paraguay oder die Türkei außen vor ließ, macht deutlich, was er damit meinte, nämlich die Unterstützung der Contras gegen die dortigen Regierungen.

Und dies ist notwendig, denn, „in ganz Lateinamerika ist der Siegeszug der Freiheit angebrochen, einzig in Nicaragua fließt der Strom in die falsche Richtung – gegen die Freiheit“. Und nicht nur das: „Die Führer Nicaraguas haben klar gestellt, daß die Revolution keine Grenzen kennt und daß sie beabsichtigen, die gesamte Region zu unterwandern.“¹

Diese Propaganda, angereichert mit der ewigen Leier von der sowjetischen Expansion in Mittelamerika und geradezu erschreckenden Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten, ist Teil eines umfassenden Konzepts zum Sturz der revolutionären Regierung in Nicaragua, wie es bereits Ende 1981 in seinen Grundzügen festgelegt wurde.

Damals, am 2.12.1981, unterzeichnete

Ronald Reagan die Direktive (NSDD 17) des Nationalen Sicherheitsrats (NSC). Sie sah u.a. verstärkte subversive Aktionen innerhalb Nicaraguas, Unterstützung für paramilitärische Aktionen, wirtschaftlichen Druck, militärische Drohungen, Planungen für eine militärische Intervention, Propagandaanstrengungen und gemeinsame Planungen mit Verbündeten vor.²

Daß es bei diesem Programm, das den formellen Beschluß zur Gründung der Contras umfaßte, u.a. um den Sturz der sandinistischen Revolution ging, machte ein neues Memorandum des NSC deutlich, das im April 1982 von Reagan befürwortet wurde.

Darin heißt es, die USA hätten „ein lebenswichtiges Interesse daran, die Ausbreitung des kubanischen Modells auf andere Staaten nicht zu erlauben“ und daran zu arbeiten, „den kubanisch-sowjetischen Einfluß in der Region zu besitzigen“.³

„Low Intensity Warfare“

Die 1981 gegen Nicaragua beschlossenen Maßnahmen enthielten bereits alle Zutaten einer Militärdoktrin, die später als „Low Intensity Warfare“ bzw. „Low Intensity Conflict“ (Kriegführung/Konflikt niedriger Intensität) bekannt wurde. Sie ist das Mittel, um die in der Reagan-Doktrin festgelegten Ziele, den Sieg revolutionärer Bewegungen in der Dritten Welt zu verhindern und ihren Sturz durchzusetzen, dort wo sie gesiegt haben.

„Low Intensity Warfare“ schließt „anti-

terroristische“ Schläge wie gegen Libyen ebenso ein wie „Polizeiaktionen“ (etwa gegen Grenada) „Counterinsurgency“ (Aufstandsbekämpfung; etwa in El Salvador oder auf den Philippinen) und sog. „Proinsurgency“ (Aufstandsförderung), wie sie mit US-Unterstützung gegen Afghanistan, Angola, Kambodscha und Nicaragua von Contras praktiziert wird. Nach Ansicht von Oberst John Waghelstein, ehemaliger Chef der US-Militärberater in El Salvador und Professor an der Kriegsakademie der USA, spielen in dieser Art des Krieges politische, soziale, wirtschaftliche und psychologische Elemente eine ebenso wichtige Rolle wie die rein militärischen.⁴

Oberst Hugo Torres, Chef der politischen Leitung des Sandinistischen Volksheeres (EPS), erklärte, daß „Low Intensity Warfare“ nicht die sofortige physische Vernichtung des Feindes zum Ziel (hat), auch wenn sie diese Möglichkeit nicht ausschließt. Sie will die systematische Zermürbung erreichen, wirkt auf die Wirtschaft ein und läßt das Land durch Sabotage und terroristische Aktionen permanent ausbluten.“⁵

Damit sowie durch politische und propagandistische Maßnahmen soll erreicht werden, daß die soziale Basis der Revolution geschwächt bzw. zerstört wird, also die Revolution sturmreif geschossen wird.

Dieses Konzept, das offiziell keinen direkten massiven und langandauernden Einsatz von US-Truppen vorsieht, ist eine Antwort auf das veränderte weltweite Kräfteverhältnis und auf den Widerstand der US-Bevölkerung, die aus der Erfahrung des Vietnamkrieges heraus mehrheitlich einer direkten Verwicklung der USA in langandauernde Kriege ablehnend gegenübersteht.

Nicaragua ist ein Paradebeispiel und Testfall für die konsequente Anwendung von „Low Intensity Warfare“. Die Reagan-Administration hat seit 1981 alle Register gezogen, die im Rahmen dieses Konzeptes zur Verfügung stehen, ohne jedoch bis jetzt den erhofften Erfolg zu erzielen.

Den Contras kommt dabei eine zentrale Funktion zu. Dies jedoch weniger in dem Sinne, daß sie in der Lage wären, Nicaragua militärisch zu besiegen – ein Ziel, das man spätestens 1984 begraben mußte.

Vielmehr dient sie dem Zweck, das Land wirtschaftlich auszubluten. Dies geschieht vor allem dadurch, daß Nicaragua gezwungen ist, einen Großteil seiner Ressourcen für die Verteidigung zu verwenden, um sowohl die Contra zu bekämpfen als auch sich auf eine direkte Invasion der USA vorzubereiten.

Diese Politik ist zwar zu einem gewissen Grade von Erfolg gekrönt, was auch durch das Handelsembargo und den

Kreditboykott, den die USA bei internationalen Finanzorganisationen durchgesetzt haben, erreicht wurde. Jedoch ist es bisher nicht wie in Ländern, die aus anderen Gründen in einer ähnlich katastrophalen wirtschaftlichen Lage sind, zu einer spontanen, geschweige denn zu einer organisierten Rebellion gegen die Regierung gekommen.

Wichtigster Grund hierfür ist der, daß die Sandinisten sich auf die „Low Intensity War“-Strategie eingestellt haben.

Sie machten dies möglich, indem sie nicht nur einen militärischen Kampf führen, sondern zunehmend die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Auseinandersetzung betonen. Dazu gehört, daß in den Kriegsgebieten Sozialprogramme verstärkt vorangetrieben werden, die Versorgung verbessert und vor allem die Landreform beschleunigt wird. Die zunehmende Professionalisierung der Streitkräfte, die modernen Waffen aus sozialistischen Ländern und die Einbeziehung der Bevölkerung in die Verteidigung waren weitere Voraussetzungen für die strategische Niederlage, die der Contra 1985 zugefügt werden konnte.

die US-Intervention.

Symptomatisch für die internationale Isolierung der USA sind auch die Verurteilung ihrer Aggressionspolitik durch den Haager Gerichtshof und die Kritik internationaler Organisationen, wie die UNO und die Nichtpaktgebundenen.

So verurteilte am 22.11.1986 die UN-Vollversammlung das Handelsembargo Washingtons. Lediglich die USA und Israel stimmten gegen die Resolution, 86 waren dafür und 46 enthielten sich.

In den USA selbst ist nach wie vor eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Unterstützung der Contras eingestellt.

Die Zustimmung des Kongresses steht immer auf des Messers Schneide. Nach dem Verbot von 1984, die Contra weiter zu unterstützen, verstand es die Reagan-Administration jedoch, Hilfe aus privaten Quellen, von anderen Ländern (u.a. Israel, Saudi-Arabien und Brunei) und durch Waffengeschäfte mit dem Iran zu organisieren.

Allerdings könnten sich diese illegalen Praktiken durch die Iran-Affäre rächen. Möglicherweise wird der Kongreß dies zum Anlaß nehmen, den nicht ausbezahlten Teil der 1986 bewilligten 100

sie im Gegenteil fördert. Für diese Version sprechen mehrere Gründe.

Da ist der hohe Stellenwert, den die USA Nicaragua im Rahmen ihrer internationalen Roll-Back-Strategie eingeräumt haben. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß sie schnell klein beigeben, ohne alle Karten ausgespielt zu haben.

Mit der Bewilligung der 100 Mio \$ wurde zudem beschlossen, daß US-Ausbilder und Soldaten, die Contras in der Nähe der nicaraguanischen Grenze ausbilden und unterstützen dürfen. Diese direkte Beteiligung von US-Bürgern am Contra-Krieg erhöht die Möglichkeit, daß sie in militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden und somit einen Anlaß für ein militärisches Eingreifen liefern. Und senkt obendrein die Schwelle zur US-Invasion.

Wenn es Washington zudem gelingen sollte, die soziale Basis der Revolution zu untergraben, wäre die direkte Intervention notwendig, um der Revolution nach dem Muster Grenada (Oktober 1983) den Todesstoß zu versetzen.

Für die Pläne eines direkten Eingreifens sprechen zumindest die Vorbereitungen vor Ort.

In Honduras sind mehrere tausend US-Soldaten dauernd stationiert, Militärlager und Flughäfen angelegt. In den USA probten Anfang November 1986 14.000 Angehörige der 82. Luftlanddivision die Invasion. Zudem versucht Washington die Nachbarländer Nicaraguas zu einer stärkeren Konfrontation zu bewegen.

Indiz hierfür ist nicht nur, daß es der Reagan-Administration praktisch gelungen ist, die Contadora-Verhandlungen zu torpedieren und damit eine Verhandlungslösung zu verhindern. Vielmehr zeigt die Bombardierung nicaraguanischer Stellungen durch die honduranische Luftwaffe Anfang Dezember 1986, daß Washington durch einen militärischen Konflikt zwischen Nicaragua und seinen Nachbarstaaten einen Anlaß für ein Eingreifen schaffen will.

Ob Washingtons Invasionspläne Zukunft haben, hängt einestils davon ab, ob es den Sandinisten weiterhin gelingt, ihre soziale Basis zu festigen und ob der Widerstand in Honduras gegen die Contras und die US-Truppen weiter wächst. Andernteils hängt es daran, ob weltweit – und vor allem in Westeuropa – die anti-interventionistischen Kräfte dem Versuch Washingtons, Nicaragua zu isolieren, etwas entgegenzusetzen können.

Anmerkungen:

- 1) Abschrift vom Tonbandprotokoll
- 2) Vgl. CounterSpy, Washington, Nr. 3/Mai-Juni 1982
- 3) New York Times, 7.4.1983
- 4) Vgl. Pensamiento Propio, Managua, Nr. 33/Mai-Juni 1986, S.52
- 5) Barricada Internacional, Managua, 20.10.1986

Wo liegt Nicaragua?

Es liegt überall dort,

wo die Vereinigten Staaten Geheimdienstleute einschleusen
zur Verteidigung der Freiheit der freien Welt.

Und weil Nicaragua überall ist, darum muß man
endlich überall etwas von Nicaragua wissen:

Daß es in aller Welt um Nicaragua geht,
und daß es in Nicaragua um alle Welt geht.

Erich Fried

In den anderen Gebieten des Landes konnte politische Unzufriedenheit aufgrund der miserablen wirtschaftlichen Lage in Grenzen gehalten werden, da die Verantwortlichen im Weißen Haus leicht auszumachen sind. Die Bevölkerung zu überzeugen, gelingt auch deshalb, weil es die USA bisher nicht erreicht haben, eine politische Alternative in Gestalt der Kirchenführung und der Rechtsparteien aufzubauen.

Dieses Vorhaben durchkreuzten die Sandinisten nicht nur durch politische Überzeugungsarbeit, sondern auch durch administrative Maßnahmen, etwa die Verhängung des Ausnahmezustands, die Schließung von „La Prensa“ und die Ausweisung des Bischofs Vega.

Ein weiterer Grund dafür, daß die Reagan-Administration ihr Ziel noch nicht erreicht hat, sind die Widerstände gegen ihre Mittelamerikapolitik sowohl in den USA als auch in Westeuropa.

Durch eine gezielte Propagandakampagne konnte sie zwar international Boden gut machen. Dennoch ist der Kreditfluß etwa seitens der EG noch immer nicht gestoppt und vertritt die Sozialdemokratie weiterhin Positionen gegen

Mio \$ zu streichen und keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung zu stellen.

Doch heißt dies alles nicht, daß der Contra-Krieg auf kurz oder lang zum Scheitern verurteilt ist und die Reagan-Administration ihr Ziel, die nicaraguanische Regierung zu stürzen, aufgibt. Die Möglichkeiten der internationalen Isolierung Nicaraguas sind noch nicht ausgeschöpft.

Dies gilt vor allem, wenn man bedenkt, daß das Konzept des „Low Intensity Warfare“ u.a. darauf angelegt ist, den Modellcharakter der nicaraguanischen Revolution zu zerstören und die Regierung zur Einschränkung der politischen Freiheiten zu zwingen, wenn sie die Revolution retten will. Durch Kredit Sperren vor allem westeuropäischer Staaten könnte dann die wirtschaftliche Ausblutung noch weitergesteigert werden. Außerdem verfügen die USA über ein letztes Mittel zur Beseitigung der Revolution: die breit angelegte direkte Intervention.

Die Sandinisten gehen davon aus, daß die Gewährung der 100 Mio \$ für die Contras nicht etwa – wie Reagan behauptet – eine Invasion vermeiden hilft, sondern



Contreras A. Cruz, A. Robelo und A. Calero (v.rml.) applaudieren ihrem Arbeitgeber R. Reagan

Jochen Hippler

Der Contra-Krieg

In der ersten Zeit nach der Revolution in Nicaragua folgte die US-amerikanische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Jimmy Carter einem Kurs, der auf die „Mäßigung“ und Anbindung der Revolution zielte. Zwar hatte man die Revolution nicht verhindern können, was auch unter Carter das vornehmste Ziel der Politik gewesen war, nun wollte man wenigstens verhindern, daß sie sich radikalisierte und sie statt dessen kanalisieren.

Im Finanzjahr 1980 erhielt Nicaragua von der Carter-Administration rund 90 Mio \$. Dabei ging es darum, neben den Möglichkeiten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckes auch ein Zuckerbrot anzubieten, um so die eigene Einflußmöglichkeit zu maximieren. Zugleich wurde die US-Wirtschaftshilfe in der Regel gezielt an bestimmte Bevölkerungsgruppen gegeben, während die nicaraguanische Regierung möglichst wenig zur Kenntnis genommen wurde. So waren vor allem die Privatunternehmer, die Kirchenhierarchie und bestimmte Medien Zielgruppen amerikanischer Hilfe – was praktisch bereits eine Intervention in die nicaraguanische Innenpolitik darstellte.

Eine solche Politik geriet durch die politische Rechte in den USA massiv unter Beschuß: Diese verlangte, jede politische und wirtschaftliche Hilfe an Nicaragua sofort einzustellen und durch eine harte Konfrontationslinie zu ersetzen, da das Land bereits kommunistisch und „totalitär“ sei und daher bekämpft werden müsse. Es müsse darum gehen, Nicaragua „politisch zu reorientieren“, also die herrschende FSLN zu stürzen.¹

Entsprechend deutlich fiel die Wende amerikanischer Nicaraguapolitik aus, als

im Januar 1981 Präsident Reagan das Weiße Haus bezog.

Es erwies sich sehr schnell, daß die Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration nicht nur mit besonderem Nachdruck und beträchtlichem ideologischen Antrieb verfolgt, sondern bald immer stärker militärisch und paramilitärisch ausgerichtet wurde. Das ließ sich unter anderem daran ablesen, daß die sog. Contras schnell zum zentralen Instrument Reagan'scher Nicaragua-Politik wurden. Die Contra wurde 1981 von der US-Regierung gegründet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Reste der berüchtigten, ehemaligen Nationalgarde des gestürzten Diktators Somoza in Honduras (im Grenzgebiet zu Nicaragua) ihr Unwesen als Banden getrieben.

Somozisten als Freiheitskämpfer

Eine erste Weichenstellung erfolgte bereits im März 1981, als Präsident Reagan eine Präsidentielle Entscheidung unterzeichnete, die ein Dreipunkteprogramm enthielt: Die Opposition, vor allem die Privatwirtschaft, bestimmte politische Parteien oder US-nahe Gewerkschaften, Sektoren von Presse und Kirche innerhalb Nicaraguas, wurden verstärkt finanziell unterstützt; die Sammlung geheimdienstlicher Informationen der USA in Mittelamerika sollte verstärkt werden; und schließlich gestattete die Entscheidung zum ersten Mal „verdeckte“ (d.h. geheime) militärische Maßnahmen gegen Nicaragua. Für diese drei Punkte wurden 19,5 Mio \$ bereitgestellt.²

Im November 1981 erfolgte dann eine Reihe von Diskussionen innerhalb der Regierung, die schließlich dazu führten,

daß der Präsident am 2. Dezember zwei Dokumente unterzeichnete: die National Security Directive 17 und eine neue Präsidentielle Entscheidung. Darin wurde festgelegt, daß die US-Regierung durch ihren Auslandsgeheimdienst CIA eine Truppe von 500 Mann (Lateinamerikaner, vorwiegend Exilkubaner) aufbauen würde, die von Honduras aus Nicaragua angreifen sollte.

Dabei sollte es vor allem darum gehen, Verkehrswege, Brücken und direkte wirtschaftliche Ziele zu attackieren und so Druck auf die nicaraguanische Regierung auszuüben (Kostenpunkt: 20 Mio \$). Zweitens sollte Argentinien (bzw. deren damalige Militärdiktatur) bei der Ausbildung und Ausrüstung einer 1.000 Mann starken Truppe unterstützt werden, die sich überwiegend aus ehemaligen somozistischen Nationalgardisten zusammensetzte. Schließlich wurde als ein politisches Ziel formuliert, eine breite, einheitliche Oppositionsfront gegen die Sandinisten aufzubauen.³

Das politische Problem, daß die Contra in ihrem Kern aus der alten Nationalgarde der Diktatur bestand (und besteht, wie sich zeigen wird), wurde in Zukunft von der Reagan-Administration vorwiegend propagandistisch bekämpft: Die Contras wurden als Armee armer Bauern, als Gruppe mutiger Freiheitskämpfer charakterisiert, um ihren eigentlichen Charakter zu verschleiern und ihre Glaubwürdigkeit nicht zu untergraben. Allerdings machte der Umfang der schrittweise erfolgten Vergrößerung der Contra-Einheiten bald erforderlich, auch Nicht-Somozisten zu rekrutieren. Die Zahl der Contras stieg von 500 im Dezember 1981 auf 1.500 im August 1982. In dieser Phase des Kampfes wurden die Einheiten damit gerechtfertigt, sie zur Unterbindung von Waffenlieferungen Nicaraguas an die FMLN in El Salvador einsetzen zu wollen.

Bis heute allerdings ist es nicht gelungen, auf diesem Wege auch nur eine einzige Waffe aufzuspielen oder zu erbeuten. „Kubanische Militärberater“, die auch das Ziel der Operation sein sollten, wurden als Waffenlieferanten ebenfalls nicht ausgemacht – so die Auskünfte der Regierung im Geheimdienstauschuß des Repräsentantenhauses im Mai 1982 (woran sich bis heute nichts geändert hat).⁴

Daraufhin erfolgte seit dem Sommer 1982 eine massive Ausweitung und Ausrüstung der Contras: im Mai 1983 standen bereits 7.000 Mann unter Waffen, Ende 1983 etwa 10-12.000. Heute dürfte es insgesamt etwa 12-15.000 Contras geben, die gegen Nicaragua operieren.⁵

Trotz dieser Aufrüstung verlief für die USA der Krieg nicht nach Plan. Das anspruchsvolle Vorhaben, bis zum Septem-

ber 1983 in Managua einzumarschieren, das von CIA-Chef William Casey vor US-Abgeordneten ausgeplaudert — und später dementiert — worden war, erwies sich sehr schnell als bloßes Wunschdenken der US-Regierung.

Die dann verfolgte Alternative, einen Landstreifen an der honduranischen Grenze dauerhaft besetzt zu halten und so eine Gegenregierung zu der der FSLN ausrufen (und international anerkennen) zu können, kam ebenfalls nicht voran. Die Enttäuschung in Washington über die Contras wuchs.

Durch die Erfolglosigkeit der Contras (trotz gelegentlicher tiefer Einbrüche in nicaraguanisches Gebiet mit mehreren tausend Soldaten) waren die USA gezwungen, die Taktik der Kriegführung erneut zu ändern:

Seit Ende 1983 wurden die Einheiten noch stärker als zuvor gegen wirtschaftliche Ziele und die Infrastruktur eingesetzt und damit von der Hoffnung auf einen militärischen Sieg auf ein Untergraben der ökonomischen Existenzfähigkeit Nicaraguas umgeschaltet, um im Land Unzufriedenheit gegen die Regierung zu schüren. Zugleich wurde die direkte Beteiligung von US-Personal an offensiven Operationen ausgeweitet, um die Defizite der Contras zu kompensieren.

Vom Januar bis April 1984 war die Verminung der Häfen Nicaraguas, die vom Geheimdienst CIA durchgeführt wurde, tatsächlich die zentrale Taktik der geheimen Kriegführung. Eine erfolgreiche Blockade der Häfen hätte Nicaragua an entscheidender Stelle getroffen. Das Land hätte seine Exporte nicht mehr verschiffen können, daher wären seine Deviseneinnahmen drastisch zurückgegangen und die extreme Verschuldung nicht mehr rückzahlbar gewesen.

Auch der größte Teil der dringend benö-

tigten Importe hätten nicht mehr ins Land gebracht werden können. Im April wurden die Aktionen in den USA einem breiteren Publikum bekannt und gerieten im Kongreß unter massiven Beschuß.

Als Reaktion weigerte sich der Kongreß im April 1984, weiterhin die Contra zu finanzieren. Von der Regierung beantragte zusätzliche 21 Mio \$ zur Überbrückung der Sommermonate wurden nicht bewilligt. Im Oktober 1984 entschied der Kongreß zudem, daß die Regierung aus keiner Quelle — auch nicht aus einem geheimen Verfügungsfonds — Gelder an die Contra zahlen dürfe.⁶

„Private“ Helfer

Der Contra-Krieg ließ sich ohne Finanzmittel nicht im gewünschten Umfang weiterführen, von einer Effektivierung und der Überwindung der erkannten Schwächen einmal ganz zu schweigen.

Dieses Problem wurde aber sehr rasch mit bemerkenswerter Improvisationsgabe zumindest teilweise gelöst: Eine ganze Reihe „privater“ Hilfsorganisationen aus den USA bemühte sich, die entstandene Lücke zu schließen und die Contras aktionsfähig zu erhalten. Auch befreundete, rechte Regierungen anderer Länder leisteten einen Beitrag (etwa Saudi-Arabien, Taiwan, Südkorea, Israel und andere).⁷

Besonders rege waren aber die vorgeblich privaten, humanitären Hilfsorganisationen aus den USA, die sehr schnell ein fast unentwirrbares Netz persönlicher und organisatorischer Verflechtung bildeten. Zu nennen sind vor allem die Antikommunistische Weltliga und der U.S. Council for World Freedom (beide unter Beteiligung von General a.D. Singlaub), Refugee Relief International (Soldier of Fortune/Singlaub), die Air Commando Association (Soldier of Fortune/Aderholt), Civilian Military Assistance (Posey), Caribbean Commission, Friends of the Americas und der Nicaraguan Refugee Fund (Oschner), sowie die Moon-Sekte und ihre Zeitung, die „Washington Times“. Damit ist das Geflecht an privaten Organisationen zur direkten und indirekten Finanzierung der Contra allerdings noch nicht erschöpft.⁸

Besonders wichtig an diesen Gruppen ist, daß ihre Aktivitäten gar nicht so privat sind, wie sie vorgeben. Zahlreiche Kontakte und Zusammenarbeit mit der Reagan-Administration sind nachweisbar, von der unteren Ebene bis ins Weiße Haus. General a.D. Singlaub selbst erklärte Journalisten, daß seine Aktivitäten vom US-Verteidigungsministerium unterstützt und koordiniert würden.⁹ Im Sommer und Herbst 1985 gelangten zusätzliche Informationen an die Öffent-

lichkeit, die von der Schutzbehauptung eines angeblich „privaten“ Charakters der Unterstützung überhaupt nichts mehr übrig ließen.

Es stellte sich heraus, daß im Stab des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses ein „Contra-Planungsstab“ existierte, und daß in diesem Rahmen ein Oberstleutnant Oliver North eine Koordinations- und Leitungsfunktion für die „private“ Contra-Hilfe ausübte.¹⁰

Die „Washington Post“ berichtete im Oktober 1985: „Beamte des Weißen Hauses wählten (im April 1984; J.H.) den Generalmajor a.D. der Armee, John K. Singlaub, als Hauptkontaktmann der Spendenkampagne aus und berieten ihn, wie er die Kampagne innerhalb der Beschränkungen der Neutralitäts- und anderer Gesetze anlegen sollte, die US-Bürgern die Unterstützung ausländischer Kriege verbieten — so die Quelle, die auf ihrer Anonymität bestand.“

Die Beteiligung von Oberstleutnant North wurde bestätigt, eine Rolle des damaligen Nationalen Sicherheitsberaters und NSC-Stabchefs Robert McFarlane dokumentiert und eine Bestätigung des Vorgehens durch Präsident Reagan persönlich bekannt.¹¹

Die rege Beteiligung der Reagan-Administration an der weiteren gesetzwidrigen Belieferung der Contra mit Kriegsmaterial wurde nach dem Abschluß eines Versorgungsflugzeugs für die Contra über Nicaragua Anfang Oktober 1986 und mit den Enthüllungen über US-amerikanische Waffenlieferungen an den Iran im November 1986 noch einmal unterstrichen. Der Überlebende des Flugzeugabschusses, der US-Amerikaner Eugene Hasenfus sagte aus, daß die Versorgungsflüge vom Geheimdienst CIA organisiert würden. Und er verwies auf eine direkte Beteiligung von Oberstleutnant North und US-Vizepräsident Bush.

Durch die Aufdeckung des Waffenhandels mit dem Iran wurde bekannt, daß die Fortsetzung der Hilfe an die Contra durch die Administration weiter betrieben wurde, indem trotz des Verbots durch den Kongreß Gewinne aus den Waffengeschäften in Höhe von 10-30 Mio \$ direkt an die Contras geleitet wurden.

Wenn das Jahr 1984 das Ende der offiziellen US-Finanzierung für die Contra erlebt hatte, so sah das Jahr 1985 deren Wiederaufnahme. Im Juli 1985 bewilligte der Kongreß 27 Mio \$ vorgeblich „humanitärer“ Unterstützung für die Contra.

Im November 1985 wurde dann durch einen weiteren Beschluß ergänzt, daß auch die Lieferung von Lastwagen und Kommunikationseinrichtungen in dieser „humanitären“ Hilfe enthalten sein sollte, und daß die CIA ab sofort wieder das Recht hatte, die Contra durch geheim-

Contra-Lager in Honduras



dienstliche Informationen und durch „Beratung“ zu unterstützen.¹² Ende Juni 1986 schließlich bewilligte das US-Repräsentantenhaus weitere 100 Mio \$, überwiegend Militärhilfe, zur Unterstützung der Contra.

Wie Mitglieder des Repräsentantenhauses darüber hinaus der Presse mitteilten, würde der Gesamtumfang der militärischen Hilfe für die Contra sogar 400 Mio \$ betragen, wenn man die Leistungen, die Angehörige der US-Streitkräfte für die Contra erbringen (Aufklärungsflüge, Ausbildung, Stationierung von US-Truppen in Honduras) einrechnet. Ob die letzten 40 der 100 Mio \$ überhaupt ausgezahlt werden können und noch weitere Mittel bewilligt werden, ist durch die Hasenfus- und Iran-Affären fraglich geworden.

Vorher wurde bereits erwähnt, daß die militärischen Aktivitäten der Contra lange nicht mehr auf einen direkten militärischen Sieg gerichtet sind, sondern auf die Schwächung Nicaraguas, auf die Lähmung seiner Wirtschaft und auf die Erzeugung von Versorgungsmängeln und innerer Unzufriedenheit. Daher sind wirtschaftliche Betriebe, das Verkehrswesen und die anderen Elemente der Infrastruktur, die Kaffee-Ernte und andere ökonomisch oder psychologisch wichtige Einrichtungen die Hauptziele der Angriffe.

Eine solche Strategie schließt bei den Contras die bewußte Ausübung von Terror gegen die Bevölkerung mit ein: Der Terror soll lähmen und einschüchtern, soll verunsichern und das normale Leben und die normale Arbeit unmöglich machen.

Nun ist es allerdings notwendig auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Unterhal-

tung der Contras zwar das wichtigste, aber nicht das einzige Element der amerikanischen Nicaragua-Politik unter Reagan darstellt. Dabei sollte das strategische Ziel dieser Politik im Auge behalten werden – gerade weil die offizielle Formulierung des Politikziels durch die Regierung seit 1981 deutlichen Veränderungen unterworfen war.

Zuerst, mindestens bis zum Sommer/Herbst 1982, wurde die Notwendigkeit der Contra offiziell damit begründet, daß nur so der behauptete Waffenschmuggel Nicaraguas an die salvadorianische Guerrilla zu anbinden sei. Als bekannt wurde, daß im Verlauf dieser Operation nicht eine einzige Waffe erbeutet oder ein solcher Waffenschmuggel nicht wirklich belegt werden konnte, mußte natürlich die Legitimierung der Contra geändert werden.

„Die Sandinisten beseitigen“!

Nun wurde argumentiert, daß sie dazu dienen sollten, Druck auf die nicaraguanische Regierung auszuüben, um ihre behaupteten subversiven Aktivitäten gegen die Nachbarländer einzustellen und sie zu politischen Lösungen und Verhandlungen zu bewegen. Auch diese Begründung ließ sich nicht lange halten.

Nicaragua hatte im September 1984 die Bereitschaft erklärt, die von den Staaten der Contadora-Gruppe erarbeitete Akte zur Beilegung der Konflikte in Mittelamerika zu unterzeichnen und in diesem Rahmen weitreichende Abrüstungsmaßnahmen zu unternehmen. Die US-Regierung brachte durch Druck auf ihre regionalen Verbündeten diesen Friedensprozeß zum Scheitern (siehe dazu ein Ge-

heimpapier des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom Oktober 1984¹³). Auch die laufenden US-nicaraguanischen Verhandlungen in der mexikanischen Stadt Manzanillo scheiterten an der mangelnden Kompromißbereitschaft der USA: Im Januar 1985 brachen sie die Gespräche einseitig ab. Eine vorgebliche Notwendigkeit, durch die Contra die nicaraguanische Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen, war daher etwas absurd, und nun wurde die Katze aus dem Sack gelassen.

Es ging darum, die sandinistische Regierung Nicaraguas zu stürzen und durch eine US-genehme (und Contra-geführte) zu ersetzen. Damit war nach Jahren rhetorischer Kunststücke zumindest das Ziel der US-Politik klar definiert – die Tatsache, daß eine solche Politik offen völkerrechtswidrig war, wurde nicht sonderlich ernst genommen.

Vor diesem Hintergrund wird nun das Zusammenspiel der einzelnen Elemente der US-Politik erst verständlich. Eine Beseitigung der sandinistischen Regierung setzte grundlegend voraus, den nationalen Konsens zu zerstören, der sich im Kampf gegen die Somoza-Diktatur herausgebildet hatte.

Zu diesem Zweck wurde von Anfang an versucht, innerhalb Nicaraguas gewisse soziale Brückenköpfe zu entwickeln, die zur Ausgangsposition weiterer Schritte genutzt werden könnten: Vor allem die Privatunternehmer, die Hierarchie der katholischen Kirche, bestimmte Elemente der Massenmedien und die Ausnutzung sandinistischer Fehler beim Umgang mit den indianischen Minderheiten waren hier die Ansatzpunkte, die von Reagan-nahen Politikern bereits sehr früh offen formuliert wurden.

Bereits im Januar 1980 hatten zwei Reaganisten in einer wichtigen Zeitschrift erklärt, das wichtigste Ziel sei „die Installation einer vernünftigen Regierung mit gesunden Politikern und einer PRO-US-Orientierung“. ... „Die gegenwärtige Regierung Nicaraguas steht den Interessen der westlichen Hemisphäre offen feindlich gegenüber und sollte beseitigt werden, bevor sich ihre Kontrolle über das Land festigt.“

Das wichtigste Instrument dieses Ziels wurde bereits vorweggenommen: „Der größte Teil der Nationalgarde entkam aus Nicaragua und kann zu einer echten Kampftruppe für die Interessen Nicaraguas – nicht Somozas – gemacht werden. ... Aber wenn sie es schaffen (sich zu organisieren; J.H.) und dann eine Revolution entfachen, sollten die Vereinigten Staaten gemeinsam mit anderen Ländern der Hemisphäre bereit sein, die Beseitigung der kommunistischen Regierung Nicaraguas zu unterstützen.“¹⁴

Die bilaterale Wirtschaftshilfe wurde sofort nach Reagans Amtsantritt abgebro-





Contra-Führer „El Tigrillo“ vor einem Plakat bundesdeutscher Helfer in Honduras.

ständige Versorgungsengpässe und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten potentiell in die Opposition zur Regierung zu treiben, die ärmeren Bevölkerungsgruppen und primären Nutznießer der Revolution sollen verunsichert, ihre Unterstützung der FSLN soll in Gleichgültigkeit und Passivität umschlagen.

Auf diese Weise, durch den Aufbau einer wachsenden internen Opposition, die Schaffung wirtschaftlichen Chaos, die Erzeugung von Gleichgültigkeit bei der Bevölkerungsmehrheit, internationale Isolierung, militärischen Druck von außen, die Verweigerung von Krediten und Rohstoffen sollen insgesamt die Bedingungen erzeugt werden, die den Sturz der sandinistischen Regierung erst möglich werden lassen. Dann erst wird eine direkte militärische Intervention der USA möglich – falls sie dann noch erforderlich ist.

Durch diese Strategie der Entwicklung eines umfassenden Drucks auf Nicaragua wird zugleich dessen interne Entwicklung deformiert, wird die Chance der Revolution beeinträchtigt. Einschränkungen der Freiheitsrechte, Beschränkungen der Demokratie und Verstöße gegen die Menschenrechte, wie sie etwa 1981/82 gegen Miskitos vorgekommen sind, sind nur zu häufig Formen der Reaktion oder Überreaktion auf die Situation einer einschnürenden und auch militärisch bedrohlichen äußeren Intervention.

Dabei handelt es sich um kein zufälliges Nebenprodukt der US-Politik: Durch äußeren Druck soll Nicaragua dazu gezwungen werden, seinen Beispielcharakter zu verlieren, wenn es seine nackte Existenz retten will.

(Quelle: gekürzte und vom Autor leicht überarbeitete Fassung von: Jochen Hippler, Wie erstickt man eine Revolution? Contras gegen Nicaragua, in: N. Greinacher/J. Hippler/R. Peltzer (Hg.), Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua – eine Bestandsaufnahme, Wuppertal 1986, S. 116-136)

Anmerkungen:

- 1) Zur Kritik der Reaganisten an der Mittelamerikapolitik der Carter-Administration siehe: J. Hippler, Menschenrechte und 'Politik der Stärke' – USA und Lateinamerika seit 1977, Duisburg 1984, S. 105-125
- 2) Vgl. Democratic Policy Committee, Special Report No. 51, 'The Not-so-secret War in Nicaragua', by W.M. LeoGrande, Washington, 25.4.1983
- 3) Vgl. ebd.
- 4) Vgl. Washington Post (WP), 8.5.1983
- 5) Zu den Zahlenangaben der Contra-Stärke: ebd., und: International Herald Tribune, 15.7.1983 und 3.4.1984
- 6) Vgl. U.S. Assistance to Nicaraguan Guerrillas: Issues for the Congress, by N.M. Serafino, Congressional Research Service, Issue-Brief IB 84139, 20.5.1985, S.2
- 7) Vgl. New York Times (NYT), 4.9.1984; WP, 8.10.1985 und 10.9.1984; Miami Herald (MH), 24.6.1985
- 8) Vgl. „Who Are the Contras? – An Analysis of the Make-Up of the Military

Leadership of the Rebel Forces, and of the Nature of the Private American Groups Providing Them Financial and Material Support", by the Arms Control and Foreign Policy Caucus, in: Congressional Record, 23.4.1985, S. H2335ff.; WP, 3.5.1985; 27.12.1984 und 7.5.1985; New Right Humanitarians, Ed. by the Resource Center, Albuquerque, September 1985; 5.9.1984; MH, 30.1.1985 und 24.6.1985

- 9) Vgl. WP, 10.12.1984
- 10) Vgl. MH, 24.6.1984
- 11) Vgl. WP, 8.10.1985
- 12) Vgl. Congressional Quarterly Weekly Report, 23.11.1985, S. 2451f.
- 13) Vgl. Geheimpapier des Nationalen Sicherheitsrates der USA; Text in: J. Hippler (Hrsg.), Intervention in Mittelamerika und der Karibik – Materialien und Dokumente (Loseblattsammlung), Wuppertal 1984 ff., S. I/8/1-1/8/4
- 14) Vgl. C. DiGiovanni/A. Kruger, Central America, in: Washington Quarterly, Summer 1980, S. 179
- 15) Vgl. The U.S. Embargo Against Nicaragua – One Year Later, be T. Jenkins, ODC Policy Focus, 1986, No. 3, publ. jointly by the Overseas Development Council and the Center for International Policy
- 16) Vgl. etwa: J. Kelly/W. Bello, El Salvador und Nicaragua – Kredite und Klassenkampf, in: J. Hippler (Hrsg.), „Amerika muß die Führung übernehmen“ – USA, Militärpolitik und Dritte Welt, Duisburg 1983, S. 153-161; J. Morell, Inter-American Development Bank Writes Negative Report of Nicaraguan Loan – Move Results from US Political Pressure, Center for International Policy Aid Memo, Washington, 20. Dezember 1985

chen, selbst bestehende Zusagen über Nahrungsmittellieferungen wurden nicht eingehalten.

Im Mai 1985 verkündete Präsident Reagan schließlich während eines Besuches in Bonn die Verhängung eines Handelsembargos gegen Nicaragua, erneut, ohne sich dabei um internationales Recht – etwa die GATT-Vereinbarungen zur Handelsfreiheit – zu kümmern. Auf diese Weise bemühte sich die Reagan-Administration, die Deviseneinnahmen Nicaraguas zu treffen.

Nach Berechnungen des Overseas Development Council und des Center for International Policy in Washington hat das amerikanische Handelsembargo allein im Jahr 1985 für Nicaragua etwa 50 Mio \$ an zusätzlichen Kosten verursacht, wobei Verluste an Exporteinnahmen, erhöhte Fracht- und Transportkosten und Produktionsausfälle aufgrund fehlender Importe berücksichtigt wurden.¹⁵

Die USA übten massiven Druck auf die Weltbank und vor allem auf die Interamerikanische Entwicklungsbank aus, keine Kredite mehr an Nicaragua zu vergeben, und waren damit bemerkenswert erfolgreich.¹⁶

Die Unterstützung rechter Oppositionsgruppen und der Unternehmerverbände in Nicaragua sollte, relativ wirksam, die Position der Regierung im Land schwächen oder untergraben. Von der Politik der Unterstützung der Contra war oben ausführlich die Rede.

Deren Existenz und militärische Aktionen hatten und haben vor allem die Funktion, die nicaraguanische Wirtschaft zu zerstören und so die soziale Basis der FSLN zu untergraben. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, vor allem die Mittelschichten, sind durch

Unsere
Heimat
ist das
Mehr!


team
reisen

Nicaragua - Cuba Rundreise

07. April - 24. April 1987

Eine 18tägige Rundreise durch die Länder Sandinos und Fidel Castros mit vielen Besichtigungen, Gesprächen und Begegnungen. Leistungen: Flug, Übernachtung in Doppelzimmern mit Halbpension, Programm, Reiseleitung, Transfers, Reisevorbereitung.

ab/bis Berlin-Schönef. **DM 3.214,-**

Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD Kuba e.V. bieten wir an:

Cuba - Studienreisen

Hier ein kleiner Auszug aus unserem Angebot:

- Cuba für Anfänger 15.02. - 01.03.1987

- Bildungswesen in Cuba 11.04. - 26.04.1987

jeweils **DM 2.918,-**

Sprachkurse 1987

Spanisch an den Universitäten

Havanna 03. März - 31. März 1987

DM 2.321,-

Matanzas 10. März - 31. März 1987

DM 2.236,-

Telefon 040 / 491 60 66

Eppendorfer Weg 105

2000 Hamburg 20



Sondereinheiten des EPS fliegen zu einem Einsatz gegen Contras

Raul Vergara

Erfolgsrezept Volksverteidigung

„Unser Ziel ist es, das ganze Volk effektiv in der Kriegskunst zu unterrichten, um uns gegen jeden Fremden, der es wagt, Nicaragua zu überfallen, verteidigen zu können. Und wenn wir in diesem Verteidigungssystem drei Millionen Nicaraguaner organisieren können, werden wir es tun.“ (Verteidigungsminister Humberto Ortega)

Nach dem Sieg der Revolution ... mußte man bei Nichts, mit einer zerstörten Wirtschaft anfangen. Trotzdem verlangten gewichtige Gründe von der revolutionären Regierung, ihre Streitkräfte aufzubauen.

Das jüngste Heer Mittelamerikas stand vor der Möglichkeit einer direkten Aggression der USA, der reaktionären Kräfte der Region und – im günstigsten Fall – der Konterrevolution, die sich durch die Banden der ehemaligen Nationalgarde Somozas, die von Honduras aus operierten, bemerkbar machen.

Mit der Konzeption einer Verteidigung durch das Volk, die in dem rein defensiven Charakter ihrer Militärdoktrin begründet ist, nahmen die Nicaraguaner zwei Hauptaufgaben in Angriff: Die Eingliederung der Massen in die Verteidigung und den Aufbau seiner ständigen Organe; das Sandinistische Volksheer (EPS) und das Innenministerium (MINT).

Anfangs stand man vor dem Problem, die Guerilla und die Miliz in ein nationales, reguläres und professionelles Heer umzuwandeln. (...) Die Mentalität und Struktur der Guerilla widersetzte sich hartnäckig den neuen Anforderungen auf

dem Gebiet der Disziplin, der Lebensformen und -normen. (...)

Trotzdem wurde der Ausbau des EPS fortgesetzt, erhalten und es gelang, die Infanterie, die Artillerie, die Panzertruppen, die Pioniertruppen, die Luftwaffe, die Marine usw. zu konsolidieren. Dieser Prozeß wurde von den Erfordernissen der verschiedenen Etappen der konterrevolutionären Aggression bestimmt.

Angesichts der Notwendigkeit, den Anfängen der bewaffneten Aktionen der Konterrevolution Einhalt zu gebieten, wurden 1981 die kleinen Einheiten „Kampf gegen die somozistischen Banden“ (LCBS), geschaffen.

Defensive Militärdoktrin

Dies waren unabhängige Gruppen, bestimmt für den irregulären Kampf, die aus Guerillakadern gebildet wurden, die in den Bergen gegen die Nationalgarde Somozas gekämpft hatten. Ihre taktische Aufsplitterung paßte sich den Charakteristika der Konterrevolution an, die sich in ihren ersten Schritten darauf verlegte, Bauernführer, Volkslehrer, Gesundheitsarbeiter oder führende Mitglieder der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) zu entführen und zu töten.

Raul Mendez, konterrevolutionärer Gefangener, erklärte: „Einen Sandinisten zu töten bedeutet, das Bedeutsamste in diesem ersten Moment der Revolution

anzugreifen. Neue Kader zu bilden, würde sie mindestens 5 Jahre kosten.“ (...)

Während diese Einheiten (die LCBS; d. Red.) in den Bergen operierten, erhielten die ständigen Einheiten eine Vorbereitung auf den Kampf, durch die sie sich mit modernen Mitteln der Kampftechnik eines regulären Heeres vertraut machten.

Als die Anfangsphase der Organisation des Heeres beendet war, wurde auch die Beteiligung des Volkes an der militärischen Verteidigung durch das „Gesetz zur Schaffung der Sandinistischen Volksmilizen (MPS)“ geregelt, das im Februar 1980 verkündet wurde.

In diesem Gesetz wurden die Mechanismen der organischen Verbindung zwischen den regulären Kräften und denen des Volkes bestimmt. Die Beteiligung des Volkes an den Aufgaben der Verteidigungsarbeit war groß und freiwillig... Die Milizen werden als das wesentliche und strategische Mittel angesehen, über das die Revolution zu ihrer Verteidigung verfügt. (...)

Die MPS sind in Bataillone und Kompanien gegliedert und auf offensive und defensive Aktionen in ihren Territorialbereich vorbereitet. (...) 1983 und 1984 waren es die Bauernmilizen, die den heftigsten Söldnerangriffen gegenübertraten.

Ein anderer Teil der städtischen und ländlichen Bevölkerung verteidigte die Kooperative der Ortschaft, die Brücke,

wirtschaftliche Ziele usw. (...)

In dem Maße, wie die konterrevolutionäre Belagerung sich verstärkte, erwiesen sich die LCBS als unzureichend. Es wurde notwendig, mehr und größere militärische Einheiten aufzustellen, um den neuen Strukturen des Feindes, der zunehmend logistische, taktische und nachrichtendienstliche Unterstützung von Seiten der USA erhielt, angemessen entgegenzutreten zu können.

Die heterogene Zusammensetzung der Bauernmilizen, ihre unzureichende Erfahrung und die begrenzte Kampfvorbereitung hatten den somozistischen Kräften, die sich auf dem Kriegsschauplatz besser vorbereitet und ausgerüstet erwiesen, einen gewissen operativen Vorteil gebracht, was ihnen erlaubte, die Initiative zu ergreifen.

Dies führte dazu, daß das anfängliche Verteidigungskonzept verändert wurde. 1982 wurden die Infanteriebataillone der Reserve (BIR) dem Konzept hinzugefügt. Diese sind Grundeinheiten, die aus freiwilligen, für 5 Monate mobilisierten Milizionären zusammengesetzt sind. (...)

Aber mit der wachsenden Unterstützung des CIA nahm die Aggression 1983 den Charakter eines irregulären Krieges großen Ausmaßes mit ausgedehnten Operationsschauplätzen an. Die Kapazität des kleinen, regulären Heeres und seiner nichtprofessionellen Milizen, die mit ihren Unzulänglichkeiten die Pläne der Demokratischen Nicaraguanischen Kraft (FDN) noch unwirksam machen konnten, drohte dadurch, überstiegen zu werden.

Verändertes Verteidigungskonzept

Am Ende jenes Jahres begann eine neue Etappe.

Einerseits wurde die politische Seite des Krieges wieder verstärkt berücksichtigt und die Konzeption bekräftigt, nach der die Verteidigung sozialökonomische Aktionen erfordert, um die Kräfte der Revolution politisch zu festigen. Andererseits wurden irreguläre Formen des Kampfes bevorzugt und massiver und ausgedehnter eingesetzt.

Das Unverständnis seitens des Staates für die Probleme der Landwirtschaft, die kriegsbedingte Behinderung der wirtschaftlichen und sozialen Programme ebenso wie die religiöse Propaganda, die von der Contra unter den Bauern verbreitet wurde, vergrößerte nicht nur die militärischen Reihen der Konterrevolution. Es gelang ihr auch besonders in den Regionen I und VI, im Norden des Landes, ein Unterstützungsnetz aufzubauen. Dadurch konnte die FDN weit in das nicaraguanische Territorium einfallen, angreifen und sich sicher in ihre grenznahen

Die Opfer des Krieges

1981 bis 6.11.1986

	Contras	Soldaten und Zivilisten
Tote	12.301	4.638
Verletzte	2.646	6.369
Gefangene	1.707	—
Verschundene	—	883
Entführte	—	4.283
Summe	16.654	16.173

Lager in Honduras zurückziehen.

Angesichts dieser Situation begann die FSLN die Reorganisation ihrer Strukturen mit dem Ziel, die politisch-militärische Leitung der Operation zu vereinen. Man revidierte die Pläne zur Umsiedlung der durch den Krieg vertriebenen Bevölkerung ebenso wie die in den Kriegszonen betriebene Agrarpolitik. (...)

Man versuchte so, das Bündnis mit den Bauern ohne Land zu festigen. Ihre Organisationen wurden unterstützt und die über die Agrarreform entstandene Bürokratie wurde unter Beteiligung der Bauern umgestellt.

Auf gleiche Weise begann die Regierung an der Atlantikküste einen Dialog mit Teilen der Indianer, die zu Verhandlungen und zur Beteiligung an einem friedlichen Prozeß bereit waren, der in der Proklamation eines Autonomiestatuts für diese Region gipfelte. (...)

Auf militärischer Ebene wurde in der Absicht, eine große irreguläre Offensivkapazität zu entwickeln, zwischen August und Oktober 1983 das Gesetz über den patriotischen Militärdienst (SMP), der für Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahre obligatorisch ist, verabschiedet.

Diese Maßnahme stellte einen qualitativen und quantitativen Sprung von strategischem Charakter dar, der endgültig den Verlauf des Krieges umkehren sollte. Während der ersten Rekrutierung 1984 wurden ungefähr 10.000 Jugendliche zum SMP eingezogen, so daß nach einer intensiven Ausbildung von 3-4 Monaten

Bataillone mit irregulärer Stoßkraft, hoher Mobilität und Feuerkraft, die im wesentlichen offensiv operieren, aufgestellt werden konnten: die Bataillone des Irregulären Kampfes (BLI).

Wegen ihrer Größe und Leistungsfähigkeit stellten die BLI die wichtigsten Einheiten für die Kämpfe des Heeres gegen die Söldneraktivitäten dar. Sie konnten es durch ausgewählte Kämpfer, die fähig waren, eine komplette Ausbildung zu erhalten und reichliche und nützliche Kampferfahrungen zu sammeln, stärken. Wie der Brigadekommandant Roberto Calderon, Chef der Militärregion V berichtete, wurden als Teil der neuen politischen Behandlung des Krieges gegen die FDN ständige Kampagnen zur Aufklärung der Soldaten durchgeführt, „um den Fehler zu vermeiden, alle und jeden, die in einer von der Konterrevolution betroffenen Gegend wohnen, als politische und ideologische Feinde der Revolution zu betrachten“.

Contra im Prozeß des Zerfalls

Die feindlichen Angriffe gegen einige Bezirkshauptstädte sollten dazu dienen, propagandistische Schläge zu versetzen und das EPS dazu zwingen, seine mobilen Truppen, die BLI, in den bewohnten Dörfern zu belassen. Man suchte so den Druck zu vermindern, den diese in den Berg- und Grenzregionen, die lebenswichtig für die Konterrevolutionäre sind, aufrechterhalten.

Ihre Anstrengungen scheiterten in dem Maße, wie die territorialen Truppen die Aufgaben der Selbstverteidigung übernahmen und zudem kleinere Offensiven im lokalen Bereich einleiteten. Dies gestattete es, den Druck der BLI, in den Bergregionen wo die Contras sich befinden, aufrechtzuerhalten und zu steigern. Im Ergebnis hat die Contra jetzt die strategische Initiative verloren und wurde von den territorialen Truppen in Gebiete abgedrängt, die immer abgelegener oder außerhalb des Landes sind, obschon ihre Fähigkeit einen konstanten Druck durch

Die Sandinisten genießen zunehmende Unterstützung unter den Bauern



terroristische Aktionen aufrecht zu erhalten, nicht unterschätzt werden darf: Hinterhalte gegen Fahrzeuge, Angriffe auf Kooperativen, Entführungen von Bauern und Vertretern der Ministerien, die eine hohe Zahl von Opfern verursachen.

Die ununterbrochene Aktion des EPS hat sie in eine immer defensivere Lage gebracht, obwohl ihre Strategie offensiv ist. Im Laufe des Jahres 1985 wurden die wichtigsten militärischen Pläne der FDN durchkreuzt, woraufhin der Großteil ihrer Truppen das Territorium in Richtung ihrer Basen in Honduras verließ.

In jenem Jahr fügte das EPS der FDN 5.649 Verluste zu, ohne die große Anzahl von Verwundeten mitzuzählen, die nach Honduras evakuiert wurden. Nach Ansicht der Stäbe des EPS über den Zustand der Konterrevolution, befindet sie sich heute in einen „umkehrbaren Prozeß des Zerfalls“.

Im März 1986 beendete der erste Jahrgang der „Cochorros“ seine 2 Jahre im Patriotischen Militärdienst.(...)

Nach 2 Jahren in den Bergen, kehrten sie mit vielfältigen Erfahrungen zurück, um Gruppenführer von Reservebataillonen in Managua, Leon, Chinandega oder Rivas zu werden. Dies bedeutet eine größere Kapazität, um das Land gegen eine direkte Invasion der USA zu verteidigen.

Das System der territorialen Verteidigung wurde gestärkt, indem eine große Anzahl von „Permanenten Territorialen Einheiten“ aufgebaut wurde, die aus Milizen der verschiedenen Zonen bestehen. Sie dienen dazu, den konterrevolutionären Aktivitäten oder einer nord-amerikanischen Invasion entgegenzutreten. Von ihrer Konzeption her sind diese Einheiten fähig, offensive und defensive militärische Operationen in ihrem Ort durchzuführen.

Schließlich wurden die „Spezialeinheiten zur Aufstandsbeämpfung“ gegründet, die eine größere Truppenstärke haben, professioneller ausgebildet sind und dazu dienen, andere kämpfende Kräfte zu unterstützen. Und im Oktober 1985 wurde der Militärdienst der Reserve (SMR) geschaffen, dem die männliche Bevölkerung von 25-40 Jahren angehört, die während 30 Tagen im Jahr zur Ausbildung mobilisiert wird.

Dies ermöglicht es, die Erfahrung der jungen Demobilisierten des SMP wiederzugewinnen und zu erhalten. Mit dieser neuen Form der Milizen wird in den Stadtgebieten – besonders am Pazifik – eine militärische Struktur zur Verteidigung weiter verstärkt, während die offensive Kraft in den nördlichen und zentralen Regionen des Landes aufrechterhalten wird.

(Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 34/Juli 1986, S. 59-62)



Alphabetisierung: das Menschenrecht auf Bildung wird verwirklicht

Helga Ballauf

Desinformation mit Menschenrechtsthema

„Will man die sandinistische Regierung zu Fall bringen“, so CIA-Direktor William Casey im September 1986, „dann muß sie noch stärker unter Druck geraten.“

Und dies nicht nur durch die Angriffe der Contras, sondern vor allem über abnehmende Unterstützung im In- und Ausland.¹ Daß sich der US-Geheimdienst der Aufgabe annimmt, die Entwicklung der Revolution in Nicaragua weltweit in Mißkredit zu bringen, brauchte Casey gar nicht extra zu betonen.

„Böses“ und „noch Böseres“

Über eine gezielte Verleumdungskampagne oder, wie es neuerdings heißt, über eine „Desinformationskampagne“ können zwei Ziele gleichzeitig verfolgt werden: die tatsächliche politische und wirtschaftliche Hilfe für das mittelamerikanische Land von staatlichen und nicht-staatlichen Stellen zum Versiegen zu bringen, sowie ein Klima zu schaffen, bei dem die USA nicht mit internationaler Entrüstung rechnen müssen, sollten sie doch noch militärisch direkt intervenieren.

Nicaragua als Brückenkopf Moskaus in Mittelamerika, Managua als Drehscheibe des internationalen Terrorismus – das ist die eine Argumentationskette.

Die Sandinisten als rücksichtslose Menschenrechtsverletzer und die moralische

Verpflichtung der USA, zur Befreiung der derart geknechteten Nicas beizutragen – das ist die andere Schiene. Der heutige Lateinamerika-Beauftragte des US-Außenministeriums, Elliott Abrams, hat schon 1982 keinen Zweifel daran gelassen, wie sich für Washington Antikommunismus und die Frage der Menschenrechte zueinander verhalten:

„Ich kann hier bestätigen, daß die Regierung ihre Menschenrechtspolitik in den Ost-West-Kontext stellt... Dies bedeutet selbstverständlich, daß die USA manchmal menschenrechtsverletzende Regierungen unterstützen... In der realen Welt hat man oft nicht zwischen 'gut' und 'böse' zu wählen, sondern zwischen dem 'Bösen' und dem 'noch Böseren' oder korrekter ausgedrückt, zwischen dem Bösen, das verbesserungswürdig ist und dem permanent Bösen.“²

Die „Sorge“ der USA um die weltweite Einhaltung der Menschenrechte ist also nichts anderes als ein machtpolitisches Instrument im Kampf gegen die sozialistischen Staaten und Länder der sog. Dritten Welt, die ihre Souveränität zugunsten der Bevölkerungsmehrheit nutzen wollen. Nicht die Sorge um die materiellen Basisrechte und die bürgerlichen Freiheitsrechte jedes einzelnen Menschen treibt die US-Politik an, sondern die Sorge um die Erhaltung und Ausdehnung der eigenen Machtsphäre.

Unter diesen Voraussetzungen muß Nicaragua zum „permanent Bösen“ hochstilisiert werden, sind die Contra-

Terroristen „Freiheitskämpfer“ und muß die Situation der Menschen in El Salvador, Guatemala usw. als „ermutigend“ gelten.

So berichtete das US-Außenministerium im Frühjahr 1985 lobend von dem großen demokratischen Wahlsieg Napoleon Duarte in El Salvador und seinem erklärten Ziel, „den Krieg zu humanisieren“.³ Eine sprachliche Fehlleistung? Wohl kaum.

Welche Mittel den US-Regierungsstellen gerade recht sind, um die eigene und die internationale Öffentlichkeit zu „desinformieren“, haben jüngst die Fälle illegale Waffenlieferungen an den Iran plus – ebenso gesetzeswidrige – Weitergabe der so verdienten Dollars an die Contras, und Streuung frei erfundener Meldungen über angebliche Angriffspläne Libyens bewiesen.

Dahinter steckt Methode, d.h. das Konzept der „Kriegführung mit geringer Intensität“ (low-intensity-warfare) und der „Aufstandsbekämpfung“ (counter-insurgency). Es handelt sich dabei um ein Bündel militärischer, polizeilicher, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und psychologisch-propagandistischer Maßnahmen, um die Interessen der USA in den Ländern der Dritten Welt zu schützen.⁴

Schwachpunkte bei amnesty

Ein wichtiges Hindernis für die Wirksamkeit der Menschenrechtskampagne der Reagan-Administration sind die Berichte von Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international (ai) oder American Watch (AW), in denen die meisten Anschuldigungen klar widerlegt wurden. Sie bieten mithin jedoch auch Ansatz-

Contra-Morde – kein Thema für Menschenrechtsorganisationen?



punkte in ihren Berichten, die geeignet sind, das Verhalten der nicaraguanischen Behörden ungerechtfertigt in ein schiefes Licht zu rücken. Grund hierfür ist nicht nur, daß der Krieg der Contra in ihren Beurteilungen keine Rolle spielt, sondern auch, daß nur ein bestimmter Teil von Menschenrechtsverletzungen überhaupt Berücksichtigung findet.

Ein typisches Beispiel hierfür ist die Vorgehensweise von ai. Amnesty international untersucht in seinen Berichten Verstöße von Staaten gegen die Habeas-Corpus-Rechte ihrer Bürger. Die Organisation geht also der Frage nach, unter welchen Anschuldigungen Menschen eingesperrt werden, ob ihre Haftbedingungen und ihr Gerichtsverfahren rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechen, was an Vorwürfen über Folterungen, „Verschwindenlassen“, willkürlichen Tötungen usw. dran ist.

ai konzentriert seine Arbeit also auf einen Teil der bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte, läßt die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte unberücksichtigt. Allein diese Beschränkung öffnet den Versuchen, die Ergebnisse politisch zu vereinnahmen, bereits Tür und Tor.

Noch problematischer ist die Praxis von ai, dem Völkerrecht entsprechend unter „Menschenrechtsverletzung“ einen Übergriff des Staates gegen einen Einzelnen zu verstehen, d.h. nur solchen Vorwürfen nachzugehen, die sich gegen eine Regierung richten, gegen eine Instanz also, die aufgefordert werden kann, Abhilfe zu schaffen (zu Einzelfällen und den Fakten siehe H. Frenz in: AIB 7/1986, S. 13-15; d. Red.).

Auf Nicaragua und den Krieg der Contras bezogen heißt das: ai kann sich der Menschenrechtsverletzungen annehmen, für die die Regierung in Managua verantwortlich zu machen ist (auch solchen, die aus der Kriegssituation entstehen). ai kann sich aber eigentlich nicht um die Übergriffe der Contras kümmern, da ein staatenähnlicher Ansprechpartner fehlt. Um das Bild über die Situation der Menschen in Nicaragua nicht völlig aus den Fugen geraten zu lassen, hat ai ganz vorsichtig begonnen, in groben Zügen die permanenten Brutalitäten der „irregulären Streitkräfte, die in Opposition zur nicaraguanischen Regierung stehen“⁵ zu erwähnen.

Offenbar gibt es innerhalb der Organisation derzeit Überlegungen, tatsächlich in einem eigenen Abschnitt die Contra-Praktiken zu benennen und klar die US-Regierung als die Instanz auszuweisen, die dafür verantwortlich ist und die es in der Hand hat, dem Morden und Quälen von Menschen durch die Contras ein Ende zu setzen.

Doch auch Vergleiche von Teilaspekten können aufschlußreich sein, wie eine

Auswertung der Menschenrechtsberichte von ai und AW über Nicaragua, El Salvador und Guatemala beweist.⁶

Darin heißt es: In allen drei Ländern kommen Menschenrechtsverletzungen vor, in Nicaragua am seltensten. Dort sind Folter und Mord nicht Bestandteil staatlicher Politik, sondern Verbrechen Einzelner. Die Verantwortlichen wurden in fast allen der angezeigten Fälle zur Rechenschaft gezogen und hart bestraft. In El Salvador und Guatemala sind Ermordung, Folter und das „Verschwindenlassen“ von Oppositionellen immer noch an der Tagesordnung, weil die meisten Regime-Gegner bereits ausgeschaltet sind und weil sich die Methoden der Unterdrückung „verfeinert“ haben, „so daß nunmehr gezielter gemordet werden kann“.⁷

El Salvador ermutigender?

In diesen Ländern müssen die Täter keinerlei Konsequenzen befürchten. Meist sind sie direkt mit dem politischen Machtapparat verbunden.

Schlußfolgerung: „Wer ... behauptet, die Menschenrechtssituation in Nicaragua sei erschreckend schlecht und die in El Salvador sei ermutigend, dem muß eine absichtliche Verfälschung aus politischen Gründen unterstellt werden.“⁸

Bezogen auf den Ausnahmezustand in Nicaragua – also auf Pressezensur, eingeengte Versammlungsfreiheit usw. – heißt das Urteil: „Ein wirksames Eintreten für eine Lockerung oder Beseitigung dieser Einschränkungen ... bedeutet, sich für das sofortige Ende des Krieges gegen Nicaragua einzusetzen.“⁹

In den beiden UNO-Menschenrechtspakten, die nach langem Ringen 1966 zustandekamen, wird das „Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt“ proklamiert – verbunden mit der Forderung an alle Unterzeichnerstaaten, weltweit Verhältnisse zu schaffen, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann.

Den in der europäisch-abendländischen Tradition gegen die Willkür des Obrigkeitsstaates erkämpften bürgerlichen Freiheiten (Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Freizügigkeit, demokratische Wahlen, unparteiische Gerichtsverfahren) wurden mit den materiellen Basisrechten (Recht auf Nahrung, Kleidung, Behausung, auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung, auf Mitbestimmung und Teilhabe an politischen Entscheidungen – von der Familie über den Beruf bis zum Staat) um die existentiellen Voraussetzungen erweitert. Noch einen Schritt weiter ging die UNO 1977, als sie in einer Resolution eine Neue Internationale Wirtschaftsord-

nung forderte, als „ein wesentliches Element für die wirksame Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“¹⁰

Die liberale Sprengkraft der Vorstellung, jedes Individuum habe grundlegende unveräußerliche Rechte gegenüber dem (absolutistischen) Staat, entlud sich am nachhaltigsten in der Französischen Revolution (1789; d. Red.). Seither hält das Ringen um die Verwirklichung, bzw. die von Staats wegen gesetzte Begrenzung der bürgerlichen Freiheiten an.

Dabei drängt sich der Eindruck auf: In dem Maße, in dem materielle Basisrechte und Grundfreiheiten kodifiziert werden, nimmt das Ausmaß zu, in dem ihr politischer Forderungscharakter ausgehöhlt wird.

Statt also Verhältnisse zu schaffen, die allen ein menschenwürdiges Leben er-

möglichen, lassen die USA und ihre Verbündeten den Menschenrechtsbegriff zum antikomunistischen Kampfmittel verkommen.

Dem kann offensiv begegnet werden, wenn alle Berichte über Menschenrechtsverletzungen unter folgenden Fragestellungen beurteilt werden: Mit welcher Absicht wird die Lage der Menschen und ihrer Rechte untersucht? Wem soll das Ergebnis dienen? Und: Werden bestimmte Dimensionen des Menschenrechtsbegriffs ausgeblendet?

Diskussionswürdig können nur solche Ergebnisse sein, die

- einen Beitrag leisten wollen, um die Lage derer zu verbessern, die man als „Opfer“ erkennt;

- dabei die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen als unverzichtbare Grundlage dafür begrei-

fen, bürgerlich-politische Freiheiten überhaupt in Anspruch nehmen zu können;

- die Ursachen benennen, die ein menschenwürdiges Leben in einem der genannten Bereiche verunmöglichen;

- daraus Konsequenzen ziehen und aufzeigen, was zur Veränderung dieser Ursachen geschehen muß.

In dem Zusammenhang sind dann nicht nur die 10-Mio-DM-Polizeihilfe der Bundesregierung für Guatemala und die nach wie vor verweigerte Entwicklungshilfe für Nicaragua zu bewerten, sondern auch das, was wir als Solidaritätsbewegung „bewegen“.

Anmerkungen:

1) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 20.9.1986

2) Zit. nach: H. Frenz, Das Böse und das „noch Böhere“, in: Der Überblick Nr. 1/1985

Schließung von „La Prensa“ Keine Freiheit für die Contra-Propaganda



Proteste vor dem Sitz von „La Prensa“

„Al Servicio de la Verdad y la Justicia“ (Im Dienst der Wahrheit und der Gerechtigkeit). So stand es täglich im Zeitungskopf von „La Prensa“, der traditionsreichsten Tageszeitung Nicaraguas.

1929 gegründet, entwickelte sie sich unter der Somoza-Diktatur zum Organ der bürgerlichen, mittelständischen Opposition. Als ihr Herausgeber, Pedro Joaquín Chamorro, Anfang 1978 von Somozas Schergen ermordet wurde, war für viele bürgerliche Regimegegner die Hoffnung auf eine gütliche Einigung endgültig dahin: sie wechselten zur Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) über.

Folgerichtig feierte „La Prensa“ im Juli 1979 den „Triumph der Revolution“. Als ein halbes Jahr später die Allianz zwischen Sandinisten und Bürgerlichen zu bröckeln

begann, ging die Zeitung in Opposition zur Revolution.

Der größte Teil der Belegschaft gründete aus Protest ein paar Häuser weiter „El Nuevo Diario“.

Erinnerungen an „El Mercurio“

Bei uns zehrt die „Prensa“ nach wie vor vom Ruf, gegen die Diktatur angeschrieben zu haben: als „einzige Oppositionszeitung“ wurde und wird sie hochgejubelt.

Man läßt unberücksichtigt, daß ihr Kurs in den letzten 6 Jahren stetig in Richtung „Konfrontation“ abtrifftete. Das „Centro de Comunicación Internacional“ in Managua, weist in einer Dokumentation nach, welche ehemaligen „Prensa“-Redakteure inzwi-

schen Karriere im Umfeld der Contras machten.

Vorhaltungen, die „Prensa“ benutze Quellen der US-Botschaft und/oder der CIA wurden mit Dementis beantwortet. Gleichzeitig fanden sich völlig unredigierte Artikel aus dem Bulletin der US-Vertretung in Managua in der „Prensa“.

Vergleiche mit der aktiven Rolle von „El Mercurio“ beim Sturz der Regierung Allende in Chile sind nicht zufällig. „El Nuevo Diario“ zitierte am 3.7.1986 eine Studie des US-amerikanischen Rats für Hemisphärische Angelegenheiten (COHA): „Wie El Mercurio wurde auch La Prensa durch verschiedene Quellen in den USA subventioniert (sowie durch die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Naumann-Stiftung; d. Red.) ... und hat sich in der Tat in einen inneren Arm der US-Außenpolitik verwandelt.“

„La Prensa“ bot der immer noch einflußreichen Bourgeoisie Nicaraguas (sichtbar z.B. an Werbeanzeigen), der katholischen Amtskirche (z.B. das tägliche Hirtenwort) und den in der Vereinigten Nicaraguanischen Opposition (UNO) zusammengeschlossenen Kräften, die sich selbst als „politischen Arm“ der bewaffneten Contra verstehen, eine Plattform.

So verfolgte die Zeitung z.B. den halbjährigen Poker um die Freigabe der 100 Mio \$ vom US-Kongreß mit unverhohlener Sympathie. Violeta und Jaime Chamorro, die Repräsentanten der „Prensa“-Eigener, warben in den USA bei Abgeordneten und Senatoren für die Contra-Millionen.

Dank ihrer sensationell aufgemachten und eingängig geschriebener, scheinbar unpolitischer Stories sowie dank eines gut organisierten Vertriebssystems war die „Prensa“ ein vielgelesenes Blatt. Ob das Erscheinungsverbot dazu taugt, ihrem Klientel das Wasser abzugraben, bleibt umstritten. (So können diese Kreise u.a. über die Contra-Sender von den Nachbarstaaten aus senden.)

Bereits vor dem „Prensa“-Verbot hatte die nicaraguanische Zeitschrift „pensamiento propio“ festgestellt: bürokratische Schritte wie Zensur seien ungeeignet, die Reaktionen mundtot zu machen. Mit ihrer geschickte verpackten konterrevolutionären Botschaft ziele „La Prensa“ auf das immer noch niedrige Bildungsniveau, auf tiefsetzende Emotionen und irrationale Ängste. Schlußfolgerung: Sie profitiere von den

Soziale Erfolge trotz Krieg

- 3) Zit. nach: H.U. Klose/K.H. Rosen, Bericht über eine Informationsreise zur Lage der Menschenrechte in Zentralamerika, Bonn, Januar 1986, S.7. Als „Demokrat“ gilt Duarte erst, seit mit D'Aubuisson, dem Chef der Todesschwadronen, der „noch Böse“ aufgebaut war.
- 4) Vgl. J. Hippler, Krieg im Frieden, Köln 1986, S. 103ff.
- 5) So umschreibt ai im Jahresbericht zu Nicaragua die Contras, Deutsche Übersetzung, Hamburg, April 1986, S.1
- 6) R. Peltzer, G. Mengelkamp, T. Oehlerich, in: Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Mittelamerika, Hg.: Die Grünen im Bundestag, die Christliche Initiative Romero, die Informationsbüros zu Mittelamerika, o.O. 1985, S. 13ff.
- 7) Ebd., S. 45/46
- 8) Ebd., S. 46
- 9) Ebd., S. 45
- 10) UN-Resolution 32/130 vom 16.12.1977, zit. nach: V. Kasch u.a., Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt, Bornheim 1985, S.26

Schwächen der anderen Kommunikationsmittel im Land.

Hatte die Journalistengewerkschaft UPN in der Vergangenheit mehrfach gegen unbegründete Zensurmaßnahmen bei der „Prensa“ protestiert, so blieb eine Reaktion auf das Erscheinungsverbot aus.

Aura Moreno, Wirtschaftsjournalistin bei „El Nuevo Diario“: Die Schließung der Zeitung – als Sprachrohr der Kriegstreiber in und außerhalb des Landes – war die erste Reaktion der Regierung auf die Eskalation der US-Politik. Freude mache einem Journalisten eine solche Maßnahme natürlich nicht...

Aber, „Pressefreiheit“ gelte nicht für ein Blatt, das mit Hetze und Lüge die wirtschaftlich und militärisch angespannte Situation weiter aufheizt, das die US-Aggressionspolitik verteidigt. Es habe gewichtige Stimmen im Land gegeben, die eine Enteignung der „Prensa“ und eine Übernahme durch sandinistische Journalisten in Selbstverwaltung forderten.

Doch die Position der Regierung sei die: Die „Prensa“ soll als privatwirtschaftlich verfaßtes, bürgerliches Blatt erscheinen können (z.B. als Sprachrohr für die sechs Oppositionsparteien, die 33,2% der Parlamentssitze innehaben) – nicht aber als „Organ der Konterrevolution“.

Helga Ballauf



Die Bilanz der sozialen Umgestaltungen während der 7 Jahre der sandinistischen Revolution ist positiv, obwohl das Land sich seit 1982 in einer Kriegssituation befindet. Die Zerstörungen, der Wirtschaftsboykott der USA und die erhöhten Verteidigungsausgaben haben mittlerweile eine massive Einschränkung der Sozialprogramme zur Folge, was eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen der Nicaraguaner erschweren wird. Der folgende Beitrag zieht eine Bilanz der sozialen Errungenschaften in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Wohnung und Agrarreform.

Gemäß dem Grundsatz, daß „die Gesundheit ein Recht“ jedes Menschen und eine Verantwortung des Staates ist, hat die sandinistische Regierung die medizinische Versorgung von einem umfassenden Gesichtspunkt aus in Angriff genommen und sie auf die bisher vernachlässigten Bereiche ausgeweitet.

Vorrang für Kinder

Priorität hatte dabei die Versorgung der Kinder.

Kinderkrankheiten wie Kinderlähmung, Masern, Keuchhusten, Wundstarrkrampf und andere sind immer weiter zurückgegangen, bis sie allmählich, wie im Fall von Polio, ganz verschwanden.

Dies wurde durch großangelegte Impfkampagnen erreicht.

Zum anderen wurde das Netz von Gesundheitsposten ausgebaut, das durch die vier mit einem Kostenaufwand von 250 Mio Dollar errichteten Kranken-

häuser von Matagalpa, Masaya, Rivas und Bluefields ergänzt wurde. Es werden auch verschiedene Aktivitäten entwickelt, um Tropenkrankheiten wie Denguefieber und Leishmaniose vorzubeugen und sie zu bekämpfen.

Die Arbeit im Gesundheitswesen wurde ständig durch Angriffe der Konterrevolutionäre behindert. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1986 wurden bei solchen Angriffen 46 Angehörige medizinischer Berufe ermordet. 1984 zwang der Krieg zur Schließung von 61 Gesundheitsposten in den Regionen I, V und VI sowie in den direkt an Honduras angrenzenden Spezialzonen. Außerdem erschwerte das Wirtschaftsembargo die Beschaffung von Medikamenten, Einrichtungen und Material für die medizinische Versorgung.

Trotz alledem ist für 1987 geplant, das Netz von Gesundheitsposten zu konsolidieren, die Qualität der Versorgung zu verbessern und Einfuhr, Handhabung, Verteilung und Verbrauch von Medika-

Tabelle 1
Indikatoren der medizinischen Versorgung

	1979	1986
Säuglingssterblichkeitsziffer (je 1.000 Lebendgeburten)	155	68,5
Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	55	62
Gesundheitsposten	172	502
Versorgungszentren für Kinder	3	167
Anzahl der Krankenhausbetten	4.307a	5.083
Ärzte	1.300a	2.172
Krankenschwestern	566a	1.270
Pflegepersonal in Krankenstationen	2.940a	4.378
Medizinstudenten	110a	600
Ärztliche Behandlungen (in 1.000)	2.400a	5.700
Sozialversicherte	22.000	318.716
Einwohner mit staatlicher Rente	7.918	53.984

a) Zahlen aus dem Jahr 1977, dem letzten Jahr unter dem somozistischen System, in dem man von einer normalen Entwicklung sprechen kann; deshalb sind diese Indikatoren auch nicht von der kriegerischen Auseinandersetzung beeinflusst, die sich in den Jahren danach verschärfte. (Quellen: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986; Barricada Internacional, Managua, 13.11.1986; eigene Berechnungen)

Tabelle 2
Indikatoren der Gundschulbildung

	1979	1986
Schüler	369.649	563.169
Lehrer	9.986	18.397
Schulen	2.408	4.783

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986)

menten zu rationalisieren.

Das Ministerium für soziale Wohlfahrt, das die medizinische Versorgung ergänzt, hat darauf hingewiesen, daß die Zahl der Personen, die durch Sozialversicherung geschützt sind, zwischen 1979 und 1986 um fast 1.000% angewachsen ist (Tabelle 1). Unter den Sozialprogrammen sticht die Schaffung von Gesundheitszentren für Kinder hervor, in denen mittlerweile über 27.000 Kinder betreut werden.

Der Aufmerksamkeit, die die nicaraguanische Regierung der Gesundheit zuwenden ließ, wurde internationale Anerkennung zuteil. 1981 wurde das Land ins Exekutivkomitee der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (OPS) gewählt.

1983 wurde Nicaragua von der Weltgesundheitsorganisation zu einem vorbildlichen Land hinsichtlich der medizinischen Versorgung erklärt. 1984 gewann es die Anerkennung der OPS und des Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) für seine Strategie Gesundheit für alle im Jahr 2000.

Bildung für alle

Die ersten Jahre der sandinistischen Revolution beeindruckten durch die Alphabetisierungskampagne, durch die das Analphabetentum von 56% auf 12% gesenkt werden konnte.

Dies war der Anfang der Anstrengungen, die im Bereich der Bildung in den ländlichen Gebieten unternommen wurden. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Grundschulbildung gelegt. Die Zahl der Schüler wuchs zwischen 1979 und 1986 um mehr als 50% (Tabelle 2).

Zur Betreuung dieser zunehmenden lernenden Bevölkerung wurde die Zahl der Lehrerstellen um 84% und die Zahl der Bildungsstätten um fast 100% im ganzen Land erhöht. Auch die Bildungsprogramme sind von der kriegerischen Auseinandersetzung betroffen.

Tatsächlich sind die im Etat für Sozialprogramme vorgesehenen Mittel den unmittelbaren Verteidigungsausgaben zum Opfer gefallen.

In Nicaragua fehlen gegenwärtig

300.000 Wohnungen.

Dieses Defizit an Wohnraum resultiert aus einer Anhäufung von Problemen: dem Erbe des Somoza-Regimes, dem Erdbeben von 1972, dem internen Krieg, der 1978 und 1979 heftiger wurde, und – heute – den Auswirkungen der direkten Angriffe der „Contra“ und der feindlichen nordamerikanischen Politik.

In den letzten Jahren wurden 28,5 Mio Dollar in den Bau von Wohnungen investiert, wodurch 50.000 Wohnmöglichkeiten geschaffen wurden. Die potentielle Kapazität der Regierungsprogramme beläuft sich auf 15.000 Wohnungen im Jahr, was sich als nicht ausreichend erweist.

Nach Aussage des Ministers für Wohnungswesen, Miguel Ernesto Vigil, wuchs die Bevölkerung in den 7 Jahren der Revolution um 30%. Dadurch entstanden neue Probleme. Vigil räumt ein, „daß wir nicht in der Lage waren, beim Wohnungsbau mit dem Wachstum der nicaraguanischen Bevölkerung Schritt zu halten“.

Zum anderen wuchs die Industrialisierung im Bauwesen mit der Verwendung von vorgefertigten Elementen. Gegenwärtig werden Produkte aus Beton und Holz sowie Betonfertigteile hergestellt, wodurch wenig Facharbeiter benötigt werden und die Armierung und der Transport erleichtert werden.

Außerdem wird ein als „Plan Dach“ bezeichnetes Programm in den landwirtschaftlichen Kooperativen durchgeführt. Die Initiative bezieht mehr als 80 Kooperativen ein, die am Bau ihrer eigenen Wohnungen und an der Sicherung der Grundversorgung ihrer Gemeinde mit Trinkwasser, Schulen und Gesundheitszentren arbeiten.

Zwischen 1979 und 1985 hat das Ministerium für Wohnungswesen 19.225 Wohneinheiten errichtet, davon 31,6% in den ländlichen Gebieten, insbesondere für die in der Landwirtschaft und im Bergbau beschäftigten Arbeiter.

Seit 1979 haben mehr als 80.000 Familien von der Agrarreform profitiert (Tabelle 3).

Von diesen haben 2/3 zum ersten Mal Boden erhalten. Der Rest bekam Landtitel für die Parzellen, die sie besetzt hatten.

Zur Zeit gibt es zwei Arten von Kooperativen: die Sandinistischen Landwirtschaftskooperativen (CAS), in denen Land, Arbeit und Kapital kollektiviert ist, und die Kredit- und Dienstleistungskooperativen (CCS), in denen sich die Bauern zusammenschließen, um Kredite oder technische Hilfe zu erhalten, die Produktion aber als Einzelbauern weiterführen.

Die Kooperativen erbringen 24% der Produktion für den Inlandskonsum. Ihre wachsende Bedeutung für das Wirtschaftsleben des Landes hat auch sie zu militärischen Zielen der Contra werden lassen.

Radikalisierung der Agrarreform

Als Teil der Pläne des Ministeriums für landwirtschaftliche Entwicklung und Agrarreform (MIDINRA) wurde der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Bauern und staatlichen Betrieben Vorrang eingeräumt. In Nicaragua arbeiten gegenwärtig auf dem Land kleine und mittelgroße Produzenten, Landwirtschaftskooperativen und Staatsbetriebe nebeneinander, wobei diese laut offiziellen Quellen die Produktion organisieren und integrieren sollen. Zu Beginn dieses Jahres wurde das Agrarreformgesetz in einigen Punkten revidiert. Die Gesetzesreformen heben die Grenze für die Enteignung auf, die bislang bei 500 Manzanas (1 Manzana = 0,705 ha; d. Red.) festgesetzt war.

Weiterhin enteignet werden brachliegende oder nur ineffizient genutzte Ländereien. Und es ist vorgesehen, daß im Fall äußerster Dringlichkeit auch effizient genutzter Grundbesitz „aus Gründen des öffentlichen Nutzens oder aus gesellschaftlichem Interesse“ enteignet werden kann.

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986)

Tabelle 3
Indikatoren der Agrarreform

Zwischen 1979 und Oktober 1986 verteiltes Land	1.838.500 ha
Begünstigte Familien	97.017
Verstaatlichtes Land	980.000 ha
Für 1986 vorgesehene Landverteilung	247.000 ha
davon an Kooperativen	126.000 ha
davon an Einzelbauern	121.000 ha
Gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche	5.691.000 ha

(Quellen: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 31.7.1986; Barricada Internacional, Managua, 13.11.1986; eigene Berechnungen)

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
- unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

- Rechnung

_____ Name, Vorname _____

_____ Straße _____ Beruf _____

_____ Postleitzahl, Ort _____ Nr des Zustellpostamtes _____

_____ Unterschrift _____ Datum _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

_____ Unterschrift _____ Datum _____

Hiermit bestelle ich zu angeführten Lieferbedingungen folgendes Material an meine Adresse (s. u.):

Anzahl	Artikel	Preis
plus Versandkosten		3,50

- Ich wünsche Nachnahmeversand für 2,50 DM Mehrkosten.
- Für den Versand meiner bestellten Plakate wünsche ich Rollenversand für 2,— DM Mehrkosten.
- Rechnung
- Bankeinzug (siehe unten)

_____ Name, Vorname _____

_____ Straße _____

_____ PLZ, Ort _____ Telefon _____

_____ Datum/Unterschrift _____
Ziehen Sie die Kosten zuzüglich Porto und Verpackung nach erfolgtem Versand von meinem Konto ein.
Die Einzugsermächtigung erteile ich hiermit.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

_____ Datum/Unterschrift _____

39

Nicaragua

Broschüre, ASK-Hintergrund, Nicaragua, geschichtlicher Abriss, aktuelle Situation seit der verstärkten Intervention durch die USA, 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage von April '85, 2,— DM

Plakatmappe, „Nicaragua Libre“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, Din A 3, alle Plakate mehrfarbig (s. Abb.), Sonderpreis 12,— DM

Broschüre, FSIN und Miskitos. Die Politik der Sandinisten gegenüber den Miskito-Indianern in Nicaragua. Hrsg.: u.a. ASK, 24 S. 0,50 DM

Plakat, Verteidigt die Sandinistische Revolution! Den Aufbau unterstützen...Kaffee aus Nicaragua trinken! Mit Foto von der Kaffeernternte, farbig. 1,50 DM

Broschüre, „Der Streit um Nicaragua — Argumente/Fakten/Hintergründe — Kurzdokumentation — Nicaragua: Das blutende Herz Amerikas — Analyse eines Buches von Prof. M. Kriele, Hrsg. Christliche Initiative Romero; Din A 5, 24 S. 3,— DM

Poster mit einem Portalfoto Augusto César Sandinos; Hochglanzpapier, Din A 2 5,— DM

Plakat „Solidarität mit Nicaragua — Stoppt die US-Intervention“, Din A 2, einfarbig 1,— DM

Plakat „Nicaragua muß überleben“, Din A 1, mehrfarbig 1,— DM

Aufkleber Solidarität mit Nicaragua, rot/schwarz 8 x 13,5 cm. 1,— DM

Broschüre Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, Geheimpapier des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, Din A 5, 48 S. 3,— DM

Buch „Ich war ein Contra — Bekenntnisse eines antisandinistischen Kommandanten“, von E. Reimann, 116 S. 9,80 DM

Buch „Herausforderung im Hinterhof — Das neue Nicaragua — eine Bestandsaufnahme“, von Greinacher/Hipler/Peltzer (Hg), 168 S. 14,80 DM

Buch „Die Erde dreht sich zärtlich, Companera“ — ein autobiographischer Bericht aus Nicaragua, von O. Cabezas, 222 S. 16,80 DM

Buch „Das Land denen, die es bebauen!“ — Agrarreform in Nicaragua, von B. Graul, 222 S. 14,80 DM

Poster „Die Welt des Ronald Reagan“, Din A 2 5,— DM

„Flor de Cana“, Nicaragua-um, den wir hier nur als Trinkbranntwein anbieten dürfen. Vier verschiedene Sorten (4-7 Jahre alt). Nur in Kartoneinheiten von je 12 Flaschen lieferbar.

Extra Seco, 4 Jahre weiß DM 23,—
 Extraqetta negro, 4 J. braun DM 25,—
 Oro, 5 Jahre, braun DM 25,—
 Superior, 7 Jahre, braun DM 28,—

Havanna Club, 3 Jahre, weißer Rum aus Cuba, in Kartoneinheiten von 6 Flaschen lieferbar
 Preis pro Flasche 0,7 l DM 24,—

Absender:

Bitte freimachen

POSTKARTE

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabbonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM 45,- incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3 Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Ort/Datum

Unterschrift

An
**Solidaritätsshop
Dritte Welt**

Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/Main 90

Bitte mit Postkartenporto freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:



Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel. 069/778863).

Im Kaffeepreis ist zudem eine Spende zugunsten verschiedener Projekte und Organisationen NICARAGUAS in Höhe von 10% des Einkaufspreises enthalten.

*3 Pfund im
Monats Abo
45,-DM (incl. Versand)*

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Einzelbestellung (zuzügl. Versand 3,50 DM):

500 g gem. od. Bohnen 14,— DM
250 g gem. od. Bohnen 7,30 DM

Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen und Initiativen:

Ab 30 Pfd. Mindestabnahme (inkl. Porto, Verpackung u. MWSt.)
500 g gem. od. Bohnen 12,60 DM
250 g gem. od. Bohnen 6,55 DM

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3 Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Bitte mit Postkartenporto freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)	_____
(Straße/Hausnummer)	_____
(Ort)	_____
(Name)	_____
(Straße/Hausnummer)	_____
(Ort)	_____
(Name)	_____
(Straße/Hausnummer)	_____
(Ort)	_____

ERNESTO CHE GUEVARA

AUSGEWÄHLTE WERKE IN EINZELAUSGABEN

Band I:

Guerillakampf und Befreiungsbewegung

Bis heute steht der Name Ernesto Che Guevaras in aller Welt für den Kampf der Völker gegen den Imperialismus. Über ihn berichtete die Presse der Welt; kaum eine Zeitung, die sich nicht über die Bedeutung des 1967 in Bolivien ermordeten Revolutionärs geäußert hätte.

Viele seiner scharfsinnigen Aufsätze, Tagebücher und Reden sind jedoch weitgehend unbekannt geblieben. Erst jetzt, durch die Herausgabe der sechsbändigen, autorisierten Ausgabe seiner Schriften mit bisher unveröffentlichten Texten, wird es möglich, sich ein vollständiges Bild über sein Denken und Handeln zu machen.



Ernesto Che Guevara
Guerillakampf und Befreiungsbewegung
216 Seiten, 14,80 DM


Weltkreis

Weltkreis Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

AIB

AIB-Sonderheft 4/1986

Dritte-Welt-Politik der BRD



Bundesrepublik und Dritte Welt

Themen:

- Neuorientierung der Entwicklungspolitik
- Wem nutzt die Entwicklungshilfe?
- Der bundesdeutsche Anteil
- an der wirtschaftlichen Ausbeutung
- an der Schuldenkrise
- am NATO-Interventionismus
- Fallbeispiele: Nicaragua und Südafrika
- Anliegen der Solidaritätsbewegung
- Alternativen der Opposition
- Dokumente, Rezensionen

Exklusiv

Interviews mit

- Annemarie Borgmann (Die Grünen)
- Karl-Heinz Hansen (Friedensliste)

32 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

33% Rabatt
ab 10 Exemplaren

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

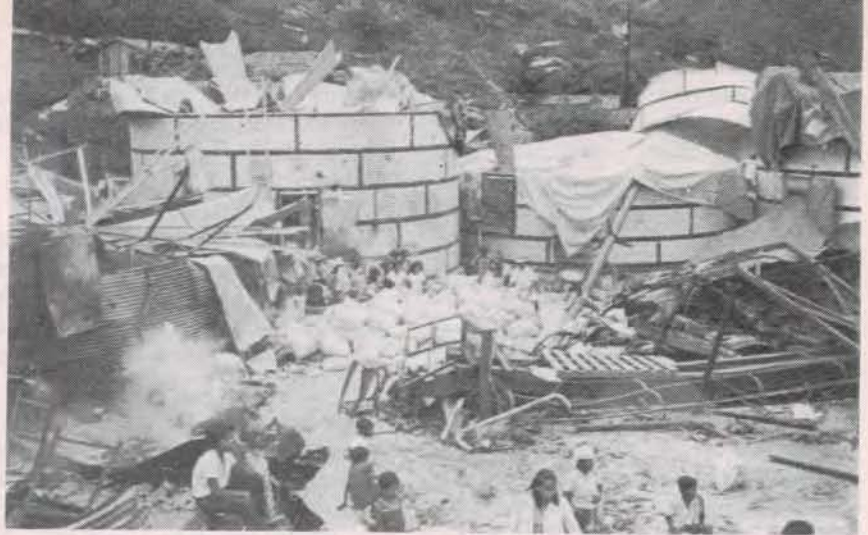
Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Elisabeth Reimann
Ich war ein Contra
Bekennnis eines antisandinistischen Kommandanten
Pahl-Rugenstein-Verlag
120 Seiten, 9,80 DM

Bernd Graul
Das Land denen, die es bebauen
Agrarreform in Nicaragua
Weltkreis-Verlag
224 Seiten, 14,80 DM

Jochen Hippler
Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt
Pahl-Rugenstein-Verlag
180 Seiten, 14,80 DM



Schieben ist im Fahrpreis inbegriffen (l.); von Contras zerstörtes Nahrungsmittelsilo bei Ocotal

Alfonso I. Barrios

Wirtschaft in Bedrängnis

„Nach 7 Jahren Revolution befindet sich das Land auf wirtschaftlicher Ebene in seiner kritischsten Phase.“¹ Diese Feststellung war eine der zentralen Schlußfolgerungen, die die 5. ordentliche Sitzung der Sandinistischen Versammlung, des höchsten Organs der Nationalen Leitung der FSLN, am 27. August 1986 in ihrem Abschlußkommuniqué zog.

Seit 1984 ist Nicaragua mit einer tiefen Rezession konfrontiert die sich auch 1986 fortgesetzt hat und aller Voraussicht nach 1987 andauern wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner ist mittlerweile auf das Niveau von vor 25 Jahren gesunken. Die Inflation erreichte 1985 weit über 200% und könnte 1986 1.000% überschritten haben. 1985 belief sich das Außenhandelsdefizit auf 642 Mio \$, das Haushaltsdefizit auf 22,2% des BIP und die Auslandsverschuldung auf 5 Mrd \$.

Für die Masse der Bevölkerung äußert sich die Krise in der Verknappung der Güter des täglichen Bedarfs, in einer Arbeitslosigkeit von 22% und Reallöhnen, die 50% niedriger als vor der Revolution sind.

„Die soziale Basis untergraben“

Die Ursachen für diese katastrophale Situation sind zwar vielfältig. Doch läßt sich als Hauptgrund die Kriegssituation ausmachen.

Dabei sind die wirtschaftlichen Probleme nicht lediglich die Folge des Konflikts, sondern ein gewichtiger eigenständiger Bestandteil der Kriegführung der USA. „Nachdem man in Washington erkannt hatte, daß ein militärischer Sieg der Konterrevolution nicht möglich ist, setzten sich die Aggressoren das Ziel, die

Wirtschaft auszubluten und ihre soziale Basis zu untergraben“, erklärte bereits 1985 der wirtschaftliche Berater der sandinistischen Regierung, E.V.K. Fitzgerald.² Zudem beabsichtigen die USA mit dieser Politik, die Modellwirkung Nicaraguas für andere Völker zu zerstören.

Die Rechnung Washingtons ist – zumindest bisher – nicht aufgegangen. Laut Umfragen ist die Unterstützung für die FSLN gleichgeblieben oder hat sich sogar erhöht, obgleich die Wirtschaftspolitik der Regierung heftig kritisiert wird. Dennoch sind 75% der Meinung, daß die Krise hauptsächlich auf den Krieg zurückzuführen ist.

Die Aggression hatte bis Mitte 1986 wirtschaftliche Schäden von über 2 Mrd \$ zur Folge. Darunter fallen sowohl die direkten Zerstörungen durch die Contras, als auch die Summe der Kredite von multinationalen Institutionen, die aufgrund des Drucks der USA nicht ausbezahlt wurden (423 Mio \$ von 1982-85).

Das US-Handelsembargo hat in dem Jahr seit seiner Verhängung im Mai 1985 zu Einbußen von 93,3 Mio \$ geführt. Die schwerste Belastung für die Wirtschaft stellt jedoch der Verteidigungshaushalt dar, der mittlerweile über 50% des Budgets und über 1/4 des BIP ausmacht.

Auf weitere Ursachen für die Wirtschaftskrise verweist die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL):

„Seit dem Sieg der Revolution 1979, mußte die nicaraguanische Regierung nicht nur die Beseitigung der Schäden, ... sondern auch den dringenden Wiederaufbau des Staates in Angriff nehmen. (...) Außerdem entwickelte sich die Weltwirtschaft sehr ungünstig für Nicaragua, und der atemberaubende Fall der terms of

trade führte zu enormen Lücken in den Außenbilanzen, die immer schwieriger zu füllen waren.“³

Auf den Fall der terms of trade (Verhältnis der Preise von Export- und Importgütern), der von 1980-85 34% betrug, ist der Großteil des Rückgangs der Exporteinnahmen zurückzuführen. Krisenverschärfend wirkte sich die gesunkene Arbeitsproduktivität aus, die u.a. darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter unter den neuen Verhältnissen nicht mehr bereit sind, sich zu schinden wie unter der Diktatur.

Eingeengter Handlungsspielraum

Gleichfalls fallen die geringen Investitionen in der Privatwirtschaft ins Gewicht, die nicht nur daher rühren, daß viele Unternehmer den Revolutionsprozeß boykottieren, sondern auch daher, daß gerade den kleinen Produzenten oftmals nicht genügend Devisen zur Verfügung gestellt wurden, um investieren zu können.

Erschwerend kommt hinzu, daß der Staat kaum in der Lage ist, den Wirtschaftsbereich direkt zu kontrollieren. Er hat keinen Einfluß auf die außenwirtschaftliche Entwicklung und nur ungenügenden auf die Verwendung von Krediten.

Zudem sind nur 30% der Industrie und 20% der Landwirtschaft unter seiner direkten Kontrolle. Es bleibt dem Staat also nichts anderes übrig, als sich mit Hilfe der zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumente die Marktmechanismen zunutze zu machen. Dies gelang jedoch bisher nur unvollkommen, da es der FSLN an ausreichend erfahrenen Kadern fehlte und man es mit

einer Situation zu tun hatte, für die es international kaum Präzedenzfälle gab. Hinzu kam noch, daß die wirtschaftspolitische Kompetenz bei mehreren Ministerien liegt und Beschlüsse nicht konsequent genug umgesetzt wurden.

Einige der heutigen Probleme haben ihre Ursache in der Wirtschaftspolitik, die in den ersten Jahren der Revolution verfolgt wurde.

Diese sah hohe Investitionen im Staatssektor vor – vor allem für moderne Großprojekte, von denen man langfristig einen Anstieg der Exporte erhoffte – sowie einen Schutz der großen Unternehmer. Ein umfangreiches Sozialpro-

gramm wurde in die Tat umgesetzt, das zum Großteil den Armen in den Städten zugute kam.

Vernachlässigt wurden die kleinen und mittleren Produzenten in Stadt und Land sowie Investitionen in bereits bestehenden Betrieben und in der Infrastruktur. Die Agrarreform trieb man nur langsam voran, um die landwirtschaftlichen Großproduzenten bei der Stange zu halten.

Diese Politik erwies sich vor allem mit dem Beginn des Krieges und der dadurch entstandenen Kosten als unpraktikabel, zumal die großen Unternehmer trotz ihrer Förderung nicht investierten. 1985 erfolgte der erste Kurswechsel in der

Wirtschaftspolitik, der verdeutlichte, daß sich die Regierung auf ein längeres Fortdauern der Kriegssituation einstellte und Schritte zum Aufbau einer Überlebenswirtschaft unternahm.

Die Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden gestrichen, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Die Währung wurde abgewertet und die Abnahmepreise für landwirtschaftliche Produkte erhöht.

Diese Maßnahmen hatten das Ziel die Produktion landwirtschaftlicher Güter für den nationalen Markt und den Export anzuregen.

Nutzen hiervon hatten vor allem die Bauern, deren Versorgung mit Konsum-, In-

Regine Meyer Brief aus Managua Schadensbegrenzung in der Krise



Leere Regale sind noch immer alltäglich

Daß wir eine galoppierende Wirtschaftskrise, Warenmangel, eine atemberaubende Inflation (die Schätzungen für 1985 belaufen sich auf 300%; dieses Jahr dürfte es noch wesentlich mehr sein) und eine sehr niedrige Arbeitsproduktivität haben, ist bekannt, die Hauptursachen auch. Weniger bekannt ist, daß etwas dagegen getan wird, und wie das funktioniert.

Priorität Lebensmittelproduktion

Von entscheidender Bedeutung ist die Sicherstellung der Lebensmittelproduktion. Und hier beginnt die Landreform und die Priorisierung der Landbevölkerung in der Versorgung mit industriellen Konsumgütern ihre Früchte zu tragen. Mit der Beschleunigung der individuellen Landverteilung – allein in diesem Jahr an 30-40.000 Bauern – ist die wichtigste Voraussetzung geschaffen, auch wenn die Resultate sich nicht von heute auf morgen einstellen.

Zum einen hat die ungeplante Umsiedlung

von Tausenden von Bauern aus Kriegsgebieten zusätzliche Probleme geschaffen. Zum anderen gibt es Umstellungsschwierigkeiten, wenn ein Bauer, der sein Leben lang ein winziges Stückchen schlechtes Land in den Bergen von Hand bestellt hat, plötzlich in einem Tal mit neuem Saatgut, moderneren Methoden und Maschineneinsatz produzieren soll.

In der IV. Region (Granada, Masaya, Rivas, Carazo) z. B. ist ein neuer staatlicher Betrieb gegründet worden, der Service-Leistungen im Bereich technische Beratung, Transport und Kultivierungsarbeiten wie Ungezieferbekämpfung erbringt. Diese können unterschiedslos von Staatsbetrieben, Kooperativen und Privatproduzenten in Anspruch genommen werden – ein Paradebeispiel für die gemischte Wirtschaft, deren Beseitigung den Sandinisten so gern unterstellt wird.

Mit solchen Initiativen wird die Bereitschaft der Produzenten erhöht, für den Markt zu produzieren und die Hektarerträge zu steigern. Erste Erfolge sind Vereinbarungen mit landwirtschaftlichen Produzenten in der

VI. Region (Matagalpa, Jinotega), aber auch in anderen Regionen im Rahmen des sog. Plans 10-40-50.

D.h., daß die Produzenten sich verpflichten, 10% ihrer Produktion für die Versorgung des Volksheeres zu spenden, 40% zu offiziellen Preisen an den staatlichen Grundnahrungsmittelvertrieb zu verkaufen und die restlichen 50% für den Eigenbedarf zu verwenden und auf dem freien Markt zu verkaufen.

Arbeitsanreize erhöht

Eine weitere Maßnahme in diesem Rahmen ist die Überprüfung der Arbeitsnormen und die Einführung ausreichender Lohnanreize und Sozialleistungen, um die Zahl der effektiven Arbeitsstunden in der Marktproduktion wieder zu erhöhen.

Sie war im letzten Jahr je nach Produktionszweig auf 2-5 Stunden am Tag gefallen – dies vor allem unter Berücksichtigung der zunehmenden Feminisierung der Landwirtschaft. Mit der Verschärfung des Kriegs ist der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte, vor allem im Norden, bis auf fast die Hälfte gestiegen. In Staatsbetrieben beträgt er schon mehr als 50% und im Tabak erreicht er 70-80%.

Wenn aber die Frauen gleichzeitig nach wie vor allein für Haushalt und Kinder zuständig sind und keine Ausbildung bekommen, wenn es an Gerät und Transport fehlt, ist es klar, daß sie die Normen nicht erfüllen können. Die Landarbeitergewerkschaft ATC hat eine repräsentative Untersuchung über die Probleme der Landarbeiterinnen durchgeführt und bereits praktische Konsequenzen daraus gezogen.

Auf nationaler und regionaler Ebene wurden Frauenabteilungen eingerichtet, die sich zur Aufgabe gestellt haben, die besonderen Probleme der Landarbeiterinnen sowohl in der Produktion als auch in der Organisation einer Lösung zuzuführen. Denn hier wie auch in der BRD besteht das Problem, daß weibliche Funktionärinnen mit der Lupe gesucht werden können.

Auch im Bereich der Kaffeeproduktion sind die technischen und ökonomischen Voraussetzungen verbessert worden. Der Lohn für die Kaffeepflücker berechnet sich pro „lata“ gepflückter Kaffeekirschen – das ist ein Blecheimer, der als Maß gilt.

Dieses Jahr beträgt die Grundnorm 6 „latas“; ab der 7. wird das Doppelte pro „lata“ gezahlt. Da ein geübter Pflücker je nach Beschaffenheit der Plantage leicht 10-15 „latas“ pro Tag pflückt, ist das ein erheblicher Anreiz.

vestitionsgütern und sozialen Einrichtungen ebenfalls verbessert wurde.

Ziel dieser Maßnahmen war es nicht nur, Anreize für eine höhere Agrarproduktion zu schaffen und damit das Warenangebot in den Städten zu erhöhen, sondern auch die Landflucht zu stoppen. Durch den Zustrom vom Land hatte sich die Bevölkerung von Managua von 525.000 im Jahr 1977 auf 1.117.000 im Jahr 1986 erhöht, wovon sich die Hälfte im informellen Sektor durchschlägt.

Ein ebenso wichtiger Beweggrund war die Absicht, den Contras eine potentielle soziale Basis zu entziehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Beschleunigung der Agrarreform zu sehen, da 1985

noch immer 80.000 Bauern auf Land warteten. Um dies zu ermöglichen, wurden 1986 die Bestimmungen für Enteignungen gelockert.

Allein für 1986 war die Übergabe von Land sowohl aus dem privaten als auch aus dem staatlichen Sektor an 21.000 Familien vorgesehen. 1987 sollen weitere 18.000 begünstigt werden. Dabei wird das Land nicht nur an Kooperativen vergeben wie es bisher üblich war, sondern auch an Einzelbauern.

Zusammen mit Umsiedlungen von isoliert lebenden Bauern in Dörfern und einer Effektivierung der Verteidigung gelingt es mit diesen Maßnahmen zusehends, die Versorgung der Contra bei der

Bevölkerung und Rekrutierungen zu verhindern.

Im Gegensatz zu den positiven Auswirkungen auf dem Land haben die Wirtschaftsmaßnahmen in der Stadt zu einer Verschlechterung der Situation geführt. Sie lösten wegen der gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel und Importgüter sowie eines weiteren Anstiegs des Verteidigungshaushalts und eines zu geringen Warenangebots eine galoppierende Inflation aus.

Der Plan der Regierung, die in der Produktion Beschäftigten gegenüber den nichtproduktiven Sektoren zu bevorzugen, um einen Arbeitsanreiz zu schaffen, scheiterte am Druck der übrigen Bevöl-

Der Landwirtschaftsminister hat sich in einer kürzlichen Rundreise durch die Kaffee-regionen verpflichtet, daß der Staat als Gegenleistung die Versorgung mit Gerät, Transport, Industrierwaren usw. sicherstellen wird. Und er hat gleichzeitig an die Verantwortlichen der staatlichen Versorgungsbetriebe appelliert, so schnell wie möglich mehr Kindertagesstätten einzurichten.

Hier in der Stadt haben wir in den letzten Wochen schon gewisse Verbesserungen bei der Versorgung mit dem Grundbedarf feststellen können, wenn auch die Spekulation bei allen Bemühungen der Kontrolle weiterhin anhält.

Aber immerhin gibt es letzgens die Quote der garantierten Grundbedarfsgüter ziemlich vollständig in den staatlichen Nachbarschaftsläden, während wir 1985 ein halbes Jahr kein Speiseöl hatten und es einem passieren konnte, daß es in dem Laden nur Salz und Zucker gab.

Die Supermärkte für die Lohnabhängigen, die neben dem normalen Sortiment weitere rationierte Produkte auf Berechtigungskarte verkaufen, sind auch gerade neu geordnet worden und funktionieren jetzt besser. Die Zahl der garantierten Produkte ist den Umständen entsprechend verringert worden, aber die gibt es dann wenigstens.

Das sind für die Produktionsarbeiter acht Produkte (weil diese besser gestellt werden sollen) und für die Dienstleistungsbeschäftigten vier Produkte: das sind eine Tube Zahnpasta, vier Rollen Klopapier, ein Deo und ein Paket Monatsbinden (die werden aber nur an Frauen abgegeben). Das kommt Euch sicher sehr ärmlich vor – was es ja auch ist –, aber wir hatten hier auch schon Zeiten, wo es nur ein Paket Monatsbinden und ein Deo alle 3 Monate gab oder überhaupt nicht, bzw. auf dem Schwarzmarkt zum x-fachen Preis.

Versorgungsengpässe

Bei drei weiteren strategischen Produkten ist die Versorgung ebenfalls auf dem Weg der Besserung: bei Fleisch, Eiern und Brot. In allen drei Bereichen gab es eine wahnsinnige Spekulation, wobei das bei Eiern und Brot nur ein Verteilungsproblem war – zumindest solange die Weizenschenkungen aus der Sowjetunion kommen –, und die Eierproduktion ist heute sechsmal so hoch wie während des Somozismus.

Inzwischen hat das Innenhandelsministerium weitgehend die Kontrolle der Verteilung im Griff. Man muß zwar noch Schlange stehen, aber nicht übermäßig lange. Und es ist nicht mehr wie vor einigen Monaten, als

man den Eindruck hatte, es gäbe einfach keine Hühner mehr.

Auch in der industriellen Produktion gibt es neuerdings Lichtblicke; vor allem im Zusammenhang mit der Reintegration der ersten Generation von Demobilisierten des Wehrdienstes in die Produktion.

Diese jungen Leute haben in der Verteidigung gegen die Contra eine Erfahrung gemacht (verstärkt durch die ausgezeichnete politische Bildung, die im Volksherr von den besten Kadern der FSLN und der Sandinistischen Jugend vermittelt wird), die sie die Notwendigkeit der Arbeitsdisziplin und der Produktivitätssteigerung mit anderen Augen sehen läßt als große Teile der Stadtbevölkerung, die den Krieg nicht als militärische Aggression erleben.

Demobilisierte als Vorbilder

in den letzten Monaten sind in den wichtigsten Betrieben, vor allem im Textil- und Metallbereich, Brigaden von Demobilisierten und Sandinistischer Jugend (oft in Personalunion) gebildet worden, die vorbildlich arbeiten und durch ihr praktisches Beispiel überzeugend auf die anderen Arbeiter wirken. Gleichzeitig sind in Staatsbetrieben ineffiziente Leitungen ersetzt worden und die FSLN hat eine herbe Selbstkritik mit praktischen Konsequenzen geübt, da in den Betrieben oft die FSLN-Mitglieder im eigenen Saft schmorten, nicht nach außen überzeugend wirkten und in nicht wenigen Fällen selbst nicht gerade vorbildlich waren.

Die Erfolge sprechen für sich: In der staatlichen Textilfabrik FANATEX ist die Zahl der Brigadenmitglieder, die freiwillig Schichten leisten und vor allem in den Bereichen einspringen, wo kurzfristig Verstärkung notwendig ist, von 18 auf 320 gestiegen. Gleichzeitig hat eine Gruppe von Mechanikern eine Drehmaschine mit Teilen von anderen Maschinen wieder instandgesetzt und produziert damit jetzt aus Holz die 60.000 Garnspulen, die jährlich gebraucht werden, während vorher Metallspulen zum Stückpreis von 1,58 \$ eingeführt wurden.

In der Molkerei La Perfecta schafften es die Jungarbeiter mithilfe von Technikern, den Produktionsprozeß so umzugestalten, daß im Morgengrauen die Tagesproduktion für die Auslieferung bereitsteht und in den Morgenstunden in die Läden gelangt, während vorher oft noch in der Nachmittagshitze ausgeliefert wurde und viel verdarb.

Zum Schluß will ich Euch noch schnell einiges aus dem Transportwesen berichten – ein traditioneller Problembereich wegen der

Knappheit an Fahrzeugen und der Verantwortungslosigkeit der Fahrer, die oft in kürzester Zeit die Busse zu Schrott fuhren und außerdem einen großen Teil des Fahrgelds in die eigene Tasche steckten.

Hier gibt es jetzt seit Anfang des Jahres eine Kooperative von Demobilisierten, die sechs Linien mit Kleinbussen befahren und schon ganz wesentlich zur Entspannung der Situation beigetragen haben. Denn sie leisten nicht nur einen guten Service, sondern üben auch einen indirekten Druck auf die Fahrer des staatlichen Busbetriebs ENABUS aus, die jetzt nicht mehr das Monopol haben.

Außerdem sind die Jugendlichen aber auch innerhalb dieses Betriebs tätig, haben inzwischen schon 40 kaputte Busse wieder instandgesetzt, was eine Ersparnis von 1,4 Mio \$ bedeutet. Und sie haben in Nachtschichten in den Bussen geschlossene Geldbehälter installiert, in die der Fahrgast das Fahrgeld durch einen Schlitz einwirft, so daß der Fahrer gar nicht mehr drankommt – womit die Einnahmen von ENABUS enorm gestiegen sind.

So gibt es auch im Industrie- und Dienstleistungsbereich Hoffnung auf Besserung, wenn auch klar ist, daß grundlegende Veränderungen nur möglich sind, wenn der Krieg beendet wird. Immerhin zeigen die Beispiele, daß auch im Rahmen der gegebenen miesen Situation noch Verbesserungen möglich sind und in Angriff genommen werden.

Arbeitspause eines Bananenpflückers





Die Mittelknappheit zwingt zu Streichungen beim Wohnungsbau

kerung. Die Lohnerhöhungen der Arbeiter blieben unterhalb der Inflationsrate. Auch der Versuch durch die Einrichtung von Läden mit einem garantierten Angebot zu niedrigen Preisen ausschließlich die in der Produktion Beschäftigten zu bevorzugen, schlug fehl, da die Zahl der ausgegebenen Berechtigungskarten von anfangs 100.000 auf schließlich 350.000 im August 1986 ausgeweitet wurde.

Dies alles hatte zur Folge, daß immer mehr Arbeiter und die noch schlechter bezahlten Angestellten in den informellen Sektor (Handel und Dienstleistungen) wechseln und die Auswanderung von hochqualifizierten Kadern noch weiter verstärkt wurde. Andere verblieben zwar im produktiven Sektor, sind aber neben ihrer Arbeit im informellen Sektor tätig, so daß die Arbeitszeit in den Städten auf 6 Stunden gesunken ist.

Laut dem britischen wirtschaftspolitischen Berater des Präsidenten, G. Irvin, war „eine der Hauptursachen“ der Inflation „die Unmöglichkeit, den Krieg durch weitere Kürzungen des gesamten Konsums zu finanzieren“.⁴ Er sieht neben einer Erhöhung der Verschuldung vor allem in der Kürzung der

Investitionen eine Möglichkeit dies zu vermeiden: „Wenn keine Kürzungen der Investitionen vorgenommen werden, die es erlauben Ressourcen freizusetzen, um die Nachfrage zu befriedigen und damit die Inflation zu bremsen, könnte ein Punkt erreicht werden, bei dem die soziale Basis der Revolution bedroht ist.“⁵ Diese Erkenntnis hat sich die Regierung bereits im Wirtschaftsplan für 1986 zu eigen gemacht. Sie orientiert darauf, Investitionen vor allem für den Erhalt des Produktionsapparats, für den Exportsektor und für die Produktion von Grundbedarfsgütern zu tätigen, sie im sozialen Bereich einzufrieren und für neue Projekte erheblich zu vermindern. Nichtsdestotrotz werden weiterhin 80% der Investitionsmittel für die Fortsetzung bereits begonnener langfristiger Projekte ausgegeben. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Kredite aus dem Ausland in ihrer Überzahl projektgebunden sind.

Deshalb wird es notwendig sein, die Kreditgeber zu überzeugen, die Gelder den Prioritäten der Regierung entsprechend umzulenken. Wirtschaftsexperten wie G. Irvin schätzen, daß es unter solchen Bedingungen möglich sein wird, die Inve-

stitutionsquote auf 10% zu senken, was ausreichen würde, um den Produktionsapparat zu erhalten.

Entschlossene Schritte auch in diesem Bereich scheinen sich anzudeuten.

So erklärte der Minister für Wirtschafts- und Haushaltsplanung, Dionisio Marenco, daß die Wirtschaftspolitik von 1985 „nicht mehr den Notwendigkeiten des Landes“ entspreche. „Vielmehr gilt es sich auf eine dritte Phase einzustellen: die Kriegswirtschaft.“⁶

In diese Richtung gehen auch die Beschlüsse der Sandinistischen Versammlung. In ihrem letzten Kommuniqué heißt es dazu:

„Die Verteidigung der Revolution macht es erforderlich, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Krise mit unseren eigenen Ressourcen und durch die optimale Nutzung der ausländischen Hilfe zu bewältigen.

Die Verteidigung des revolutionären Prozesses erfordert die folgenden Maßnahmen: Rationalisierung der Verteilung und der Anwendung der Ressourcen; organisatorische Veränderungen der Wirtschaftslenkung, der Verwaltungsführung, der politischen Leitung und der Organisation der Produktion; Verbesserungen im Bereich der Disziplin, Sparsamkeit, Effizienz sowie der einheitlichen und kohärenten Ausführung der Richtlinien.“⁷

Ob es zu einer Zentralisierung der Wirtschaftspolitik in einem Ministerium kommen, der Kampf gegen Schwarzmarkt und Spekulation verschärft und eine umfassendere Rationierung eingeführt wird, bleibt abzuwarten. Denn konkrete Beschlüsse auf Regierungsebene wurden noch nicht gefaßt.

Sicher ist jedoch, daß die Regierung sich auf regionale, örtliche und betriebliche Initiativen des Volkes zur Verbesserung von Produktion und Verteilung stützen kann (siehe Beitrag von Regine Meyer) um beim Aufbau einer Überlebenswirtschaft voranzukommen.

Erste positive Auswirkungen der Wirtschaftsmaßnahmen von 1985 und 1986 zeichnen sich bereits jetzt ab. Die Arbeitszeit der Arbeiter konnte vor allem auf dem Land wieder gesteigert werden und die Versorgung hat sich leicht gebessert. Trotz widriger klimatischer Verhältnisse konnte 1986 ein realer Zuwachs in der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden.

Anmerkungen:

- 1) envio, Managua, deutschsprachige Ausgabe, Nr. 63/September 1986, S.16
- 2) Pensamiento Propio, Managua, Nr. 34/Juli 1986, S.17
- 3) Exelsior, Mexico D.F., 30.9.1986
- 4) Pensamiento Propio, ebd., S.13
- 5) Ebd., S.17
- 6) Inforpress Centroamericano, Guatemala-Stadt, Nr. 705/4.9.1986, S.7
- 7) envio, ebd., S.36

Wirtschaftsindikatoren 1977/79 – 1985

	1977-79	1983	1985
Einwohner (in Mio)	2,61 ^b	3,06	3,27
Bruttoinlandprodukt (BIP; in Mio \$ von 1980)	2881 ^b	2422	2325
BIP/Einwohner (in \$ von 1980)	1104 ^b	792	710
Kosten der Aggression (in Mio \$)	—	238,2	244,0
Verteidigungsausgaben/BIP (in %)	3,2 ^b	9,6	21
Haushaltsdefizit/BIP (in %)	11,7 ^b	27,7	22,2
Inflation (Jahresdurchschnitt; in %)	4,6 ^b	31,1	219,5
Arbeitslosenrate (in %)	22,9 ^c	18,9	22,2
Durchschnittliche Reallöhne (1978 = 100)	100 ^b	56,8	46,1
Investitionen/BIP (in %)	21,1 ^a	18,1	14,9
Produktivitätsindex (1977 = 100)	100 ^s	65	59
Importe (in Mio \$)	533 ^b	807	936
Exporte (in Mio \$)	646 ^b	431	294
Außenhandelsbilanz (in Mio \$)	113 ^b	-376	-542
Kapitalbilanz (in Mio \$)	-93 ^c	555	592
Auslandsschulden (in Mrd \$)	1,0 ^b	3,3	4,5
Schuldendienst/Exporte (in %)	14,3 ^b	22,2	19,8
Terms of trade (1980 = 100)	—	69	66

Anmerkungen: a = 1977; b = 1978; c = 1979

Interview mit Vizepräsident Sergio Ramirez

Die Kunst des Überlebens

Sergio Ramirez, Schriftsteller und seit 1984 Vizepräsident Nikaraguas, begann seine politische Laufbahn als Studentenführer. Er arbeitete bereits in den 60er Jahren eng mit dem Mitbegründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), Carlos Fonseca, zusammen. In seinem Auftrag sammelte und veröffentlichte er die Schriften Augusto C. Sandinos. Für die FSLN organisierte er 1978 die „Gruppe der 12“, die einen wichtigen Beitrag zum Sturz der Diktatur leistete. Aufgrund seiner politischen Tätigkeit nach dem Sturz Somozas mußte Ramirez sein schriftstellerisches Wirken fast vollständig einstellen. Seit 1960 hat er insgesamt 12 Werke veröffentlicht. Das folgende Interview wurde von Robert Cohen von der Nachrichtenagentur Agencia Nueva Nicaragua (ANN) geführt.

FRAGE: Nach Berichten der Zeitung Barricada haben Kräfte des Innenministeriums zwei Personen festgenommen, die in einen Plan zur Ermordung von Präsident Ortega verwickelt waren, sowie vier weitere, die einen Sabotageakt gegen ein wirtschaftliches Ziel in Managua planten.

Bedeutet diese Vorfälle den Beginn von Attentaten auf die Revolutionsführer und die Hinwendung zu Managua und dem Pazifik als bevorzugten militärischen Zielen in dieser neuen Phase des Krieges?

S. RAMIREZ: Wir glauben ja. Dies ist jedoch keineswegs das erste Attentat, das auf Präsident Ortega geplant wurde. Wir haben es gleich zu Beginn aufgedeckt. Über die Behörden des Innenministeriums haben wir diese Gruppe, die aus Honduras geschickt wurde, ständig beobachtet. Wenn der CIA direkt die Steuerung dieses Krieges übernimmt, erwarten wir weitere Terroranschläge am Pazifik.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es ja bereits schwerwiegende terroristische Aktionen gegen Nicaragua gegeben hat: die Verminung von Häfen, der Angriff auf die Brennstofftanks in Corinto, Versuche, die Erdölversorgung über die Anlagen von Puerto Sandino zu unterbrechen, Angriff auf die Brücken in Chinandega, Luftangriff auf Funkeinrichtungen im Land.

Alle diese Aktionen wurden direkt vom CIA organisiert, und nicht von den Konterrevolutionären in Honduras. Diese sind dazu nicht in der Lage.

FRAGE: 30.000 nicaraguanische Opfer in nur 5 Kriegsjahren und in einem Land mit einer Bevölkerung von knapp 3 Mio bedeuten doch in der Praxis, daß es keine Familie gibt, die nicht den Schmerz und das Leid des Krieges kennengelernt hat. Zumindestens drei Zeitpunkten schien eine nordamerikanische Invasion unmittelbar bevorzustehen. Darüber hinaus nahmen die wirtschaftlichen Schwierig-

keiten zu, man spricht sogar davon, daß die Bevölkerung zu hungern beginnt. Welche Auswirkungen hat dieser Zermürbungskrieg auf die Nicaraguaner?

S. RAMIREZ: Durch die stets voranschreitende Entwicklung eines sehr großen politischen Bewußtseins ist die Bevölkerung in der Lage gewesen zu erkennen, daß die Kriegssituation und das Ausmaß der Schwierigkeiten hinsichtlich der Versorgung und der Lebensbedingungen, unter denen sie als Folge dieses Krieges zu leiden hat, durch die ausländische Aggression verursacht wird. Infolge dessen haben wir immer mehr Vertrauen in die Einheit der Bevölkerung gegen die Aggression von außen. Wir erwarten nicht, daß wir diesen Krieg in Wohlstand führen können: der Krieg wird dem Land weiter Not, Mangel und

Einschränkungen bringen. Doch in dem Maße wie sie im Kampf gegen eine äußere Aggression vereint bleibt, werden diese Schwierigkeiten die Einheit der Bevölkerung stärken anstatt sie zu zerstören. Daran zweifeln wir nicht im geringsten.

FRAGE: Die Sandinistische Versammlung trat vor kurzem zusammen, um über die Probleme bei der Produktion und die Versorgungsschwierigkeiten zu diskutieren. Was können Sie uns jetzt schon über die geplanten politischen Schritte sagen? Und wie wird die Kriegswirtschaft in Nicaragua aussehen?

S. RAMIREZ: Solange der Krieg andauert, werden wir weder im Land selbst genügend produzieren noch durch Importe die Bedürfnisse der Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Kleidung, Schuhen,



Eugene Hasenfus, US-Pilot eines abgeschossenen Contra-Versorgungsflugzeuges, wird vom Schützen abgeführt



Medikamenten u.a. befriedigen können. Zunächst, weil vordringlich die Kriegsgebiete, die Kämpfer versorgt werden müssen.

Unserer Ansicht nach muß es das Ziel sein, die wenigen Ressourcen, die zur Verfügung stehen, effektiv unter der Bevölkerung zu verteilen. Die Kriegswirtschaft besteht darin, trotz des Krieges eine leistungsfähige Produktion in Gang zu halten, und wenn wir in Folge dieses Krieges nicht genügend produzieren, das wenige, das wir produzieren, effizient zu verteilen.

Sowohl der Staatsapparat als auch der politische Apparat müssen sich der Erfüllung dieser Aufgabe widmen.

Lehren aus Grenada

FRAGE: Am 19. Juli 1986 sagte Präsident Ortega, eines der Hauptziele der gegenwärtigen nordamerikanischen Eskalation bestehe darin, innerhalb der sandinistischen Führung Spaltungen herbeizuführen. Welche Mittel setzen Sie — in Anbetracht der tragischen Erfahrung im Fall von Grenada — ein, um diese Versuche zum Scheitern zu verurteilen?

S. RAMIREZ: Einer der Wunschträume der Feinde der Revolution war es, die Sandinistische Front zu spalten.

Vor dem Sieg machten wir eine schmerzhafteste Phase der Spaltung durch, so daß wir diesen Preis bereits bezahlt haben. Heute ist jedem einzelnen Mitglied der Sandinistischen Front deutlich bewußt, daß wir ohne Einheit nicht weiter vorankommen können. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Einheit ist der Zement, der die Sandinistische Front eint und zusammenhält.

Diese hat keine Risse, auch nicht hinsichtlich der Frage, wie der revolutionäre Wandel zu vollziehen sei. Wenn der CIA davon spricht, Lücken in die Sandinistische Front zu reißen, dann meint er damit schlicht und einfach die Ermordung der Führer.

Sie, die Leute vom CIA, glauben und rechnen damit, daß sie mit der Ermordung eines der Revolutionsführer interne Spaltungen provozieren können.

FRAGE: Was können Sie uns über Ihr Treffen mit Papst Johannes Paul II. berichten, das vor kurzem stattfand? Und was sind die Perspektiven für das Verhältnis Kirche und Staat?

S. RAMIREZ: Wir führten mit dem Papst ein Gespräch, das man als positiv bezeichnen könnte.

Es wurde Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit eines Dialogs zwischen der Kirchenhierarchie und der Katholischen Kirche in Nicaragua durch Vermittlung des Vatikans und der Regierung von Nicaragua erzielt. Ich glaube, daß wir diese Perspektive nie aus den

Augen verloren haben.

Nachdem wir uns zum Vorgehen gegen Bischof Vega gezwungen gesehen hatten, haben wir in einer diplomatischen Note dem Vatikan gegenüber betont, daß wir weiterhin zum Dialog bereit sind und hoffen, daß die Ankunft des neuen Apostolischen Nuntius die Türen zu diesem Dialog mit der katholischen Kirchenführung in Nicaragua erneut öffnen wird.

Monsignore Vega hat die Maske seiner angeblichen seelsorgerischen Neutralität, seiner apostolischen Neutralität immer offener fallengelassen und immer eindeutiger für die konterrevolutionären Kräfte Partei ergriffen. Er ging sogar so weit zu sagen, er überlege, nach Honduras zu gehen, um sich dort der Arbeit mit den nicaraguanischen Flüchtlingen zu widmen.

Doch wer sind denn die nicaraguanischen Flüchtlinge, die es dort gibt? Es sind die Konterrevolutionäre, die sich in den Lagern entlang der Grenze zu Nicaragua aufhalten.



FRAGE: Welche Reichweite werden die im Rahmen des Notstandes angekündigten Maßnahmen haben? Und welche Auswirkungen hatten die ersten Maßnahmen, die nach der Genehmigung der 100 Mio Dollar (seitens der Reagan-Administration für die Contras; d. Red.) ergriffen wurden?

S. RAMIREZ: Ich glaube, dies hat hier dazu gedient, Klarheit über die innere Situation des Landes zu schaffen.

Wir weichen nicht im geringsten von dem Grundprinzip der Achtung der gemischten Wirtschaft, des politischen Pluralismus und der Nichtpaktgebundenheit auf internationaler Ebene ab; dies ist grundlegend. Die Maßnahmen des Notstands zielen darauf ab, die Möglichkeiten der Konterrevolution zur Eröffnung einer

inneren Front und zur Destabilisierung des Landes unter der Kriegssituation, in der wir leben, einzuschränken.

Dies sind notwendige, gezielt eingesetzte Maßnahmen, die diese Grundsätze nicht verletzen und in dem Maße eingesetzt werden, in dem wir die innere Stabilität des Landes konsolidieren müssen, um dem Aggressionskrieg unter besseren Bedingungen widerstehen zu können.

FRAGE: Welche Haltung nehmen die politischen Parteien bezüglich der Ausarbeitung der Verfassung ein? Was geschähe, wenn einige zu dem Entschluß gelangten, diesen Prozeß vollkommen zu boykottieren?

S. RAMIREZ: Die Verfassung hat sich aus einem parlamentarischen Diskussionprozeß heraus entwickelt, der sich nicht von jenen unterscheidet, die in anderen Ländern der Welt stattfinden, wenn es darum geht, den Inhalt einer politischen Verfassung festzulegen. Einige politische Gruppen oder Gruppierungen sind nicht daran interessiert, daß es hier eine Verfassung gibt, damit sie ihre These vertreten können, dies sei kein Rechtsstaat.

Wir sind entschlossen, die Verfassung im Januar 1987 zu verabschieden, allem Widerstand zum Trotz. Für uns ist es wichtig, eine politische Verfassung zu haben, die die globalen Regeln des politischen Handelns und der Institutionalisierung der Demokratie definiert. (...)

Beispiel der Souveränität

FRAGE: Allein schon die Tatsache, 7 Jahre lang überlebt zu haben, ist fast ein Wunder.

Man könnte fast sagen, Sie haben ein „perfektes Spiel des Überlebens“ inszeniert, um den Titel Ihrer jüngsten Kurzgeschichte aufzugreifen. Wie sieht Ihre künftige Strategie aus?

S. RAMIREZ: Entgegen allen Voraussetzungen haben wir es geschafft, eine Revolution zu konsolidieren, und zwar trotz aller Bemühungen der Nordamerikaner, Nicaragua das Recht auf seine Freiheit, seine Unabhängigkeit, auf das Vorantreiben seines revolutionären Prozesses zu verweigern.

Im Verlauf dieser 7 Jahre eine Regierung neuen Typs konsolidiert zu haben, die in der Lage war, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in einem Teil der Welt voranzutreiben, der praktisch von den USA besetzt ist, ist ein großer Triumph. Hier stehen wir und treiben ein Projekt voran, das Lateinamerika entspricht.

Wir stehen in der ersten Linie bei der Verteidigung des Rechts der lateinamerikanischen Völker auf ihre Souveränität. (Quelle: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 35, August 1986, S. 6-8)

Stefan Flaig

Breite Zustimmung für neue Verfassung



Abstimmung über den letzten Artikel der Verfassung in der Nationalversammlung am 18. 11. 1986

Etwas mehr als 2 Jahre nach den Wahlen im November 1984 wird Nicaragua am 10. Januar 1987 mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung einen weiteren Schritt zur politischen Institutionalisierung des revolutionären Staates vollziehen.

Damit wird ein Diskussionsprozeß seinen Abschluß finden, der im Verlaufe der letzten 20 Monate nahezu alle gesellschaftlich und politisch bedeutsamen Kräfte erfaßte und an dem die Bevölkerung in Form offener Bürgerversammlungen direkt teilhaben konnte.

Minutiöse Vorbereitungsphase

Die Nationalversammlung erteilte am 29. April 1985 einer Spezialkommission, die sich entsprechend der Fraktionsstärke aus 22 Vertretern der im Parlament vertretenen sieben Parteien rekrutierte, den Auftrag, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten.

Ursprünglich bestand die Kommission aus 12 Abgeordneten der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), drei der Demokratischen Konservativen Partei (PCD) und jeweils zwei Abgeordneten der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) sowie der Christlich-Sozialen Volkspartei (PPSC). Die Parteien der Linksoption, die Sozialistische Partei Nicaraguas (PSN), die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCN)

und die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) entsandten je einen Vertreter in die Kommission. Allerdings verabschiedete sich die PLI bereits 6 Monate nach Beginn der Arbeiten im November 1985 aus diesem Gremium.

Um die Arbeiten für den Entwurf effektiver zu gestalten, gliederte sich das Gremium in drei Unterkommissionen. Während eine Gruppe verschiedene Länder Osteuropas, Westeuropas, Lateinamerikas und die USA bereiste und deren Verfassungen studierte, machte es sich eine andere zur Aufgabe, die Vorstellungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Parteien, der Gewerkschaften, der religiösen und kulturellen Organisationen, sowie der sozialen und politischen Verbände zu erkunden.

Diskussionsteilnehmerin bei einem „cabildo abierto“



Eine weitere Subkommission befaßte sich mit den verfassungsrechtlichen Theorien und den früheren Verfassungen Nicaraguas, um die Richtlinien für den Verfassungsinhalt zu entwerfen.

Die Ergebnisse der Untergruppen wurden anschließend in der Spezialkommission diskutiert und mit einem Quorum von 75% für jeden Artikel in den Verfassungsentwurf aufgenommen, da, nach den Worten des Präsidenten der Spezialkommission und der Nationalversammlung, Carlos Nunez, in der Konstituierung des neuen Nicaragua ein möglichst breiter Konsens der politischen Parteien existieren sollte.

Die Debatte des Volkes

Der Entwurf spiegelt die Staatskonzeption eines demokratischen, einheitlichen, repräsentativen, partizipatorischen Rechtsstaates wider, der auf der Grundlage von Exekutive, Legislative, Judikative und einer Instanz der Wahlgewalt organisiert ist.

Garantiert wird eine Demokratie, die sich durch Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit auszeichnet. Die Verfassung soll der Gesellschaft das Recht auf größtmögliche Teilhabe geben. Festgeschrieben sind auch alle Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheitsrechte, wie sie z.B. das Grundgesetz der BRD beinhaltet (zu weiteren Inhalten siehe Kasten).

Der Entwurf wurde dann von Mitte Mai bis Mitte Juni 1986 in sog. offenen Bürgerversammlungen der Bevölkerung („cabildos abiertos“) zur Diskussion vorgelegt. Die Foren übertrafen quantitativ und qualitativ die Erwartungen der Regierung und widerlegten die Skepsis einiger Oppositionsparteien, die diese gegenüber jener Art der Mitbestimmung der Bevölkerung gehegt hatten.

Die PCD entschloß sich im April 1986 nicht an den Bürgerversammlungen teilzunehmen, da sie ihre Repräsentativität anzweifelte. Ängste, ihre Klientel, wie Händler, Industrielle oder Plantagenbesitzer, hätte nicht die Möglichkeit sich zu äußern, waren jedoch unbegründet. Schließlich waren die Versammlungen nach Sektoren aufgeteilt, wobei für die Plantagen- und Industriearbeiter mit 18 Foren genauso viele veranstaltet wurden, wie für die oben genannten Gruppen. Weitere „cabildos abiertos“ fanden für Frauen, Bauern, Jugendliche, Christen, Soldaten und andere Gruppen statt. Ablehnend äußerten sich auch die PPSC, die meinte, die in den Versammlungen geäußerten Meinungen dürften auf gar keinen Fall die zukünftigen Diskussionen in der Nationalversammlung beeinflussen. Natürlich ließ es sich auch die außerparlamentarische Opposition nicht nehmen,

durch ihr Sprachrohr „La Prensa“ gegen die „cabildos abiertos“ zu Felde zu ziehen. So veröffentlichte „La Prensa“ ein Interview mit einem US-Juristen, in welchem jener die Versammlungen gänzlich in Frage stellte.

Doch alle Ablenkungsmanöver der Opposition nützten nichts. Das Volk Nicaraguas ließ sich die Chance nicht nehmen, seinen Beitrag zu einem neuen Staat zu leisten.

An den 73 durchgeführten „cabildos“ von 75 geplanten (zwei Versammlungen mußten wegen Angriffen der Contra ausfallen) nahmen ungefähr 100.000 Bürger teil. Wenn man bedenkt, daß Nicaragua lediglich 3 Mio Einwohner zählt, von denen mehr als die Hälfte Kinder und Jugendliche sind, und sich das Land in einer akuten Wirtschaftskrise sowie im Kriegszustand befindet, ist diese Beteiligung als enorm hoch zu bewerten. Und sie ist ein Erfolg für die Strategie der Regierung.

Lehrstunde für Parlamentarier

Die in den Foren artikulierten 2.000 Änderungsanträge und Anregungen katalogisierte die Spezialkommission und arbeitete sie soweit wie möglich in den endgültigen Entwurf ein. Die „cabildos“ erwiesen sich als eine weitere Etappe der Entwicklung der partizipatorischen Demokratie. Sie waren politische Lehrstunde nicht nur für das Volk, sondern auch für die Volksvertreter im Parlament.

Im Vorfeld der am 16.9.1986 begon-



Verfassungsdebatte: Abgeordnete stellen sich der Diskussion mit dem Volk

nenen Debatten verstärkten die Konservative und die Liberale Partei ihre Agitation gegen die Verfassung und versuchten mit verschiedenen Aktionen diese zu torpedieren.

Die PLI entschied am 10.8.1986, sich nicht an den Debatten zu beteiligen, falls die Regierung den Ausnahmezustand nicht aufheben würde. Gegen diese Politik des Vorsitzenden der PLI, Virgilio Godoy, gründete sich unter Leitung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der PLI, Eduardo Coronado, die „Bewegung für Einheit und Demokratie der PLI“, die sich zum Ziel setzt, die – wie sie sagte – 42 Jahre alten Prinzipien der PLI, Nationalismus, Antiinterventionismus, Demokratie und Revolution, zu retten. Die Bewegung appellierte an die

Repräsentanten der PLI im Parlament, an den Debatten teilzunehmen.

Die Konservative Partei entschied sich auf einer Vollversammlung Mitte August 1986, sich nicht mehr an den Arbeiten der Gutachterkommission zu beteiligen. Der Rückzug aus der Kommission war Teil einer Strategie, die der Regierung 3 Monate vor der geplanten Verkündung der Verfassung vor allem im Ausland die Legitimität entziehen sollte, wenn die stärkste Oppositionspartei nicht mehr an der Diskussion beteiligt wäre. Allerdings trat in dieser Frage, wie bei den Liberalen, eine Spaltung der Partei zutage.

Die Vertreter der harten Linie um den Präsidentschaftskandidaten von 1984, Clemente Guido, verkündeten den Abschied von den Debatten, falls nicht vor ihr genannte 40 Artikel modifiziert würden und nicht vier grundsätzliche Forderungen aufgenommen würden. Die Forderungen beinhalten „den Respekt vor den religiösen Gefühlen des Volkes durch Nennung Gottes in der Präambel, keine Wiederwahl des Präsidenten, explizite Trennung der staatlichen Macht von der regierenden Partei und die Trennung des Heeres von der sandinistischen Partei“.

Die andere Gruppe beabsichtigte innerhalb des Verfassungsdiskussionsprozesses eine verstärkte Kooperation mit allen Oppositionsparteien.

Obstruktion mißlingen

Diese Strategie konnte bereits Anfang September 1986 erfolgreich umgesetzt werden. Am Tage der Eröffnung der Plenardebatte übergaben die Oppositionsparteien mit Ausnahme der MAP-ML eine Petition, in der sie die Aussetzung der Debatten für 2 Monate forderten, um in dieser Zeit einen nationalen Dialog zur Überwindung der Krise zu führen.

Die Krise könne nicht durch die Billi-

Grundsätze der neuen Verfassung

Die nicaraguanische Verfassung, die am 10.1.1987 in Kraft tritt, enthält u.a. folgende wichtige Grundsätze:

- **Politischer Pluralismus**, „als die Garantie der Existenz und Partizipation aller politischen und sozialen Organisationen des Landes ohne ideologische Einschränkungen und mit Ausnahme solcher die zum Somozismus zurückkehren wollen oder beabsichtigen ein ähnliches politisches System zu errichten“.
- **Gemischte Wirtschaft**, als „die Existenz verschiedener Arten von Eigentumsformen, darunter staatliches, privates, genossenschaftliches und Kommunales, ...alle diese Eigentumsformen müssen sich den höheren Interessen der Nation unterordnen und zur Schaffung von Reichtum beitragen, um die Bedürfnisse des Landes und seiner Einwohner zu befriedigen“.
- **Die Außenpolitik** basiert auf Nichtpaktgebundenheit, Frieden, Respekt vor der Souveränität anderer Staaten, Kampf gegen jede Art von Diskriminierung und die Unterwerfung eines Staates durch einen anderen, Antikolonialismus, Antirassismus und Antimperialismus.
- Unter der Prämisse „des Schutzes der nationalen Souveränität wird der Staat ein Gesetz zur Förderung ausländischer Investi-

tionen erlassen zum Zwecke, daß dies zur ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes beiträgt“.

- „Die Gemeinschaften der Atlantikküste haben das legitime Recht des freien Ausdrucks und Bewahrung ihrer Sprachen, Kunst und Kultur“ und „der Organisierung ihrer sozialen und produktiven Aktivitäten entsprechend ihren Werten und Traditionen“.
- Auf der Ebene der Staatsorganisation wurde die Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten, das Vetorecht der Exekutive, deren Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der nationalen Wirtschaft sowie das Recht den Ausnahmezustand auszurufen, um verfassungsmäßige Rechte zu schützen, festgelegt.
- Weitere ökonomische, soziale und politische Rechte sind: die Agrarreform in dem Sinne, daß das Land jenen gehören soll, die es bearbeiten, das Recht auf Bildung, Nahrung, Wohnung, Erholung und Gesundheit, das Recht auf produktive Arbeit, das Recht der Arbeiter sich zu organisieren, zu streiken, und die Garantie der betrieblichen Mitbestimmung, Gleichheit der Geschlechter und andere Freiheitsrechte wie Meinungs-, Informations- oder Religionsfreiheit.

gung der Verfassung gelöst werden. Sie erfordere vielmehr den Konsens aller politischen Parteien. Gleichwohl benötigte die Diskussion und Billigung der Verfassung demokratische Strukturen ohne Pressezensur und die volle Garantie der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit.

Verwunderlich an diesem Boykott war der Schulterschluß zwischen der Links- und der Rechtsopposition. Die Gründe der PSN und der PCN für diese Koalition können nur in kleinkariertem egoistischen Parteidenken liegen. Oder sollte es ihnen unbekannt sein, daß die drei konservativen Parteien sich von den USA weitgehend instrumentalisieren lassen, um der zukünftigen Konstituierung des nicaraguanischen Staates die Legitimität zu entziehen?

Obwohl die Sandinisten wußten – wie der Präsident der Nationalversammlung, Carlos Nunez, meinte –, daß die Aktion Teil des nordamerikanischen Planes ist, die Verfassung zu verhindern, gaben sie den Forderungen der Parteien teilweise nach.

Flexibilität der Sandinisten

Zwar lehnten sie es ab, die Debatten zu verschieben. Doch das Innenministerium ließ verlauten, daß die in der Nationalversammlung vertretenen Parteien, die an der Verfassungsdebatte teilnehmen, ohne vorherige Ankündigung vom Demonstrationsrecht Gebrauch machen könnten und unzensurierten Zugang zu den Medien haben sollten.

Gleichzeitig bot die Regierung den fünf Parteien Gespräche auf bi- und multilateraler Ebene an, um über die divergierenden Ansichten zu sprechen. Diese Verhandlungen fanden überraschenderweise mit allen Parteien parallel zu den Debatten statt.

„Kein Zweifel. Sie bereiten eine Invasion gegen uns vor.“



Wie wichtig der Regierung der möglichst breite Konsens aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte ist, zeigten auch die Zugeständnisse an die Parteien. So finden in der überarbeiteten Fassung als Ergebnis der Bürgerversammlungen nicht nur neue Titel wie die über die Nationalität der Nicaraguaner, die Rechte der Urbevölkerung und Gemeinden an der Atlantikküste, die Verankerung von Kommunalwahlen oder die Bedingung einer Verfassungsänderung ihren Niederschlag.

Es wurden auch viele Artikel modifiziert, um sie mit den Petitionen der Parteien in Einklang zu bringen.

Breiter Konsens erzielt

Obwohl die Diskussionen manchmal recht hitzig geführt wurden, kam in den meisten Fällen bei einer durchschnittlichen Zustimmung von 90% eine beachtliche Mehrheit zustande. Dabei hätte die FSLN mit ihren 61 von 96 Parlamentssitzen die Möglichkeit gehabt, eine Verfassung nach ihrem Gutdünken zu verabschieden, da dafür lediglich 60% der Stimmen erforderlich sind.

Zu den umstrittensten Artikeln gehörten die Bezeichnung des Heeres, die Wiederwahl des Staatspräsidenten und das Recht auf Informationsfreiheit. Die Opposition lehnte anfänglich die Kennzeichnung des Heeres als „sandinistisch“ mit der Begründung ab, dies sei keine wünschenswerte Verknüpfung zwischen Partei, Staat und Heer.

Schließlich konnte sie sich jedoch nicht dem Argument verschließen, daß der Name Sandinos, als Symbol des patriotischen Freiheitskampfes des nicaraguanischen Volkes, zum Wesen des Heeres gehöre. Der Wortlaut des Artikels, der besagt, daß das „Ejercito Popular Sandinista“ einen nationalen Charakter haben und die Verfassung beschützen bzw. diese respektieren solle, wurde schließlich mit den Stimmen der FSLN, PSN, PCD und PPSC angenommen.

Die Politik der Verständigung, mit der die FSLN versuchte, alle parlamentarischen Parteien zur Teilnahme an den Abstimmungsdebatten zu bewegen, war erfolgreich. Die Abgeordneten nahmen bis auf wenige an den Plenarsitzungen teil. Keine einzige Partei boykottierte die Versammlungen in ihrer Gesamtheit.

Insofern hat die nicaraguanische Regierung zwei politische Siege errungen: Zum einen wird sie durch die Verabschiedung der Verfassung das politische System nach innen stabilisieren können. Zum anderen wird durch die Präsenz der Parteien bei den Abstimmungen über die Artikel den USA zum Teil der Nährboden für ihre internationale Agitation entzogen.

In zweiter aktualisierter Auflage



Wolfgang Dietrich: Nicaragua
Entstehung, Charakter und Hoffnung eines neuen Wegs. 2. Aufl. 1986.
316 Seiten, brosch. DM 28,-

Heidelberger **HVA**
Verlagsanstalt

Postfach 102780 · 6900 Heidelberg

Bernd Greiner

Politik am Rande des Abgrunds?

Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg

Distel Hefte 9



163 Seiten, DM 19,80

Das erste Buch zum Kalten Krieg in deutscher Sprache, das die internen Unterlagen der US-Regierungen auswertet. Unverzichtbar zum Verständnis der heutigen Politik der USA.

DISTEL VERLAG
7100 Heilbronn · Sonnengasse 11

Martin Schuck

Amtskirche stößt auf Widerstand

Mit der Ausweisung des Vizepräsidenten der nicaraguanischen Bischofskonferenz, Antonio Pablo Vega, und dem Rückkehrverbot für den Sprecher des Erzbischofs von Managua, Bismarck Caballo, aus den USA nach Nicaragua scheint die Politik – vor allem die Kirchenpolitik – der sandinistischen Regierung erneut zu einem Zankapfel auch im progressiven Lager des internationalen Katholizismus geworden zu sein.

Die US-Bischöfe, bisher entschiedene Gegner von Reagans Nicaraguapolitik, gaben ihm plötzlich moralische Schützenhilfe. Andere Bischofskonferenzen, z.B. die brasilianische – bekannt als die fortschrittlichste in Lateinamerika – bewahrten Stillschweigen.

Die Ausweisung Vegas scheint bisherige Gegner durch einen Akt „katholischer Solidarität“ zu versöhnen und bisherige Verbündete zu entzweien. Allerdings wird auch bei der Diskussion über Nicaragua im linkskatholischen Spektrum oft eine entscheidende Tatsache vergessen oder verdrängt: Nicaragua lebt im Krieg! Und ein Krieg wirkt sich auch innenpolitisch aus!

Kann man wirklich die nicaraguanische Regierung in der derzeitigen Situation angreifen, weil sie Personen ausweist, die sich in aller Öffentlichkeit auf die Seite des Gegners stellen und zur Ermordung der eigenen Landsleute schweigen, diese sogar rechtfertigen?

Gerade diese Rechtfertigung der Morde durch die Contra muß Bischof Vega verworfen werden.

Als in Washington die Kampagne für die 100 Mio \$ geführt wurde, nahm er eine Einladung der extrem rechtsgerichteten Heritage Foundation in die USA an. Und er erklärte dort im Hinblick auf die „Befreiung“ der Christen in Nicaragua durch die Contra: „Der Mensch ohne Seele ist nichts wert, aber er lebt auch ohne Körper.“

Die Seele geht vor

Und weiter: „Es gibt eine militärische Aggression, aber auch eine ideologische, und es ist klar, es ist schlimmer die Seele zu töten als den Leib.“¹ D.h., daß die Contras, die „lediglich“ die Körper töten, allemal den Sandinisten vorzuziehen sind, die durch ihre „ideologische Aggression“ die Seelen der Nicaraguaner töten.

Vertreter der Amtskirche in Nicaragua werden sich niemals als Gegner der Revolution darstellen, sondern immer nur als Gegner der sandinistischen Regierung. Wollte aber die Kirche in Nicaragua jemals wirklich eine tiefgreifende Revolution?

In Opposition zur Somoza-Diktatur ging die Amtskirche erst, als die Bourgeoisie ebenfalls begann antidiktatorische Posi-

tionen zu beziehen. Mit der zunehmenden Brutalität der Diktatur und dem wachsenden Einfluß der Sandinisten wurden ihre Stellungnahmen entscheidender.

So erklärte die nicaraguanische Bischofskonferenz am 2. August 1978 u.a.: „Heute verlangt die Nation radikale Lösungen (nicht jedoch extremistische), die von Großzügigkeit und Patriotismus gekennzeichnet sind und weit entfernt von persönlichem und parteipolitischem Egoismus stehen, denn sie muß den unnötigen Verlust von Leben und Gütern vermeiden.“

Wir Gläubigen dürfen nicht die Empfehlungen des Konzils überhören: 'Kämpfen Sie mit moralischer Integrität und Klugheit gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, gegen Intoleranz und den Absolutismus eines einzigen Mannes oder einer einzigen Partei.'²

Natürlich beinhaltete diese Erklärung eine Kampfansage an Somoza. Als ein knappes Jahr später die sandinistische Revolution Nicaragua auf einen eigenständigen Entwicklungsweg führte, war auch die katholische Kirche noch voll bei der Sache:

„Eine neue Epoche hat sich in unserer Geschichte aufgetan. Es ist uns aufgetragen, daß wir einen neuen Weg der Brüderlichkeit gehen und uns neu als Volk begreifen, das sich durch Glauben und Willen zur Freiheit auszeichnet.“³

Der Konflikt der Kirche mit der neuen Regierung verschärfte sich in dem Maße, wie die Erneuerung der Gesellschaft immer stärker nach antiimperialistischen Prinzipien gestaltet wurde.

In einem Interview Ende 1981 sagte Erzbischof Obando y Bravo: „Die Kirche hat die Revolution in ihrem Kampf gegen das Unrechtssystem von Somoza und seinen Leuten unterstützt. Es war damals das erklärte gemeinsame Ziel aller am revolutionären Prozeß Beteiligten, dem Land eine soziale und gerechte, demokratische und pluralistische Ordnung zu geben.“

Aber die Sandinisten haben ihre Versprechen nicht gehalten und betreiben heute eine Politik, die von der Kirche nicht mehr gutgeheißen werden kann. Der Klerus hat heute bis auf einen geringen Teil eine kritische Haltung gegenüber dem neuen Regime eingenommen.⁴

Gleich in den ersten Monaten nach der Revolution wurde das Problem der Prie-

Kardinal Obando y Bravo zelebriert eine Messe



ster in den Regierungsämtern von der Hierarchie zum Konflikt aufgebaut. Dabei wurde sämtlichen Priestern, die der sandinistischen Regierung nahestanden, die Basis im Volk abgesprochen. Besonders Ernesto Cardenal (als der international bekannteste) wurde zur Zielscheibe. Noch einmal Obando y Bravo in o.g. Interview: „Ich weiß, daß Pater Ernesto Cardenal in Europa und speziell in Deutschland viele Freunde hat. Seine Bücher haben hier keine große Bedeutung gefunden, werden aber in Deutschland viel gelesen. Ernesto Cardenal hat in Nicaragua nie eine solche Resonanz gefunden wie beispielsweise in Deutschland. Im Gegenteil, er wird von vielen Menschen, auch von den einfachen Leuten, praktisch abgelehnt.“

Die Gründe dafür? Die meisten Menschen haben kein Verständnis für seine uneingeschränkte Bejahung der marxistischen Ideologie. Ebenso unverständlich ist im allgemeinen, daß Ernesto Cardenal das Vorgehen der Regierung und den heutigen Kurs der FSLN durch seine Person kritiklos deckt.

Ich möchte mich nicht zur Person Cardenals äußern, aber viele Menschen fühlen sich durch seinen derzeitigen Lebensstil irritiert. So bewohnt er zum Beispiel eine der luxuriösen Villen in den Bergen über der Stadt, die durch die Revolution konfisziert worden sind.“⁵

In Nicaragua waren es gerade Priester wie Ernesto Cardenal und andere, die als Anhänger der Sandinisten schon vor der Revolution begannen, in basisgemeindlichen Organisationen eine „Volkskirche“, eine „Kirche der Armen“ aufzubauen.

Sie stand damals allerdings noch nicht so stark im Widerspruch mit den Bischöfen. Dieser Widerspruch wurde nach der Revolution von den Bischöfen geschaffen. Der Scheidepunkt war die Frage der Unterstützung der sandinistischen Regierung durch katholische Christen.

Der chilenische Theologe Pablo Richard unterscheidet für die siebeneinhalb Jahre seit der Revolution drei Etappen dieser Volkskirche: „1. Vom Sieg der Revolution, 19. Juli 1979, bis zum Besuch des Papstes Johannes Paul II., am 14. März 1983; 2. vom Besuch des Papstes bis zum Beginn des 'Aufstands im Geist des Evangeliums', am 7. Juli 1985; 3. und schließlich die Zeit nach dem 7. Juli 1985.“⁶

Das oben zitierte Interview mit Obando y Bravo fällt in die erste Etappe. Weder hat die Volkskirche ein klar ausgeprägtes Profil noch ist von einer bewußten Strategie der Amtskirche zu sprechen, abgesehen vom Marxismus-Vorwurf.

Das sollte sich mit dem Papstbesuch schlagartig ändern: Ziel des Papstes war es, einerseits die Volkskirche zu diffamieren, andererseits Obando y Bravo in

seinem Kampf gegen die Regierung den Rücken zu stärken.

Die Volkskirche fühlte sich in der nun folgenden Zeit von den eigenen Bischöfen im Stich gelassen. Denn sie wurde genauso zum Angriffsziel der international geführten Kampagne des Vatikans wie die Regierung selbst.

Höhepunkt der Schützenhilfe, die der Vatikan den Bischöfen im Kampf gegen die sandinistische Regierung gab, war die Ernennung Miguel Obando y Bravos zum bisher ersten und einzigen Kardinal Mittelamerikas im April 1985. (Es war derselbe Obando y Bravo, der im Frühjahr 1979 noch seinen heftigsten Protest einlegte, als der damals neugewählte Wojtyla-Papst einen Neffen des Diktators Somoza zum Weihbischof von Managua ernannte.)



Des Landes verwiesen: Bischof Vega und der Sprecher des Erzbischofs von Managua, Carballo

Reichte dies zwar nicht zum Sturz der Regierung aus, so schien man doch mit der Volkskirche fertig zu werden: „In der zweiten Etappe fühlt sich die Kirche der Armen geschlagen und ist unfähig, in die Öffentlichkeit vorzudringen und ein spezifisches pastorales Projekt vorzulegen“, erklärt dazu P. Richard. „In dieser Zeit lebt die Kirche der Armen nach innen und macht einen fruchtbaren Reifungsprozeß durch.“⁷

Ergebnis dieses Reifungsprozesses innerhalb der Basisgemeinden war die Aktion des „Fastens und Betens für Frieden, zur Verteidigung des Landes und gegen den Terrorismus der Vereinigten Staaten“. Federführend dabei war Pater Miguel D'Escoto, Priester und Außenminister der sandinistischen Regierung. Vier Gründe gab es, diese Aktion durchzuführen:

1. Der Widerstand gegen die Strategie Reagans, die nicaraguanische Revolution durch Lügen und Terror zu vernichten.
2. Der theologischen Legitimation der US-Aggression als „Kampf des Guten gegen das Böse“ mußte eine befreiungstheologische Alternative gegenüberge-

stellt werden.

3. Dem Schweigen der katholischen Hierarchie mußte ein Aufschrei des wahrhaft christlichen Volkes entgegnet werden.

4. Die geistige Kraft der Schwachen muß die militärische Macht der Starken besiegen. „Unsere Waffen, das Gebet und das Fasten, sind mächtiger als die Waffen Reagans.“ (Miguel D'Escoto)

Eine hohe mobilisierende Wirkung dieser Aktion bestand darin, daß gerade jemand wie Miguel D'Escoto dazu aufgerufen hatte. Sowohl als Priester als auch als revolutionärer Außenminister besitzt er bei den Gläubigen eine hohe moralische und politische Integrität.

Die Wirkung sollte nicht ausbleiben: Am 7. Juli 1985 begann die Aktion mit einem Fasten in der von Dominikanern geleiteten Pfarrei im Barrio Monseñor Lezcano in Managua. Genau eine Woche später versammelten sich in León 6.000 Delegierte von Basisgemeinden aus ganz Nicaragua unter dem Thema: „Christus, Herr des Lebens, stärke unsere Hoffnung angesichts der Aggression.“

In den nächsten Wochen erreichten Solidaritätsschreiben von Theologen und Bischöfen aus ganz Lateinamerika die Initiatoren der Aktion.

Während der Internationalen Friedenswoche vom 8.-15. September 1985 besuchten die brasilianischen Verfechter der Befreiungstheologie Leonardo und Clodovis Boff, Frei Betto und der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel Nicaragua und sprachen ihre Solidarität mit der Aktion aus. (Leonardo Boff brach hier das erste und einzige Mal sein einjähriges Bußschweigen, das ihm vom Papst auferlegt worden war.)

In der Zeit seit dieser Fastenaktion hat die Volkskirche wieder ein so starkes Selbstbewußtsein und Profil gewonnen, daß sie sich bei politisch so notwendigen Maßnahmen wie etwa der Ausweisung Vegas nicht mehr durch das Schweigen oder gar den Widerspruch ansonsten befreundeter Theologen und Bischofskonferenzen verunsichern läßt. Vielmehr geht sie heute unbeirrt ihren Weg an der Seite des Volkes weiter.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Kritisches Christentum (KC), Wien, Nr. 100/Juli 1986, S. 13f.
- 2) „An die Menschen, die guten Willens sind.“ Erklärung der Bischofskonferenz von Nicaragua vom 2.8.1978, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Die Bischöfe Nicaraguas zu Fragen der Zeit 1979-84, Stimmen der Weltkirche, Bd. 23, Bonn o.J., S.9
- 3) „Botschaft der Bischofskonferenz von Nicaragua an das katholische Volk und an alle Menschen“, 30.7.1986, in: ebenda, S. 19
- 4) Deutsche Tagespost, 21.10.1981
- 5) Ebenda
- 6) KC, Nr. 100/Juli 1986, S.9
- 7) Ebenda



Ausbildungswerkstätte „Tonio Pflaum“ in Monimbo, die von der Partnerstadt Dietzenbach unterstützt wird

Eberhard Wolf

Städtepartnerschaften Ein neues Element der Solidarität

Mit dem Kampf für Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Gemeinden hat die Nicaragua-Solidaritätsbewegung einen Weg eingeschlagen, der in der Geschichte der internationalen Solidarität ohne Beispiel ist. Da hier Neuland besritten wurde, ist es nicht verwunderlich, daß bisher kaum Auswertungen über die gemachten Erfahrungen und über den Stellenwert dieser Form der Solidarität vorliegen.

Unser Autor Eberhard Wolf, Mitglied der Städtepartnerschaftsinitiative Mainz-Diriamba und seit kurzem im Vorstand der Koordinationsgruppe hessischer Nicaragua-Initiativen, bilanziert im folgenden die Tätigkeit auf diesem Gebiet. Der Beitrag soll im nächsten Heft mit einer Darstellung über die regionale Zusammenarbeit von Nicaragua-Initiativen am Beispiel Hessen und der Zusammenarbeit dieses Bundeslandes mit der Region IV in Nicaragua fortgesetzt werden.

Wir bitten Mitglieder aus anderen Nicaragua-Initiativen in Diskussionsbeiträgen hierzu Stellung zu nehmen und ihre Erfahrungen in der Solidaritätsarbeit, speziell zum Thema Städtepartnerschaften, einzubringen (die Beiträge sollten 100 Zeilen à 43 Anschläge nicht überschreiten).

Städtepartnerschaften waren bis vor kurzem allenfalls ein Thema für reiselustige Kommunalpolitiker. Die Idee kommunaler Beziehungen entstand nach dem 2. Weltkrieg aus dem Gedanken der Versöhnung ehemaliger Kriegsgegner und genießt von daher breitesten Konsens, jedoch kein allzu großes Interesse in der Öffentlichkeit. Dies ist anders geworden, seitdem in vielen Kommunalparlamenten die angestrebten Beziehungen zu nicaraguanischen Städten Anlaß zu scharfen und kontroversen Auseinandersetzungen bieten.

So warnte vor kurzem der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), der eigens zur Scheckübergabe der Offenbacher Jungen Union für afghanische Flüchtlinge in die Lederstadt gereist war, daß die Verschwingerungen zwischen deutschen und nicaraguanischen Städten „mit dem Geist der Kommunalpolitik unvereinbar

seien“. Diese Form der Entwicklungshilfe falle „nicht in die Zuständigkeit der Kommunen“. Und solche Beschlüsse würden die Bündnistreue untergraben.¹ Nachdem die Nicaragua-Solidaritätsbewegung in den ersten Jahren sehr stark für Arbeitsbrigaden mobilisierte, hat nun eine Umorientierung und Erweiterung auf breite kommunale Beziehungen stattgefunden. Denn hier scheint eine Verzahnung zwischen Projektunterstützung, Arbeitseinsätzen und kommunaler Informations- und Öffentlichkeitsarbeit möglich.

Jedenfalls sind in den letzten 2 Jahren Städtepartnerschaftsinitiativen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Bundesweit gibt es derzeit mindestens acht offizielle Partnerschaften (Dietzenbach-Masaya, Langensfeld-Diriamba, Freiburg-Wiwili, Nürnberg-San Juan, Saarlouis-Matagalpa, Dorsten-Waslala, Offenbach-Rivas, Leverkusen-Chinandega).

Die Perspektiven durch die zahlreichen rot-grünen Bündnisse scheinen nicht schlecht, daß sich diese Zahl erheblich ausweiten wird. Allein in Hessen existieren über 20 Initiativen und die Gesamtzahl auf Bundesebene wird vom Infobüro Nicaragua auf über 70 geschätzt.

Ein besonders gelungenes Beispiel kommunalpolitisch verankerter Solidaritätsarbeit ist die Geschichte des Vereins Monimbo in der südhessischen Kleinstadt Dietzenbach (30.000 Einwohner).²

Die zahlreichen Solidaritätsaktionen und Spendenkampagnen des DGB-Ortskartells in den beiden ersten Jahren nach der Revolution stellten die Ausgangsbasis für die Gründung des Vereins Monimbo – benannt nach einem indianischen Stadtteil in der nicaraguanischen Stadt Masaya – im Februar 1981 dar. Von Anfang an wurde versucht, einen direkten Kontakt zwischen Gruppen, Organisationen und Menschen in Dietzenbach und Masaya herzustellen, wobei zwei Internationalisten vor Ort für die Koordination mit der Stadtverwaltung und die Vorbereitung der Projekthilfe sorgten.

Bereits 1981 stellte die Stadt Dietzenbach einen Betrag von 20.000 DM für Projektarbeit zur Verfügung, der seitdem als fester Etatposten im Haushalt eingeplant ist. Durch eine breite und intensive Öffentlichkeitsarbeit gelang es dem Verein, weit über die Grenzen Südhessens bekannt zu werden und dadurch gemeinsame Projekte mit bundesdeutschen Organisationen und lokalen Nicaragua-Initiativen im Raum Masaya durchzuführen.

Auf der Basis dieser Vernetzung konnten in den 5 Jahren Solidaritätsarbeit annähernd 2 Mio DM in Form von Material- und Geldspenden mobilisiert werden, mit denen über 30 Projekte finanziell oder personell (Arbeitsbrigaden, Workcamps) unterstützt wurden.

Solidarität zum Anfassen: der Verein Monimbo

Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden vielfältige Ansprechformen gesucht: Straßenfeste, Sammelaktionen (Unterrichtsmaterialien), Ausstellungen im Rathaus, Kulturarbeit (Erstellung eines Wandbildes durch einen nicaraguanischen Künstler), Pressearbeit (in der lokalen und überregionalen Presse), Informationsveranstaltungen, Workcamps (in Dietzenbach und Masaya). Eine besonders wichtige Rolle spielt die Herausgabe der „Monimbo-Zeitung“, die Informationen über die Projektarbeit vermittelt und dies mit Hintergrundanalysen zur aktuellen Situation in Nicaragua verbindet.

Als sichtbares Ergebnis der jahrelangen außerparlamentarischen Basisarbeit ist die im Sommer 1985 offiziell beschlossene Städtepartnerschaft – gegen den wütenden Protest der CDU und FDP – zu bewerten. Das gleiche gilt für das Zustandekommen einer 20köpfigen Delegation mit Vertretern des Kommunalparlamentes und Dietzenbacher Organisationen, die zur Verschwiegenheitsfeier im Oktober 1985 nach Masaya reisten. Damit die Städtepartnerschaft zukünftig auf eine breitere Grundlage gestellt wird, sollen neue Erfahrungen gemacht und weitere Bündnispartner gesucht werden.

Im Herbst 1986 machte sich erstmals eine Gruppe von 12 Auszubildenden des kommunalen Ausbildungszentrums auf den Weg in die Partnerstadt, um dort 4 Wochen in Handwerksbetrieben und Familienunterkünften die Lebens- und Arbeitsbedingungen unmittelbar kennenzulernen.

Der Gegenbesuch der „Stifte“ aus Masaya ist für das nächste Jahr vorgesehen. Daneben will der Verein Monimbo verstärkt Partnerschaften zwischen Schulen, Kirchengemeinden und Vereinen vorbereiten und initiieren, um auch diejenigen Bevölkerungsgruppen in Dietzenbach anzusprechen und zu informieren, die bisher die Freundschaftsbeziehungen mit viel Argwohn und Skepsis verfolgt haben.

Als weiterer Schritt zur internationalen Vernetzung ist in den letzten Monaten die Zusammenarbeit mit Solidaritätskomitees über Dietzenbacher Partnerstädte in Holland, Belgien und England vorangetrieben worden, damit die Hilfe aus den verschiedenen europäischen Schwesternstädten materiell und politisch besser abgestimmt wird.

Die Erfahrungen des Vereins Monimbo

sind sicherlich im Vergleich zu anderen Gruppen sehr weit fortgeschritten und nur bedingt verallgemeinerbar. Deshalb seien im folgenden Abschnitt allgemeine Probleme und Widersprüche dargestellt, wie sie sich in der Städtepartnerschaftsarbeit herauskristallisiert haben.

Da ist zunächst das Problem, daß die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in den jeweiligen Bundesländern und Kommunen sehr unterschiedlich sind. Als besonders günstig für den Städtepartnerschaftsansatz haben sich Kommunen erwiesen, die über eine stabile rot-grüne Koalition verfügen bzw. zumindest punktuelle Mehrheiten möglich sind. Bei entsprechendem außerparlamentarischem Druck und breiter kommunaler Verankerung (Kirchen, Gewerkschaften usw.) kann die Nicaragua-Diskussion durchaus in die Kommunalparlamente getragen und der SPD politische und materielle Zugeständnisse abgerungen werden.

Rot-grüne Mehrheiten förderlich

Allerdings macht das Beispiel der Stadt Nürnberg auch deutlich, daß eine offizielle Partnerschaft nur Papier bleibt, wenn kein dauerhafter politischer Wille (Druck) vorhanden ist, die politischen und materiellen Möglichkeiten eines solchen Beschlusses auszunutzen.

Das Dilemma der Initiativen liegt darin, daß ohne die Unterstützung der Mehrheit der SPD-Mitglieder in den Kommunalparlamenten wenig an politischer und materieller Unterstützung zu holen ist. Absichts aller verbalen Bekundungen und Sympathieerklärungen für die Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution, geht es letztlich in der SPD um die Frage, welche der Fraktionen (befürwor-



Das AIB – Die Dritte-Welt-Zeitschrift berichtet monatlich über politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, über das Engagement der Weltmächte in diesen Regionen. 1986 brachen wir u.a. zu

Nicaragua

M. Edelman, Nicaragua und das sozialistische Lager (1-4/1986) ● R. Meyer, Wem nutzen Zensur und Streikverbot? (3/1986) ● N. Biver, Die Entsolidarisierungskampagne (4/1986) ● Gespräch mit Carlos Nunez über die neue Verfassung (5/1986) ● H. Frenz, Was belegt der amnesty-Bericht wirklich? (7/1986) ● G. Melendez, Die Kirche der Armen macht mobil (8-9/1986) ● S. Flaig, Die Ausblutung der Wirtschaft (10/1986) ● N. Biver, Was zeigt der Fall Hasenfus? (12/1986)

Ein AIB-Abonnement kostet 33 DM (8 Einzelhefte und 2 Doppelhefte). Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält ein Buch aus unserem Angebot nach Wunsch (siehe Einhefter in der Heftmitte!).

Jetzt abonnieren!

städte-



tend oder ablehnend) die Oberhand behält. Bisher hat jedenfalls die Partei allerorts in dieser Frage einen politischen Zickzackkurs gefahren, der stärker an machtpolitischen Kalkül und tagespolitischen Überlegungen, denn an internationalistischen Prinzipien ausgerichtet gewesen ist.

Daran haben auch Parteitagsbeschlüsse, die eine kommunale bzw. Länderzusammenarbeit oder Partnerschaften befürworten, nichts geändert.

In vielen Städten werden die Initiativen erst einmal über Monate ignoriert bzw. mit formaljuristischen Tricks blockiert in der Hoffnung auf eine kurzlebige Existenz dieser Gruppen. Erst wenn der Druck zu groß und die Forderung nach konkreter Unterstützung zu laut wird, muß die SPD Stellung beziehen.

Problem SPD-Zickzackkurs

Bisher hat sich in solchen Situationen gezeigt, daß sie dann Projekte („mit humanitärem Charakter“) punktuell unterstützt, allerdings die Partnerschaft mit fadenscheinigen Argumenten („Nicaragua ist zu weit weg, und für die meisten Bürger kaum zu besuchen“) ablehnt. Dahinter steht wohl die Angst, daß das polarisierende und konfliktbesetzte Thema zu sehr die „antiamerikanischen Tendenzen“ (sprich die Diskussion über die Herrschaftsinteressen der USA und die Rolle der BRD innerhalb der NATO) in den eigenen Reihen fördert und dem (erwünschten) kommunalpolitischen Konsens mit CDU und FDP zuwiderläuft. Während die ersten Städtepartnerschaftsgruppen in der Regel aus einem Brigadeaufenthalt und den damit eingegangenen persönlichen Verpflichtungen entstanden sind, existieren seit einem Jahr Gruppen, die Partnerschaft zu Städten im Kriegsgebiet eingegangen sind. Dies wurde durch die Vermittlung der Nicaragua-Botschaft in Bonn wesentlich gefördert.

Das Anliegen der Botschaft ist durchaus verständlich, weil sie damit das öffentliche Interesse auf die verheerenden Auswirkungen des Krieges richten will. Allerdings verursacht diese Entscheidung für die betroffenen Gruppen in der Praxis ungeheure Schwierigkeiten, um überhaupt Kontakte, persönliche Beziehungen und Projekthilfe aufzubauen.

Die Breite und Öffentlichkeit der Nicaragua-Solidaritätsbewegung hat sicherlich mit dazu beigetragen, das Spendenaufkommen für Projekte in Nicaragua zum Teil erheblich zu erhöhen.

Allerdings werden die Gruppen durch die Verwaltung der oftmals fünfstelligen Summen auch vor Probleme gestellt, die vorher so nicht klar erkannt wurden: die Beschaffung von Geldern, die Vorberei-

tung und Abwicklung von Projekten, die notwendigen Absprachen mit den nicaraguanischen Partnern, die Probleme mit den Finanzbehörden. Dieser „Organisationssumpf“ überlastet die Gruppen und geht zu Lasten der politischen Auseinandersetzung mit den Gegnern der Solidaritätsbewegung.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß der Mangel an theoretischen Analysen und die ungenügende Beschäftigung mit anti-imperialistischen Fragestellungen auf bundesweiten Solidaritätsveranstaltungen und in den Fachzeitschriften laut beklagt³ und als eine der Schwachstellen der internationalistischen Bewegung angesehen wird.

Die internationale Kampagne „Nicaragua muß überleben! (siehe Aufruf in diesem Heft) ist in der BRD – im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern und den USA – bisher nur sehr schleppend und mit mäßigem finanziellem Erfolg gelaufen (250.000 DM), weil bei den lokalen Nicaragua-Initiativen die Kampagne kaum oder gar keine Unterstützung findet. Als Begründung für das mangelnde Engagement wird von vielen Aktivisten die anonyme Ausrichtung und die fehlende Identifikationsmöglichkeit angesehen, weshalb die Ausrichtung auf ein konkretes Projekt in einem bestimmten Dorf eben sinnvoller sei.

Bei dieser provinzialistisch anmutenden Argumentation wird vergessen, daß die Kampagne kein Widerspruch, sondern vielmehr eine sinnvolle Ergänzung zur Projekthilfe und kommunalen Partnerschaft darstellt. Sie ermöglicht den nicaraguanischen Behörden eine effektivere Verteilung von absolut lebensnotwendigen Gütern gerade für Kriegsgebiete und unterversorgte Regionen, die bisher nicht im „Goldregen“ internationalistischer Unterstützung stehen.

Außerdem besitzt die Kampagne eine politische Stoßrichtung, nämlich die Bedrohung der sozialen Errungenschaften der Revolution durch die imperialistische Aggression des aufgezungenen Krieges und der Handelsblockade in das Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit zu stellen.

Der immer wieder geäußerte Wunsch der Nicaraguaner nach Zentralisierung und Koordination der Solidaritätsprojekte scheint jedoch bei den dezentral organisierten und kommunalpolitisch verankerten Gruppen auf wenig Gegenliebe zu stoßen.

(wird fortgesetzt)

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau, 4.9.1986
- 2) Siehe: Aktionshandbuch Dritte Welt, Wuppertal 1986, S. 121-128
- 3) Vgl. die Diskussionsbeiträge und Arbeitspapiere des 10. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Bremen (Mai 1986) und des letzten Nicaragua-Bundestreffens in Berlin-West (November 1986)

Bücher

Eine fundierte Darstellung der wichtigsten Probleme des heutigen Nicaragua bieten die beiden aktuellen Bücher

Norbert Greinacher/Jochen Hippler/Roger Pelzer (Hg.), Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua. Eine Bestandsaufnahme, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1986, 168 S., 14,80 DM und

Dieter Eich/Willi Germund, Vulkan der Träume. Nicaragua – Utopie und Alltag. Verlag Klaus Dieter Vervuert, Frankfurt/M. 1986, 228 S., 29,80 DM.

Themen wie Agrarreform, Gesundheit, Contras, US-Strategie und Katholische Kirche finden sich in beiden Büchern. „Herausforderung im Hinterhof“ enthält zudem Beiträge zur Menschenrechtsdiskussion, zum Bildungswesen und zur Bedeutung der hiesigen Diskussion um Nicaragua.

Wirtschaft, Ökologie, Politik der Sozialistischen Internationale, Atlantikküste, Frauen und Massenmedien sind weitere Themen in „Vulkan der Träume“.

Helmut Koch, No Pasaran. Nicaraguas Weg in die Zukunft, Signal Verlag, Baden-Baden 1986, 160 S., 24,80 DM

bietet einen lebendigen Einblick in die Geschichte Nicaraguas, von den Befreiungskämpfen Sandinos über den Aufstand 1979 bis zu den heutigen Problemen der Revolution. Es wird ergänzt durch anschauliche Beispiele und Dokumente zur internationalen Solidarität.

Eine sinnvolle Ergänzung zu diesem Buch ist Malte Letz (Hg.), Nicaragua – Dokumente einer Revolution, Röderberg Verlag, Frankfurt/M. 1986, 296 S., 6 DM.

Es enthält alle wesentlichen Reden und Schriften, Programme, Aufrufe und Gesetze zum Befreiungskampf Nicaraguas aus den Jahren 1983-85.

Drei Neuerscheinungen befassen sich mit der Agrarreform, der wohl wichtigsten Errungenschaft der Revolution. Darunter befindet sich eine authentische Darstellung der Probleme durch den nicaraguanischen Außenminister Jaime Wheelock, Zwischen Krise und Aggression: Die sandinistische Landreform, isp Verlag, Frankfurt/M. 1986, 127 S., 14,80 DM.

Bernd Gaul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 221 S., 14,80 DM

ist vor allem eine lebendige Reportage mit Gesprächen und Dokumenten, die sich durch die Verknüpfung des Agrarreformthemas mit den allgemeinen Problemen der Revolution auszeichnet.

Einen informativen und kritischen Überblick über alle Fragen, die mit der Agrarreform, der



Aktions- und Materialspiegel

Nicaragua- Dokumente einer Revolution



Landwirtschaft und der Ernährung zusammenhängen, liefern

Joseph Collins/Frances Moore Lappé/Nick Allen/Paul Rice, Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua, Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 S., 24,80 DM.

Eine Darstellung der Contra, ihrer Finanzen, ihrer Entwicklung, ihrer Terror- und Sabotagemethoden enthält das sehr detaillierte Buch von

Hannes Bahrmann/Peter Jacobs/Christoph Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, Weltkreis Verlag, Dortmund 1986, 216 S., 16,80 DM.

Ein authentisches Hintergrundmaterial über den Charakter und die Methoden der Contras stellt das Interview mit einem ehemaligen Contra-Kommandanten in

Elisabeth Reimann, Ich war ein Contra. Bekennnis eines antisandinistischen Kommandanten, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 116 S., 9,80 DM.

Die ganze Bandbreite entwicklungspolitischer Aktivitäten gegenüber Nicaragua behandeln

Ali Schwarz/Manfred Ernst, Denn sie wissen nicht, was sie tun. Zwischen Solidarität und Boykott, BRD & Nicaragua, FDCL, Berlin (West) 1985, 335 S., 19,80 DM.

Die entwicklungspolitischen Strategien der Bundesregierung, ihr Zusammenstreichen der Entwicklungshilfe fehlen ebensowenig wie das zunehmende Engagement nichtstaatlicher Organisationen. Eine Beschreibung der bundesdeutschen Solidaritätsarbeit wird verdeutlicht durch die Vorstellung konkreter Projekte.

Broschüren und Zeitschriften

Mit den Auseinandersetzungen um die Menschenrechtsproblematik befassen sich zwei Broschüren:

Menschenrechte und Menschenrechtspolitik in Mittelamerika (80S., 3 DM) analysiert die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika und thematisiert ihre Instrumentalisierung durch konservative Kreise in der Bundesrepublik. Sie wurde herausgegeben von: die Grünen im Bundestag, Christliche Initiative Romero, Infobüro zu Mittelamerika und ist ebenso wie die folgende Broschüre zu beziehen bei der Christlichen Initiative Romero (s.u.).

Der Streit um Nicaragua (50 S., 3 DM) setzt sich mit den Kernaussagen des Nicaragua-Buches von Martin Kriele und der Anti-Nicaragua-Kampagne an den Punkten Menschenrechte, Lage der Indianer, Wirtschaft und Ursachen des Bürgerkrieges auseinander. Herausgeber ist die Christliche Initiative Romero.

Eine detaillierte Analyse der Entwicklung in Nicaragua und besonderer Aspekte der Revolution enthält die vom Instituto Historico Centroamericano herausgegebene Monatszeitschrift „envio“. Sie ist in deutscher Übersetzung zu beziehen bei: Edition Nahua, Pf 101320, 5600 Wuppertal. Halbjahresabo für Privatpersonen 29 DM. Bei Edition Nahua erscheinen weitere Broschüren und Bücher zu Nicaragua. Katalog anfordern!

Filme und Dias

Filme, Videos und Dia-Serien können angefordert werden bei CON-Filmverleih, Westerdeich 39, 2800 Bremen 1, UNIDOC Film & Video, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund sowie Zentral Film GmbH, Friedensallee 14-16, 2000 Hamburg 50.

Kaffee

Im Mai 1986 haben sich acht Nicaragua-Kaffee-Vertreiber, darunter der Solidaritätsshop 3. Welt (Frankfurt), Ökotoxia (Berlin-West) und Venceremos (Cosefeld) zum Verein Adelante e.V. zusammengeschlossen, um gemeinsam Kaffee aus Nicaragua direkt zu importieren. Bisher hatten diese Gruppen kommerziell importierten Kaffee bezogen und mit einem Spendenaufschlag verkauft. Durch die Ausschaltung des Zwischenhandels fließt jetzt mehr Geld an die staatliche nicaraguansische Exportgesellschaft Encafé

Mit dem zehnprozentigen Spendenanteil wird zusammen mit der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH (GEPa) und dem Informationsbüro Nicaragua ein integriertes Kaffeeanbau- und Verarbeitungsprojekt in der Region IV im Gesamtwert von 1 Mio \$ finanziert. Adelante e.V. hat erstmals im November 1986 eine Brigade zur Kaffeernt nach Nicaragua organisiert.

Kontaktadresse: Solidaritätsshop 3. Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90. Hier kann auch das Informationsblatt des Vereins und Kaffee bezogen werden (Bestellkarte in der Heftmitte!).

Kontaktadressen

Das Informationsbüro Nicaragua ist die zentrale Koordinationsstelle für alle Komitees und organisiert Brigaden, Spendensammlungen und gibt einen regelmäßigen Rundbrief heraus. Anschrift: Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal.

Zu den Arbeitsbereichen des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) für Afrika, Asien und Lateinamerika gehört auch die Solidaritätsarbeit zu Nicaragua. Das ASK organisiert oder beteiligt sich an Spendenkampagnen und verbreitet Informationsmaterialien, die beim Solidaritätsshop 3. Welt bezogen werden können. Hier sind auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua erhältlich. Katalog anfordern! Anschrift von ASK und Solidaritätsshop: Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90.

Die Christliche Initiative Romero e.V. (CIR) unterstützt die Basisgemeinden in Nicaragua und Projekte durch Spendensammlungen, betreibt Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. CIR gibt viermal jährlich eine 4seitige Zeitung heraus (100 Expl. für 15 DM) sowie weitere

Nicaragua – Solidarität mit dem Land Sandinos

18 Tage Nicaragua-Cuba

Nach einer Reise kreuz und quer durch das Land Sandinos schließt sich eine Studien- und Informationsreise durch Cuba an.

7. 4.–24. 4. 1987

3214,- DM

18 Tage Nicaragua Libre

mit vielen Begegnungen, Gesprächen, Besichtigungen und Erholung an Nicas Stränden.

Termine für 1987 auf Anfrage

3132,- DM

SST

REISEN GMBH

Studien- u. Sozialtourismus
Mohlenhofstraße 3
2000 Hamburg 1
Tel. (0 40) 33 94 08

Broschüren und Aktionsmaterialien. Anschrift: Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster.

Gewerkschaftliche Solidarität koordiniert die Nicaragua-Arbeitsgruppe der DGB-Jugend Hessen. Mit ihrem vierteljährlich erscheinenden Nicaragua-Info (Auflage 12.000) informiert sie über Aktivitäten in den DGB-Gewerkschaften (u.a. Brigaden), innergewerkschaftliche Diskussionen zur Solidaritätsarbeit und aktuelle politische Ereignisse. Anschrift: Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 6000 Frankfurt/M.

NICARAGUA - Info

für die Solidaritätsarbeit in den Gewerkschaften

Nr. 24

November '86



David gegen Goliath

„Die ungeliebteste Flügelschicht, welche von Privatrenten angetrieben, die Kontrolle über die nicaraguansische Regierung behält...“



NICARAGUA-Arbeitsgruppe der DGB-Jugend Hessen
anschrift: Tiedtstr. 14, 1000 Berlin 14, Januar, 14. Jahrgang - 1987 im Greifvogelhaus Frankfurt

Spendenkampagne der Solidaritätsbewegung

Nicaragua muß überleben!

Im Herbst 1985 wandten sich die Basisorganisationen Nicaraguas mit einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit, eine Kampagne einzuleiten, um die durch die US-Aggression verursachte Wirtschaftskrise teilweise zu lindern. Am 12. Dezember 1985 trafen sich in Hamburg Vertreter verschiedener Organisationen, um in der Bundesrepublik eine breit angelegte Kampagne zur Sammlung von Spenden für die von Nicaragua am dringendsten benötigten Güter zu organisieren. Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf aus Nicaragua und informieren über die praktische Umsetzung der Kampagne in der Bundesrepublik.

Nicaragua ist aus geschichtlichen Gründen ein unterentwickeltes Land. Am 19. Juli 1979 begann es seinen wirklichen Unabhängigkeitsweg, indem es interne Umwandlungen vornahm – und das in einem von einem Befreiungskrieg fast zerstörten Land, der wirtschaftliche Schäden in Höhe von 2 Mrd \$ verursachte.

Zwischen 1979 und 1983 konnte man die Wirtschaft um 15% reaktivieren. Die Umverteilung des Reichtums wurde im Bereich der Volksversorgung, Gesundheit und Erziehung sichtlich verbessert und ein gewisses Kapital wurde gesammelt, um die Wirtschaft kurzfristig anzukurbeln.

Unsere Wirtschaft beruht auf dem Export von Basizerzeugnissen landwirtschaftlicher Herkunft. Verursacht durch den niedrigen Welthandelspreis, liegen die Exporterlöse bei 400 Mio \$. Der Import hat sich auf das Lebensnotwendige beschränkt, ca. 800 Mio \$. Inbegriffen sind landwirtschaftliche Geräte, sowie verschiedene Grundelemente für die Industrie. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus dieser Export-Import-Relation entstehen, sind verantwortlich für die Probleme unseres Volkes, lebensnotwendige Güter zu erhalten.

Die Situation unseres Landes wird durch die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Aggressionen seitens der USA immer dramatischer, da die Vereinigten Staaten jegliche nationale Gesetze anderer Länder und internationale Gesetze mißachten, und offen die CIA einschalten. Diese Regierung hat auch vor Lügen und Manipulationen nicht zurückgeschreckt, um Nicaragua in Mißkredit zu bringen.

Im wirtschaftlichen Bereich – im Bezug auf das Wirtschaftsembargo – ergreift die Regierung der USA diskriminierende Maßnahmen, blockiert unsere internationalen Finanzierungsquellen sowie Importe von wichtigen Ersatzteilen aus anderen Ländern. Damit schwächen sie erheblich unsere Produktion. Die USA üben Druck auf andere Staaten aus, um uns zu isolieren.

Die wirtschaftlichen Schäden durch Zerstörungen betragen 386 Mio \$. Zu dieser Summe muß man noch 321 Mio \$ an Exporten, die wegen Zerstörungen nicht stattfinden konnten, dafür aber importiert werden mußten, hinzuzählen. Das entspricht etwa 20% des gesamten Exports des Landes während der letzten drei Jahre. Durch die Schäden in der Wirtschaft wird unsere Entwicklungskapazität geschwächt, und so entstehen ernste Probleme bei der Verteilung von Basis- und Versorgungsgütern.

Dies alles entspricht den Zielen der Sabotageakte auf wirtschaftlich wichtige Bereiche. So z.B. die Verminung der Häfen, die Spre-

ngung von Brücken, Zerstörung von Produktionsstätten, Lagerhäusern und Maschinen, um nur einige zu nennen. Die entstandenen Schäden bei sozialen Einrichtungen belaufen sich auf 6,7 Mio \$. 41 Gesundheitszentren, 70 Agrarproduktionsstätten und 840 Volkserziehungszentren sind zerstört. Auf 1 Mio \$ allein belaufen sich die Schäden an Kindergärten. Dies alles entspricht Millionenschäden, die unsere Wirtschaft nicht verkraften kann.

Leidtragende dieser Machtpolitik ist die arbeitende Klasse unseres Landes, die mit Fleiß, Zähigkeit und großer Anteilnahme für bemerkenswerte Fortschritte in der sozialen Entwicklung gesorgt hat und die jetzt von der Reagan-Administration in einen Überlebenskampf gezwungen wird. Das nicaraguanische Volk, das täglich Morde hinnehmen muß, sieht eine Zukunft voller Hoffnung, die es für die Enttäuschungen des täglichen Überlebens entschädigen wird.

Die Opfer, die unsere Bevölkerung hat bringen müssen, sind folgende: 142.980 Bauern und Indianer mußten umgesiedelt werden, 7.300 wurden Opfer militärischer Aktionen, von denen 3.346 Kinder und Jugendliche sind. 2.817 sind gefallen, 3.020 verwundet und schwerverletzt, 2.825 entführt worden, 6.239 Waisen. 247 Lehrer sind ermordet worden.

Unser gerechter Kampf ums Überleben ist vergleichbar mit dem ungleichen Kampf zwi-



schen David und Goliath. Unser Kampf wurde von der internationalen Solidarität unterstützt. Diese Solidarität spielte eine wichtige und entscheidende Rolle im Kampf gegen die Diktatur bis zum Sieg.

Angesichts der Verarmung unserer Nation und der Ausbeutung, unter der wir Jahrzehnte lang gelitten haben, angesichts der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aggression der US-Regierung, der wir Tag für Tag ausgesetzt sind, wenden wir uns heute an die internationale Solidarität und fordern sie auf, die Kampagne „Nicaragua muß überleben!“ zu Ihrer Kampagne zu machen, und dadurch ganz konkret den Überlebenskampf Nicaraguas zu unterstützen.

Praktische Organisation der Kampagne

An der Kampagne können sich alle Gruppen, Organisationen, Institutionen und öffentliche Einrichtungen beteiligen. Die gesammelten Spenden können an ein Mitglied des am 10.12.1985 gegründeten Koordinierungsausschusses (s.u.) übergeben werden oder auf Konten von Organisationen, die die Kampagne unterstützen, eingezahlt werden. Mit den Geldern werden dann die von Nicaragua benötigten Güter (Medikamente, Unterrichtsmaterial, Baumaterial und Geräte für die Landwirtschaft) angeschafft und nach Nicaragua geschickt.

Der Koordinierungsausschuß bittet alle Organisationen, sich an der Kampagne, die 2 Jahre laufen soll, zu beteiligen oder sich ihr anzuschließen, wenn eigene Projekte ausgelaufen sind. Er betont jedoch, daß Städtepartnerschaften als eine sinnvolle Ergänzung der Kampagne angesehen werden. Wer sich an der Kampagne beteiligt, sollte möglichst schnell den Koordinierungsausschuß darüber informieren, damit die nicaraguanischen Behörden über den zu erwartenden Gesamtbetrag aus der Bundesrepublik informiert werden können. Bisher wurden über 250.000 DM gesammelt.

Zusätzliche Informationen, Plakate und die Liste der benötigten Materialien können bei den Mitgliedern des Koordinierungsausschusses angefordert werden:

Botschaft der Republik Nicaragua, z.Hd. Frau Luisa Amanda Aviles, Konstantinstr. 141, 5300 Bonn 2

Informationsbüro Nicaragua e.V., z.Hd. Frau Isabel Carcamo, Hofaue 51, 5600 Wuppertal
Wirtschaftsstelle der Evangelischen Missionsgesellschaften, z.Hd. Frau Elvira Friedrich, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13

Spendenkonto 527 055-602 Postgiro Frankfurt

ASK Sonderkonto Erich Wulff, Stichwort: „Nicaragua muß überleben!“